Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 79 | Sommer 2008 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Erinnerungsarbeit

Literatur nach Auschwitz
Zwischen Littell und
Fred Wander

NS-Szene

Machtkampf in der NPD?

International

Griechenland – Neonazigewalt
hinter polizeilicher Deckung

WEG DAMIT

Inhalt

AIB 79 2 · 2008

Rubriken

6

26

48

Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Gesellschaft

Diskussion

Braunzone

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de

www.antifainfoblatt.de

Titelfoto: flickr – Duesentrieb

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen d

Den Umstand, dass sich das Gedächtnis einer Gesellschaft entlang ihrer kulturellen und mentalen Traditionen entwickelt, hatte der französische Soziologe Maurice Halbwachs in seinem Werk beschrieben, das heute als grundlegend für die Periodisierung der Erinnerung der NS-Vergangenheit gilt. Halbwachs verwies in seinem Werk auf jene Mechanismen, die kollektive Erinnerung oder kollektives Vergessen bedingen. Halbwachs' hellsichtige Analysen waren in der Debatte um Schuld-und Erinnerungsabwehr jahrzehntelang selbst Gegenstand des Vergessens gewesen. Der im April 1945 im KZ Buchenwald ums Leben gekommene Philosoph und Sozialist war skeptisch, was das Empathievermögen der Nachgeborenen für das Schicksal seiner Leidensgenossen anging.

Die Debatte um Jonathans Littells Roman »Die Wohlgesinnten« scheint dies zu bestätigen. Denn der in Deutschland zum Bestseller aufgestiegene Roman wählt die Täterperspektive, aus der betrachtet die Opfer auch literarisch zu Statisten der dargestellten Gewaltphantasien und des wahnhaften Antisemitismus verkommen. Littells Roman brachte eine erneute Debatte um die Grenzen der literarischen Darstellbarkeit des Holocausts mit sich. Der Schwerpunkt dieses Heftes widmet sich der literarischen Arbeit an der Erinnerung.

Zum einen ist dies eine Kritik an Littells Ästhetik der Kälte der Täter. Zum anderen eine Einführung in das Werk des österreichischen Schriftstellers Fred Wander, dessen literarischer Versuch über seine Auschwitz- und Buchenwalderfahrung zu Unrecht vergessen ist. Dass und wie Schuldabwehr alle gesellschaftlichen Sphären der unmittelbaren deutschen Nachkriegsgesellschaft durchzog, zeigt das Interview mit der Theologin Kellenbach, die in einem Sammelband die theologische Entlastung von NS- Tätern durch beide großen Kirchen erschloß.

Eine erfreuliche Meldung ist die Fertigstellung der zweiten Ausgabe der SchülerInnenzeitung Kein Bock auf Nazis, die vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (Apabiz) und dem AIB produziert wird. Die Zeitung wurde in einer Auflage von 250.000 Stück gedruckt und kann gegen Portokosten beim Apabiz bestellt werden. Alle Infos und eine pdf-Version der Zeitung finden sich auf www.keinbockaufnazis.de.

Wir trauern um neue Opfer von Neonazigewalt in Russland und Italien. Allein im April gab es in Russland nach Angaben des russischen SOVA-Center (www.sova.center.ru) sechs Todesopfer von Übergriffen gegen Linke und MigrantInnen.

Im italienischen Verona wurde in der Nacht zum ersten Mai der 29jährige Nicola Tommasoli von fünf Neonazis brutal zusammengeschlagen. Nicola lag mehrere Tage im Koma, bis die Ärzte seinen Hirntod bekannt gaben. Die Täter wurden inzwischen alle gefasst oder haben sich gestellt. Einer der Täter stand bereits 2007 mit 16 anderen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht. Sie hatten immer wieder gewalttätige Übergriffe auf MigrantInnen, Linke und SkaterInnen verübt. Auch die vier übrigen Täter sollen zum Umfeld der Neonazi-Bande um die extrem rechten Ultrá des Fussballclubs Hellas Verona stammen. ■

Berichtigungen: In der letzten AIB Ausgabe (Nr. 78) haben sich mehrere Rechtschreibfehler eingeschlichen. Auf Seite 11 muss es richtig »Nationaldemokratischer Hochschulbund« statt »Nationaler Hochschulbund« heißen. Auf Seite 39 muss es im letzen Satz des Abschnitts »Das lange Ende« richtig heißen: »Resultat war die Umbenennung der JLO in Junge Landesgemeinschaft Ostdeutschland e.V.«

Wir trauern um den Antifaschisten Walter Sack. Mit dem am 29. April 2008 im Alter von 92 Jahren in Berlin verstorbenen Walter Sack hat die antifaschistische Bewegung einen wichtigen Zeitzeugen verloren. In einer jüdischen Familie aufgewachsen, prägte das sozialdemokratisch gesinnte Elternhaus den Heranwachsenden. Im Gymnasium mußte er in der letzten Reihe sitzen – auf der »Judenbank«. 15jährig wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und im Ring-Bund Deutsch-Jüdischer Jugend, wo er Herbert Baum vom Kommunistischen Jugendverband kennenlernte. In dessen jüdischer Widerstandsgruppe wirkte er bis 1939, bis zur Emigration nach Schweden mit. Versuche, die Eltern nachzuholen, mißlangen; sie wurden in Auschwitz ermordet. 1988 übernahm er die Leitung der »Arbeitsgruppe Herbert Baum« beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR. Seinen antifaschistischen Kampf führte er später – bis zu seinem Tod – im Rahmen der VVN-BdA fort.

Ex-JF-Redakteur, CDU-MdL Peter Krause wird nicht Thüringer Kultusminister

»Sursum signa tenete, cohortes claudite densas...«, so steht es in der 16. Nummer (Dezember 2001/Januar 2002) der Zeitschrift »Etappe« auf Lateinisch und heißt übersetzt: »Die Fahnen hoch, die Reihen fest geschlossen...«: unter dem Titel »CulturCuriosa« ist dort das »Horst-Wessel-Lied«, eine Art Parteihymne der Nationalsozialisten, in einer 1933 veröffentlichten lateinischen Version zu lesen. In derselben Ausgabe der seit 1988 in lockerer Folge erscheinenden extrem rechten Publikation des Ex-Republikaners Heinz-Theo Homann publiziert auch Peter D. Krause. Das wird niemanden so richtig wundern, der sein AIB immer aufmerksam gelesen hat (AIB # 66 März 2005) oder gelegentliches Rauschen im Blätterwald bei Nennung dieses Namens vernommen hatte. Krause war im Jahr 1998 rund sechs Monate leitender Redakteur der Rechtspostille »Junge Freiheit«, zuständig für das JF-Renommier-Ressort »Im Gespräch«, und hat bis ins neue Jahrtausend hinein nicht nur für die JF (Sept. 2000), sondern auch für das nicht minder rechtslastige Vertriebenenorgan »Ostpreußenblatt« (Mai 2001) Beiträge geliefert.

In der genannten AIB-Ausgabe zum rechten Rand der CDU vermuteten wir noch, man werde die Beiträge Krauses wohl noch kritischer unter die Lupe nehmen müssen, falls er für den Oberbürgermeister-Sessel Weimars, der Stadt der Klassiker und der Stadt Buchenwalds, kandidieren würde. Das hat er nicht getan: der 44-jährige CDU-Landtagsabgeordnete hat ein paar Stufen mehr auf der Karriereleiter genommen und sollte von Ministerpräsident Dieter Althaus ausgerechnet am 8. Mai 2008 zum Kultusminister Thüringens ernannt werden. Eine Woche medialer Skandalisierung und anhaltender gesellschaftlicher Protest (vor allem auch der Gedenkstätte Buchenwald, der Gewerkschaften, Studierendenvertretungen, LehrerInnenverband etc.) Anfang Mai hat dieses Vorhaben, das als pfiffiger Kabinetts-Relaunch angesichts 2009 bevorstehender Landtagswahlen gedacht war, vereitelt; Krause hat sich mit Stellungnahmen zwischen arrogantem Beharren und halbherziger Distanzierung immer tiefer in Widersprüche hineingeritten, dann kurz vor seiner Ernennung aufgegeben und geriert sich nun als Opfer eines »Kesseltreibens« Böswilliger.

Die eiligen Recherchen zahlreicher Journalisten, Politiker und Akteure jedoch hat außer der Autorschaft für die »Etappe«, die Krause auch nach Bekanntwerden seiner JF-Vergangenheit stets wohlweislich verschwiegen hatte, auch zutage gefördert, dass Krause keineswegs, wie er beteuert, versehentlich, naiv und besten Willens in diesen anrüchigen Dunstkreis hin zur rechten Geisteselite geraten ist, sondern dass er mit seiner neurechts-nationalistischen, elitären Gesinnung dort genau richtig aufgehoben ist. Als Kultusminister und somit gesetzter Stiftungsrats-Vorsitzender der KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora jedoch wäre er ein politischer Alptraum gewesen. ■

(fcb)

Anti-Antifa-Blogger – in der Öffentlichkeit

[1] Der Neonaziaktivist und Blogger Jörg Schwanker als Teilnehmer und Anti-Antifa Fotograf auf der Neonazidemonstration am 1. Mai 2008 in Hamburg.

»Geschlagen steht er da, der Anti-Antifa«. Mit diesen Worten outeten AntifaschistInnen den Neonaziaktivisten Jörg Schwanker nach seiner Enttarnung auf einer antifaschistischen Demonstration am 16. März 2008 in Ganderkesee bei Bremen. Schwanker hatte demnach, wie in den Monaten zuvor versucht, sich unter die TeilnehmerInnen linker Demonstrationen zu mischen und diese zu fotografieren. Nach seiner Enttarnung musste der Recklinghausener die Demonstration vorzeitig per Krankenwagen verlassen. Schwanker soll dem Bericht zu Folge eine der treibenden Kräfte hinter einem Internetblog gewesen sein, der seit dem 18. August 2007 unregelmäßig Fotos von TeilnehmerInnen linker Demonstrationen veröffentlichte. Die ersten Fotos erschienen im Zusammenhang mit einem Neonaziaufmarsch in Friedrichshafen am Bodensee, zu dem eine größere Gruppe »Autonomer Nationalisten« aus Nordrhein-Westfalen angereist war. Der mit »Einblick« übertitelte Internetblog tritt mit dem hochgestecktem Ziel »die Antifa zu besiegen« auf. Unter dem Titel »Der Einblick« veröffentlichte einer Gruppe Neonazis um den Wiesbadener Stefan Cumic und den Rüsselsheimer Norman Kempken bereits 1993 eine 40seitige Broschüre mit über 250 Namen und Adressen von AntifaschistInnen. Ab Oktober 2007 soll sich der ehemalige FAP-Aktivist Schwanker zunehmend direkt auf linken Demonstrationen bewegt haben. Er soll bis zu seiner Enttarnung unter anderem, in Göttingen, Hamburg und Pinneberg aufgefallen sein.

Trotz der Enttarnung Schwankers sind auf dem Blog weitere Veröffentlichungen zu registrieren, die zeigen, dass die Neonaziaktivisten das Projekt noch nicht aufgegeben haben. Bei den Demonstrationen in Dortmund und Salzwedel versteckten sich die Neonazis zum Fotografieren allerdings in den angrenzenden Gebäuden. In Hamburg trat Schwanker am 1. Mai 2008 mit seinem Fotoapperat als Teilnehmer des Neonaziaufmarsches in die Öffentlichkeit. Kaum verwunderlich, dass Fotos von antifaschistischen GegendemonstrantInnen später auf dem »Einblick«-Blog veröffentlicht wurden. ■

[1]

Collegium Humanum verboten

Am 6. Mai diesen Jahres war es endlich so weit. Ab 6 Uhr durchsuchten Polizisten insgesamt 30 Objekte in NRW, Niedersachsen und Hessen. Unter ihnen das Collegium Humanum (CH) in Vlotho, dessen Trägerverein nebst seiner Teilorganisation »Bauernhilfe e.V.« und dem im CH ansässigen »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« (VRBHV) an diesem Tag vom Bundesinnenministerium verboten wurde. Damit wurde auf den seit Jahren von diversen Gruppen aus Zivilgesellschaft und Antifa aufgebauten Druck reagiert. Der Verlust des Tagungszentrums in Vlotho wird die extreme Rechte in Ostwestfalen und auch weit darüber hinaus tatsächlich treffen. Leider ist das Verbot nur halbherzig. Während die offen auftretenden Holocaustleugner verboten wurden, blieb ein ebenfalls aus diesem Kreis initiierter Verein, der Verein »Gedächtnisstätte«, unangetastet. Mit Günther Kissel sitzt im Vorstand dieses Vereins ein Großbauunternehmer, der als Auschwitzleugner bezeichnet werden darf. Auch ihr Schriftführer Paul Latussek ist ein vom Bundesgerichtshof verurteilter Auschwitzleugner. Der Verein betreibt in Borna bei Leipzig eine Tagungsstätte mit 3.000 m² Gebäude- und 10.500 m² Grundstücksfläche. Erste Feiern aus der Kameradschaftsszene fanden hier statt.

Dennoch präsentiert man sich im »Gedächtnisstätte e.V.« nicht offen nationalsozialistisch. Vordergründig soll nicht der Holocaust geleugnet, sondern jenen Opfern des Zweiten Weltkriegs gedacht werden, die angeblich zumeist vergessen werden. Darunter versteht der Verein allein die »deutschen Opfer« (»Vertriebene« und »Bombenopfer«). Man versucht so die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. ■

Machtkampf in der Thüringer NPD eskaliert

Seit Monaten tobt der seit Jahren größte Streit innerhalb der Thüringer NPD und nimmt immer schärfere Formen an. Der Landesverband ist gespalten. Auf der einen Seite die derzeit etablierte Parteiführung, bestehend aus Frank Schwerdt, Patrick Wieschke und Ralf Wohlleben. Auf der Anderen, die Kontrahenten um Kai-Uwe Trinkaus, Jan Morgenroth und Thorsten Heise, welche den baldigen Umsturz anstreben. Anlässlich eines bevorstehenden Landesparteitages zur Neuwahl des Landesvorstandes eskalierte die Szene-Schlammschlacht im Internet, besonders im Thüringer NPD-Forum. Gegenseitig wurde einzelnen Funktionären vor allem Alkoholismus, Faulheit und Homosexualität vorgeworfen. In einer Erklärung des »Freien Nationalisten« Neonazis Thomas Gerlach aus Altenburg solidarisiert dieser sich mit dem Wieschke-Flügel und warnt vor einem »Angriff der Karrieristen«, die nur darauf aus seien, sich Mandatsposten für einen möglichen Landtagseinzug 2009 zu sichern. Auch wird dem Erfurter NPD-Chef Kai Uwe Trinkaus das Betreiben einer Schwulenbar sowie seine Stasi-nahe Vergangenheit vorgeworfen. Scheinbar auch aus Kreisen des Wieschke-Flügels wurden der Arbeitsagentur Weimar und der örtlichen Presse detaillierte Informationen über eine illegale Beschäftigung des arbeitslosen Zahnarztes und NPD-Kreischefs Jan Morgenroth, zugespielt. Auch kam es in Weimar zu einer handfesten Auseinandersetzung am letzten Aprilwochenende. Der Stellvertreter von Morgenroth und ehem. Thüringer JN-Landesvorsitzenden, Michael Hubeny, verprügelte den früheren Weimarer NPD-Chef und Anführer der Kameradschaft »Braune Aktionsfront Weimar«, Martin Rühlemann. Auch er ist Anhänger von Wieschke. Auf dem Landesparteitag am 12. April 2008 votierten laut Meldung der Thüringer NPD 60 Prozent der 110 Deligierten für Frank Schwerdt. Zu weiteren Wahlen kam es nicht, da die Polizei den Parteitag, der in einer Autobahnraststätte bei Gera stattfand nach Übertragung des Hausrechtes durch den Betreiber auflöste. Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise verkündete, die Wahl wegen Betrug anzufechten. Die Thüringer NPD verklagt daraufhin die Polizeidirektion Gera und erhofft sich, dass diese die Kosten für den Fortsetzungsparteitag zahlen muss. Jener soll am 31. Mai stattfinden und sorgt bereits Wochen zuvor für Furore. Unter dem Titel »Homo-Ekzesse und Gewalt gegen Kameraden« tauchte im Internet ein Schreiben der »Freien aus Kräfte Eisenach« auf, in dem der derzeitige Vize-Bundesorganisationsleiter Patrick Wieschke beschuldigt wird, einen »Freien Aktivisten« nach einer spontanen Demonstration »Autonomer Nationalisten« am 1. Mai in Eisenach zusammengeschlagen zuhaben, weil die Demo in Wieschkes politischem Hoheitsgebiet nicht mit ihm abgesprochen war. Der Bericht wird mit einer Fülle weiterer Vorwürfe garniert, kreidet vor allem aber sein restriktes Vorgehen gegenüber dem »nationalen Schwarzen Block« an. Am Ende werden eine Reihe an Bildern veröffentlicht, welche Wieschkes »homosexuellen Exzesse in Osteuropa« dokumentieren sollen. Darauf zu sehen ist Selbiger halbnackt und küssend mit anderen NPD-Aktivisten und beim Antäuschen sexueller Handlungen mit dem Thüringer NPD-Landesvorstandsmitglied Tobias Kammler. Im Rahmen einer ausführlichen Erklärung auf dem extrem rechten Internetportal Altermedia distanziert sich Wieschke von den Anschuldigungen. Die Urheber dieser Aktion sind dort und in auf anderen Plattformen auch schnell identifiziert: Kai-Uwe Trinkaus und dessen Schatzmeister Konrad Förster. ■

Internationalisierte Erinnerungskultur(en)...

...an historischen Orten der NS-Verbrechen: Das Beispiel der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen

Marc Czichy ist Historiker und lebt und arbeitet in Göttingen

»Im Holocaust wurde die Entmenschlichung von Politik zum terroristischen Ereignis. Ihre historische Bewältigung kann nicht in die Vergangenheit führen; denn die Vergangenheit bleibt vergangen. Das Vermächtnis des Genozids besetzt vielmehr unsere Gegenwart mit der zentralen Frage: Was ist die Würde des Menschen, wenn nicht diejenige seines Lebens? Wie ist es vor genozidalen Anschlägen der Zukunft zu schützen? Aus der Erinnerung des Holocaust müssen die richtigen Antworten für Politik und Gesellschaft in zukünftiger Geschichte erwachsen.«[1]

Marc Czichy

Dieser Ausschnitt aus einer Rede des damaligen deutschen Staatsministers für Kultur, Michael Naumann, auf dem »Stockholm International Forum on the Holocaust«, das vom 26. bis zum 28. Januar 2000 in Stockholm stattfand, beschreibt eindrücklich die Entwicklungslinien, welche den Umgang mit der NS-Vergangenheit im Allgemeinen und die Erinnerung an die Shoa im Besonderen bereits prägen und in den nächsten Jahrzehnten weiter prägen werden.

Die Erinnerung an die Shoa ist zu einer europäisierten bzw. internationalisierten Erinnerung geworden, die sich an universalistischen Werten, insbesondere dem weltweiten Schutz der Menschenrechte, orientiert und damit in erster Linie eine in die Zukunft gerichtete Bedeutung erhält. Sie wird dabei auch konkret zur Grundlage manifesten politischen und rechtlichen Handelns: Eben gerade mit dem Verweis auf Auschwitz werden so genannte humanitäre Interventionen in Krisen- und Kriegsgebieten legitimiert. Gleichzeitig ist die Erinnerung an die Shoa der Transmissionsriemen für die Etablierung eines gemeinsamen europäischen Wertehorizonts geworden, der den Schutz und die Wahrung der Menschenrechte in den Mittelpunkt gemeinsamen politischen Handelns stellt. Im Kontext dieses normativen europäischen Vergemeinschaftungsprozesses hin zu einer Erinnerungsgemeinschaft wird die Erinnerung an die Shoa von dem historischen Anlass dieses Erinnerns, der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden, entkontextualisiert: Die Dichotomie zwischen deutschen Tätern und jüdischen Opfern löst sich auf, es gibt nur noch Menschen und Menschheit sowie daran geknüpfte universalistische Sichtweisen von Gut und Böse.

Im Folgenden wird zunächst dargestellt, inwieweit nationale Erinnerungskulturen durch den internationalen Erinnerungsdiskurs beeinflusst werden. Wie die Internationalisierung der Shoa-Erinnerung öffentliche Gedenk- und Erinnerungsakte in der BRD aktuell bereits prägen, wird anhand eines Fallbeispiels, nämlich der Eröffnung des neuen Dokumentationszentrums der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen im Oktober 2007 genauer untersucht. Die Etablierung der Shoa-Erinnerung als Masternarrativ, zumindest in der westlichen Weltgemeinschaft, ist längst in einen institutionellen Rahmen gegossen geworden.[2] Bereits 1998 wurde von den Regierungen Großbritanniens, der USA und Schwedens die »Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Rememberance and Resarch« ins Leben gerufen. Das erste

spektakuläre Resultat der Task-Force-Initiative war das Zusammentreffen von 47 Regierungschefs und anderen Staatsvertretern beim bereits im Zusammenhang mit dem Naumann-Zitat erwähnten »Stockholm International Forum on the Holocaust« im Jahr 2000. Neben der beachtlichen Anzahl der Regierungschefs nahmen fast 1.000 DiplomatInnen, VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen, Überlebende der Shoa, HistorikerInnen, LehrerInnen und JournalistInnen an dem Treffen teil, dessen offizielles Ziel es war, den »internationalen Dialog über die Bildung und Erziehung der Jugend sowie die Forschung über den Holocaust zu fördern«. Entscheidender war aber die Frage, wie sich das nach dem Ende des Kalten Krieges vereinte Europa ein neues Wertesystem geben könnte. Die Vermeidung einer neuen Shoa wurde zur Basis eines europäischen Gedächtnisses auserkoren und zum zentralen Legitimationsmuster für zukünftige militärische und nichtmilitärische Interventionen. Das eingangs verwandte Zitat Michael Naumanns bringt diese Entwicklung stellvertretend auf den Punkt. Wie schlägt sich die Universalisierung der Erinnerung an die Shoa nun im Land der Täter nieder? Welche Auswirkungen hat sie für die Thematisierung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik und wie verändert sich hier der Blick auf diese Vergangenheit? Ein erster Blick entdeckt Wandlungen und gleichzeitig Kontinuitäten: Von staatlicher Seite wird die NS-Vergangenheit inzwischen in einer Offenheit benannt, die noch vor einigen Jahren undenkbar schien, gleichzeitig wird einer Normalisierung im Umgang mit der NS-Vergangenheit das Wort geredet.[3]

Wie funktioniert es, die NS-Vergangenheit über ihre Thematisierung zu normalisieren?

Im Zuge der Universalisierung der Shoa-Erinnerung kommt zwei Begriffen eine besondere Bedeutung zu: dem des »Opfers« und dem der »Schuld«. Im Zuge von globalisierten Erinnerungsdiskursen verflüssigt sich die Einzigartigkeit der Shoa. Sie wird zum Synonym für die Opfer aller Aggressionen.[4] Erst das offizielle Eingeständnis eigener Schuld macht es aber möglich, in die Reihe der »unschuldigen Opfer« aufgenommen zu werden. Das Eingeständnis von Schuld als notwendige Voraussetzung zur Erlangung des Opferstatus beziehungsweise zur Aufnahme in die durch die Shoa-Erinnerung geformte westliche Wertegemeinschaft, ist aber ein Phänomen, das sich nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland als Nachfolgestaat des NS-Staats beschränkt. So entschuldigte sich der frühere französische Staatspräsident Chirac in einer seiner letzten Amtshandlungen für die Beteiligung von Franzosen und französischen Behörden an den Deportationen von Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager. Polens Ex-Staatspräsident Kwasniewski entschuldigte sich für die Ermordung von Jüdinnen und Juden in dem polnischen Dorf Jedwabne durch deren polnische Nachbarn während des Zweiten Weltkriegs. Die Bundesrepublik selbst sieht sich inzwischen als aktiver Teil und Schwungrad dieser »europäischen Vergangenheitsbewältigung«. Dieses Selbstverständnis führt zwar notwendiger Weise dazu, die Täterschaft an den NS-Massenverbrechen und die Verantwortung für diese Verbrechen anzunehmen, was dann z.B. bedeutet, dass man ein Holocaust-Mahnmal bauen muss. Die Annahme der Täterschaft erlaubt es aber eben gleichzeitig, selbstbewusst an der universalisierten Erinnerungskultur teilzunehmen und auf der Seite der »Guten« beziehungsweise der »unschuldigen Opfer« zu stehen und endlich auch der »eigenen Opfer«, wie z.B. die »Vertriebenen nach 1945« ungestört zu gedenken.

Diese selbstbewusste Sicht der Dinge fand ihren Niederschlag auch im öf-

1| Zit. nach: Daniel Levy, Natan Sznaider, Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust, aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt am Main 2007, S. 235.

2| Aktuell dazu: Uffe Ostergard, Der Holocaust und europäische Werte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2008, S. 25-31.

3| Das aktuelle Gedenkstätten-Konzept des Staatsministers für Kultur bildet eine gute Textgrundlage, um zu verstehen, wie die NS-Vergangenheit durch konkretes politisches Handeln gleichzeitig thematisiert und normalisiert bzw. nivelliert wird. Vgl. http://www.bundesregierung.de/nn_45056/Content/DE/Artikel/2001-2006/2005/ 11/__Anlagen/gedenkstaettenkonzeption.html

4| Bei diesen Überlegungen orientiere ich mich an Levy, Sznaider, Erinnerung im globalen Zeitalter.

5| Bei der Gestaltung der neuen Ausstellung verzichtete man deshalb wohl bewusst darauf, auf einer Tafel den Weg zur Etablierung der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen nachzuzeichnen. Dies hätte bedeutet, unter anderem eingestehen zu müssen, dass es erst seit Ende der 1980er Jahre eine arbeitsfähige Gedenkstätte in Begen-Belsen gibt und hätte auch bedeutet, eingestehen zu müssen, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit auch gerade in der Region um Bergen-Belsen eben keine Erfolgsgeschichte war, sondern von massiven geschichtspolitischen Kämpfen

→

fentlichen Festakt zur Eröffnung des neuen Dokumentationszentrums und der neuen Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen.[5] Er diente vor allem der zufriedenen Selbstvergewisserung, angemessen an die NS-Vergangenheit zu erinnern, verbunden mit dem staatsmännisch zur Schau getragenen Stolz, eine Gedenkstätte für die Ewigkeit geschaffen zu haben.[6]

Die Auswahl dieses Beispiels hat vor allem einen Grund: KZ-Gedenkstätten sind zunehmend zu Visitenkarten für den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik geworden. Gerade in der Beschäftigung mit ihnen lassen sich also Entwicklungslinien für die zukünftige Bedeutung dieser Vergangenheit ablesen. Der Festakt zur Einweihung des neuen Dokumentationszentrums, welches auch die neue Dauerausstellung beherbergt, fand nicht auf dem Gelände der Gedenkstätte statt, sondern im so genannten Roundhouse. Dieses befindet sich auf dem Gelände einer britischen Kaserne, hat aber als Ort eine historische Bedeutung, die auf das Konzentrationslager zurück verweist. Im Roundhouse befand sich nach der Befreiung Bergen-Belsens das Krankenhaus des Displaced Persons-Camps, in dem viele Überlebende des Lagers gepflegt worden.

Auf der Rednerliste standen in erster Linie VertreterInnen aus der Landes- und Bundespolitik sowie nach Proporz ausgewählte VertreterInnen der Opfergruppen. Gerade die politischen VertreterInnen hielten Reden, die in erster Linie eine außenpolitische Ausrichtung hatten. So benannte der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulf als Ziel für die neue Gedenkstätte, dass »aus diesem dunklen Ort ein Ort der Völkerverständigung und des multikulturellen Austausches werden soll.«[7] Kulturstaatsminister Bernd Neumann erklärte für die Bundesregierung, dass das wiedervereinigte Deutschland die Verpflichtung des Gedenkens und Erinnerns annehmen würde und das dieses Gedenken und Erinnern auch seinen Platz in der deutschen Erinnerungskultur erhalten würde. An die anwesenden Kinder von Überlebenden des Konzentrationslagers Bergen-Belsen gewandt, gab er an »Stolz zu sein, gemeinsam eine bessere Geschichte begründen zu können.«[8] Außerdem dankten Wulf und Neumann den Überlebenden für ihr Vertrauen, dass sie den Deutschen während des schwierigen Prozesses der Etablierung einer Erinnerungskultur entgegen gebracht hätten. Die außenpolitische Bedeutung Bergen-Belsens erwähnte Wulf auch indirekt mit einem historischen Rückgriff, in dem er darauf verwies, dass der Besuch des damaligen US-Präsidenten Reagan in der Gedenkstätte im Jahr 1985 Anlass gewesen war, nach der Gründung der Gedenkstätte im Jahr 1966 erstmals über den Neubau eines Dokumentenhauses nachzudenken, das dann 1990 fertig wurde. Das Ansinnen, KZ-Gedenkstätten eine in erster Linie nach außen gerichtete Funktion zu geben, hat Volkhart Knigge einmal so zusammengefasst: »Für manche Politiker, aber auch manch andere Bürger, haben die Gedenkstätten rein außenpolitische Funktionen. Sie sind Embleme dafür, dass die Berliner Republik ihre historische Lektion gelernt hat.«[9]

Neben der außenpolitischen Komponente zog sich ein weiterer Strang durch die Reden der beiden Politiker und zwar die Vorstellung, dass die Gedenkstätte in Zukunft in erster Linie der Menschenrechtserziehung zu dienen habe. So forderte Neumann, dass die Gedenkstätte im Rahmen ihrer pädagogischen Arbeit die Themen »Menschenrechte«, »Eigenverantwortung« und »Zivilcourage« in den Mittelpunkt stellen solle und auf längere Sicht in der Gedenkstätte ein »Zentrum für Menschenrechtserziehung« entstehen solle. Im Zuge der Universalisierung der Shoaerinnerung ist die Menschenrechtserziehung in den letzten Jahren im internationalen Kontext zunehmend zu einem pädagogischen Bezugspunkt geworden. Dies ist auch grundsätzlich keine negative Entwicklung, so bietet das Thema Menschenrechte über aktuelle Bezüge gerade jüngeren BesucherInnen von KZ-Gedenkstätten einen leichter zugänglichen Rahmen, durch den sich dann der Geschichte der jeweiligen historischen Orte der Verbrechen genährt werden kann. Problematisch wird die Betonung der Menschenrechtserziehung in bundesdeutschen KZ-Gedenkstätten dann, wenn sie nur dazu dient, Vergangenheit im Sinne eines universellen, moralischen Modells zu vermitteln und so mit zu entkonkretisieren. Ob dies in der Zukunft in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen so sein wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen, manches deutet aber darauf hin.

Der Festakt selbst war von großer politischer Harmonie getragen. Aufgebrochen wurde diese Harmonie einzig durch den Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stefan Kramer. Nur er hielt eine politische, eine anstößige Rede, in dem er

begleitet war.

6| Dieser Stolz scheint bis heute zu verhindern, dass für die neue Dauerausstellung pädagogische Konzepte für die Arbeit mit jugendlichen BesucherInnengruppen entwickelt werden. Diese sind bisher schlicht nicht vorhanden, obwohl seit der Eröffnung des neuen Ausstellungsgebäudes und der neuen Dauerausstellung bereits mehr als halbes Jahr ins Land gegangen ist.

7| Zit. nach: Mitschrift des Autors vom 28. Oktober 2007.

8| Zit. nach: Mitschrift des Autors vom 28. Oktober 2007.

9| Zit. nach: Marc Schwietring, Konkretionen des Erinnerns. Der Wandel des Gedenkens an historischen Stätten der NS-Verbrechen, in: Michael Klundt, Samuel Salzborn, Ders., Gerd Wiegel, Erinnern. Verdrängen. Vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, Giessen 2003, S. 137-173, hier: S. 170.

10| Zit. nach: Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten (Hg.), Gedenkstätte Bergen-Belsen 2007. Begleitheft zur Dauerausstellung, S. 13.

beispielsweise geschichtspolitische Kontroversen um den zukünftigen Umgang mit der NS-Vergangenheit benannte und auch das Thema des zunehmenden Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nicht aussparte. Unter anderem kritisierte er die Gleichsetzung von NS-Opfern mit SED-Opfern, die durch das neue Gedenkstätten-Konzept des Bundes institutionalisiert werden würde. Darüber hinaus verwies er darauf, dass dem Konzept jegliche Nachhaltigkeit fehlen würde, insbesondere im Bereich der Vermittlung und der pädagogischen Arbeit. Zwar erhielt er für seine Rede sehr viel Beifall, die anwesenden VertreterInnen aus der Politik reagierten jedoch mit versteinerten Mienen. Der damalige niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann griff die Kritik Kramers in seinen Schlussworten indirekt auf, in dem er daraufhin wies, dass Gedenk- und Erinnerungsarbeit in erster Linie Sympathie und Unterstützung benötige.

Ausblick

Abschließend sei noch ein kurzer Blick auf die neue Dauerausstellung geworfen. Sie befindet sich in einem großen, schlichten Betonbau. Zu diesem heißt es im Ausstellungskatalog: »Das Dokumentationszentrum liegt als lang gestreckter Bau-Körper aus Sichtbeton in einer Schneise des heute dicht bestandenen Waldes. Der Neubau liegt außerhalb des heutigen Friedhofs und schiebt sich schwebend wenige Meter über die ehemalige Lagergrenze.«[10] Die Ausstellung selbst ist aus ausstellungspädagogischer Perspektive sehr gelungen. Die schlichte, nüchterne Ausgestaltung der Ausstellungsräume erlaubt die volle Konzentration auf Bilder oder Texttafeln. Gleichzeitig vermittelt diese professionelle Ausgestaltung den Eindruck, dass mensch sich nicht in einer KZ-Gedenkstätte befindet, sondern in einem zeithistorischen Museum. Die Debatte um die zukünftige Gestaltung und Ausrichtung von KZ-Gedenkstätten wurde in den letzten Jahren auch in der Bundesrepublik geführt. Auch dies ist im Übrigen unter anderem eine Folge der Internationalisierung der Shoa-Erinnerung. So wurde ausgehend vom schon erwähnten Stockholm-Prozess im Juli 2001 das »International Committee of Memorial Museums of Remembrance for the Victims of Public Crimes« – kurz IC Memo – gegründet. Aufgabe dieser Institution ist unter anderem die Festlegung fachlicher Mindeststandards für die Gedenkstättenarbeit. Gedenkstätten werden in IC Memo-Papieren als neuer »Typus historischer Museen« bezeichnet, deren Bildungsarbeit von »moralischen Impulsen« geprägt sei, auf die Gegenwart zu beziehen sei und der Genozid-Erinnerung im Allgemeinen zu dienen habe. In der Bundesrepublik wird unter ErinnerungsexpertInnen über die Übernahme der IC Memo Richtlinien für die KZ-Gedenkstätten heftig gestritten. Die Debatte um die Musealisierung bewegt sich dabei grob zwischen zwei Polen: Der Forderung, dass Gedenkstätten zukünftig moderne zeithistorische Museen sein sollen und der Gegenposition, dass Gedenkstätten wegen ihrer besonderen Bedeutung genau dies nicht sein können. Es lässt sich gegenwärtig noch nicht sagen, ob das neue Dokumentationszentrum in Bergen-Belsen diese Debatte um neue Facetten erweitern wird. ■

»Das eigene Leid begreift man nicht.«

Fred Wanders »Der siebente Brunnen und die Geschichte des Selbst.« (Teil 1)

Der nachstehende Text der amerikanischen Germanistin Erin McGloth in beschäftigt sich mit Fred Wanders im Jahr 2005 neu aufgelegten Buch »Der siebente Brunnen« und führt in die Thematik der literarischen Verarbeitung von Auschwitz Erfahrung kontextuell ein. Der Text erscheint in zwei Teilen in AIB Nr. 79 und Nr. 80.

Wir danken dem Weidle Verlag Bonn und der Autorin für die freundliche Genehmigung den Text zu drucken.

Erin McGlothlin

Die kritische Rezeption von Fred Wanders Erzählung »Der siebente Brunnen« rückt die Holocaust-Erfahrung des Autors als wesentliche Komponente für Lektüre und Verständnis des Textes in den Vordergrund. Obwohl der Erzähler der Geschichten namenlos bleibt und damit nie explizit mit dem Autor des Textes in Verbindung gebracht wird, deutet die Überlappung der Erfahrungen des Erzählers im »l'univers concentrationnaire« und Wanders eigener Geschichte in Auschwitz, Buchenwald und anderen Lagern auf eine referentielle Beziehung, die der Leser beim Lesen berücksichtigen muß. In Rezensionen und literaturkritischen Analysen zu Wanders »Der siebente Brunnen« wird immer wieder auf die autobiographischen Züge des Textes verwiesen. Tatsächlich ist der Zusammenhang zwischen einem sogenannten Holocaust-Text und den darin enthaltenen Bezügen zu realen Erfahrungen während des Holocaust ein entscheidender Faktor in der Rezeption nicht nur von Wanders Büchern, sondern allgemein auch von den literarischen Werken, die unter dem Begriff ›Holocaust-Literatur‹ zusammengefaßt werden.

Die Zeugenberichte und Erzählungen von Holocaust-Überlebenden, ob nun autobiographisch, fiktional-autobiographisch oder rein fiktional, sind auf gewisse Weise immer in den tatsächlichen Erfahrungen der Autoren verankert und durch sie authentifiziert, unabhängig davon, ob diese Erfahrungen direkt und wahrheitsgetreu in den Text eingehen. Das Erkennen der Wahrheit beschriebener Ereignisse ist beim Leser daher (wenn auch nur sehr schwach) verbunden mit dem Erkennen der ontologischen Autorität der eigenen Erfahrungen des Autors; einer Autorität, die laut James Young die Authentizität und – im weiteren Sinne – die Tatsächlichkeit der Aufzeichnung zu verifizieren scheint.[1] So nehmen Holocaust-Narrative wie Wanders Buch, aber auch andere Narrative über Unterdrückung und Trauma, einen privilegierten Status in der gegenwärtigen Literaturkritik ein, da die Diktate des New Criticism und des Poststrukturalismus, welche eine strikte Trennung zwischen den Lebenserfahrungen des Autors und seinen fiktionalen Texten fordern, bereitwillig aufgegeben werden. Der Holocaust ist eines der wenigen unzweifelhaften historischen Ereignisse, welches die postmoderne Behauptung in Frage stellt, daß sich ein Text immer nur auf sich selbst bezieht und keinerlei Referenz zur ›realen‹ Welt außerhalb des Texts besteht. Zu behaupten, daß ein Holocaust-Text keinerlei Bezug zur

Fred Wander
geb. 1917
gest. 2006

realen Welt psychischen Traumas und physischen Schmerzes habe, bedeutet nicht nur, die Wichtigkeit des Ereignisses, über das der Autor Zeugnis ablegt, herunterzuspielen, sondern auch, ihm die Autorität über seine eigene Erfahrung abzusprechen. Sicher ist dies auch einer der Gründe, warum es für die Leser entscheidend ist zu wissen, daß der Text von einem Überlebenden des Holocaust geschrieben wurde, da der Status des Autors als Überlebender auf die eigene reale Erfahrung des Holocaust verweist und damit die Authentizität der Holocaust-Erfahrung im Text zu garantieren scheint. Philippe Lejeune bezeichnet diese Beziehung zwischen der Lebenserfahrung eines Autors und der Authentizität seiner Autobiographie als »autobiographischen Pakt«, als ei-

nen Vertrag zwischen Autor und Leser, der durch den Unterzeichner des Textes gültig wird.[2] Der autobiographische Pakt hat in den literarischen Texten über den Holocaust, seien sie nun offensichtlich autobiographisch oder nicht, an Bedeutung gewonnen, da uns der Name des Autors eine Garantie gibt, daß die im Text beschriebenen unfaßbar brutalen Ereignisse tatsächlich möglich waren, daß das Undenkbare tatsächlich passiert ist und daß der Text kein Ausdruck purer Phantasie ist, wie es die Leugner des Holocaust gern behaupten.[3] In den letzen Jahren haben Schriftsteller und Kritiker versucht, die problematische Verbindung zwischen persönlicher Holocaust-Erfahrung und einer privilegierten textlichen Authentizität in Frage zu stellen, aber die Reaktionen von einflußreichen Holocaustkritikern wie zum Beispiel Elie Wiesel zeigen, daß diese Problematik noch weit von einer Lösung entfernt ist.[4]

Das zeigt sich auch bei den Kritikern von Fred Wander, die den Versuch unternehmen, den Siebenten Brunnen als Autobiographie zu lesen und sich dabei unbehaglich fühlen. Das trifft auch auf jene Kritiker zu, die über den Text geschrieben haben, bevor Wander seine selbst so bezeichnete – und damit offenbar autorisierte – Autobiographie »Das gute Leben« veröffentlicht hat. Obwohl die Ereignisse, die in »Das gute Leben« und »Der siebente Brunnen« dargestellt werden, nicht wesentlich voneinander abweichen, herrscht unter den Kritikern die einhellige Meinung, daß »Das gute Leben« eine größere biographische Authentizität besitzt, während sich »Der siebente Brunnen« eher von der autobiographischen Transparenz entfernt und sich auf das unscharfe Territorium der Fiktion zubewegt.[5] Es gibt einige Gründe, warum man Wanders »Der siebente Brunnen« nur zögerlich als unzweifelhafte Autobiographie bezeichnet. Zum einen, wie Birgit Kröhle in ihrer Studie über die literarische Verarbeitung von Auschwitz-Erlebnissen[6] aufzeigt, verortet Wander seine Erzählung in einer Reihe von Lagern, aber schließt Auschwitz – den Ort, der in der literarischen Vorstellung der Nachkriegsliteratur zum locus classicus des absoluten Bösen wurde –, und somit seine eigene Erfahrung in Auschwitz, aus seinem Buch aus.[7] Das Fehlen von Auschwitz in Wanders Texten ist erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die Werke vieler angesehener Schriftsteller, die den Holocaust überlebt haben, sich ganz speziell auf die Auschwitzerfahrung konzentrieren (u.a. Primo Levi, Elie Wiesel, Ruth Klüger, Liana Millu, Tadeusz Borowski, Cordelia Edvardson, Charlotte Delbo, Jean Améry). Obwohl Wander, wie Kröhle feststellt, in der Lage ist, seine Auschwitzerfahrung zu kommunizieren, indem er sie in der Figur des Tadeusz Moll verarbeitet, der, nahezu unfaßbar, das Auschwitzer Sonderkommando überlebt hat, so bleibt doch die Auschwitzgeschichte des Ich-Erzählers im Text unberührt. Sie bleibt verborgen in der Vorgeschichte des Textes, auch wenn man sie in anderen Figuren im Text aufspüren möchte. Bei jedem Leser, der mit Wanders Biographie vertraut ist, löst das Fehlen dieses autobiographischen Bezugs auf eine so wesentliche Erfahrung wie Auschwitz eine gewisse Unbehaglichkeit aus (und die biographischen Angaben im Klappentext erlauben es dem Leser zudem noch, sich mit den wesentlichen Ereignissen in Wanders Leben vertraut zu machen). Kröhle behauptet: »Das Leugnen des eigenen Erlebens wird angesichts der Kenntnis von Wanders Biographie – er selbst war ja auch in Auschwitz – zum Kunstgriff und kann so als literarische Schizophrenie gewertet werden […].«[8] Kröhles Kommentar deutet im besten Fall darauf hin, daß das Fehlen der Auschwitzerfahrung auf ein pathologisches Problem in der autobiographischen Stimme verweisen könnte, bei dem das ›Ich‹ nicht in der Lage ist, sich mit Momenten der eigenen Erfahrung zu identifizieren; im schlimmsten Fall scheint es den autobiographischen Anspruch der Erzählung außer Kraft zu setzen bzw. zu relativieren und damit die Unantastbarkeit des autobiographischen Paktes mit dem Leser zunichte zu machen.

Ein zweiter Grund, warum Kritiker zögern, den »Siebenten Brunnen« als rein autobiographisch zu klassifizieren, betrifft den Stil des Textes. Während »Das gute Leben« eher dem klassischen Genre einer Autobiographie entspricht, in der das ›Ich‹ meist im Zentrum der Ich-Erzählung steht, die die Entwicklung des Subjekts in chronologischer Abfolge beschreibt, weist »Der siebente Brunnen« ein anderes Muster auf. Wie Kritiker behaupten, trägt Wanders Erzählung ›poetischere‹ Züge, als man dies von einer Autobiographie erwarten würde (Birgit Kröhle spricht von einer »Poetisierung der Sprache«, die der Erzählung »eine gewisse Künstlichkeit« verleiht)[9] und entfernt sich somit weiter von der strikten Dichotomie zwischen Autobiographie und Fiktion. So betrachtet kommt die Präsentation einer Erfahrung in bildlicher Sprache fast einer Fiktionalisierung gleich. Da sich Wander seinem Gegenstand aus poetischer Perspektive nähert, anstatt ihn in konventioneller autobiographischer Form zu präsentieren, ästhetisiert der Text die Erfahrung, die erzählt werden soll und scheint dadurch die geschichtlichen Ereignisse des Holocaust, die erzählt werden, zu schmälern.

Der Text untermauert somit den Eindruck, daß Poesie in gewisser Weise Geschichte verzerrt.[10] Für die Kritiker, die eine nüchterne und schmucklose Perspektive des historischen Augenzeugen erwarten, kann die poetische Qualität in Der siebente Brunnen den autobiographischen Wert nur beeinträchtigen. Dieses Unbehagen hinsichtlich der ästhetischen und literarischen Qualität von Wanders Buch ist

1| Vgl. James Young: Writing and Rewriting the Holocaust. Narrative and the Consequences of Interpretation. Bloomington: Indiana University Press 1988, S. 21.

2| Philippe Lejeune: On Autobiography. Übers. von Katherine Leary. Minneapolis: University of Minnesota Press 1989, hier S. 19, 29. Alle Übersetzungen aus der englischsprachigen Sekundärliteratur sind von der Vf.

3| Vgl. Sara R. Horowitz: Voicing the Void. Muteness and Memory in Holocaust Fiction. Albany: State University of New York Press 1997, S. 8: »For survivor writing, a literature of testimony develops that encompasses not only autobiography but fictional autobiography and imaginative literature, as well as poetry. The actual experiences of the writer, whether represented or transfigured in the work itself, anchor and validate the writing. The closer the writer to what Primo Levi refers to as ›the bottom‹ – those murdered by Nazi genocidal practices – the more the work could be construed as itself being a part, a trace, a fragment of the atrocity or at any rate of the survivor's memory or psyche.«

4| Vgl. Elie Wiesel: Trivializing Memory. In: Ders.: From the Kingdom of Memory: Reminiscences. New York: Summit Books 1990, S. 165-172, hier S. 166: »Just as no one could imagine Auschwitz before Auschwitz, no once can now retell Auschwitz after Auschwitz. The truth of Auschwitz remains hidden in its ashes. Only those who lived it in their flesh and in their minds can possibly transform their experience into knowledge. Others, despite their best intentions, can never do so.«

5| Birgit Kröhle: Geschichte und Geschichten: Die literarische Verarbeitungen von Auschwitz-Erlebnissen. Bad Honnef: Bock + Herchen 1989, S. 99, 101, 113; Jörg Thunecke: Fred Wander's semi-autobiographical narrative, The Seventh Well – »Such stories I never heard again.« In: The Fiction of the I: Contemporary Austrian Writers and Autobiography. Hg. von Nicholas J. Meyerhofer. Riverside: Ariadne Press 1999, S. 242-258, hier S. 242, 247, 251;

→

Jörg Rainer: »Ich will weg, ich weiß nicht wohin.« Flucht und Heimatlosigkeit als Stilelemente im Werk Fred Wanders. In: Le texte et l'idée 7 (1992/1993), S. 123-153, hier S. 124, 126, 148.

6| Vgl. Kröhle, Geschichte und Geschichten, a.a.O., S. 95, 108.

7| Eine ausgezeichnete Analyse von Auschwitz als dem ›schwarzen Loch‹ der Holocaust-Repräsentation, als »the metaphor to beat all metaphors«, findet sich bei Sidra DeKoven Ezrahi: Representing Auschwitz. In: History and Memory Jg. 7, 2 (1996), S. 121-154, hier S. 121f.

8| Kröhle, Gesichichte und Geschichten, a.a.O., S. 107.

9| Ebd., S. 104.

10| Sara Horowitz findet besonders im kritischen Schreiben über den Holocaust »a high degree of discomfort with the idea of an aesthetic project built upon actual atrocity, as well as a proprietary sense of what belongs properly to the domain of the historian.« Horowitz, Voicing the Void, a.a.O., S. 8.

11| Vgl. Wiesel, Trivializing Memory, a.a.O., S. 171.

12| Vgl. Efraim Sicher: The Burden of Memory: The Writing of the Post-Holocaust Generation. In: Breaking Crystal. Writing and Memory after Auschwitz. Hg. von Efraim Sicher. Urbana: University of Illinois Press 1998, S. 19-88.

13| Christa Wolf: Gedächtnis und Gedenken. Fred Wander: Der siebente Brunnen. In: Dies.: Lesen und Schreiben. Aufsätze und Prosastücke. Darmstadt: Luchterhand 1972, S. 135-146, hier S. 139. Vgl. auch in diesem Band S. §.

14| Andrea Reiter schreibt: »Wander's Der siebente Brunnen (1970) and Améry's Jenseits von Schuld und Sühne (1966), share with the other reports their classification as autobiography. The situation of a first-person narrator who presents his own experience using the expected personal pronoun ›I‹ is, however, modified in both texts. Wander limits himself, in the main, to writing about the fate of some of his fellow inmates, almost all of whom perished in the camps. The subtitle ›Erzählung‹ underlines his choice of narrative perspective.« Andrea Reiter: »Was mich entmenschlicht hat, ist Ware geworden, die

gewiß kein neues Phänomen in der Literatur über den Holocaust, und es ist auch längst noch keine Lösung für diese Problematik in Sicht. Im Kanon der Holocaust-Literatur findet man Texte von Autoren wie Elie Wiesel, der sich gegen die Trivialisierung der Shoah durch ästhetisch attraktive (und somit verzerrende) Hüllen ausspricht[11], neben fiktionalen Werken von Autoren der zweiten Generation, die keinen direkten Zugang zur Holocausterfahrung haben und ihre Darstellung daher notgedrungen ›fiktionalisieren‹ müssen.[12]

Ein dritter Grund, warum viele Kritiker zögern, den »Siebenten Brunnen« eindeutig als Wanders Autobiographie zu bezeichnen, ist das Fehlen eines starken autobiographischen ›Ich‹, das über die eigenen Erfahrungen erzählt. Im Gegensatz zu solch typischen Autobiographen wie Rousseau und Goethe, in der Holocaust-Literatur Primo Levi oder Elie Wiesel, die mit ihren charakteristischen Merkmalen das Genre definieren, zieht es der Erzähler in Wanders Text vor, sich in den narrativen Hintergrund zurückzuziehen und dem Leser keine Geschichte über die Entwicklung des eigenen Selbst zu erzählen, sondern Geschichten über die anderen Figuren. Tatsächlich scheint die Idee der autobiographischen Entwicklung in Wanders Text unterlaufen zu werden, da das ›Ich‹ des Texts – zumindest zu Beginn des Buches – fast nichts über die eigene Geschichte preisgibt und auch keine Anhaltspunkte bietet, inwiefern das Leben und die Erfahrungen im Lager ihn verändert haben. Es ist also ganz anders als bei Primo Levi, der uns an seinem unermüdlichen Kampf, sich eine humanistische Lebensauffassung zu bewahren, teilhaben läßt. Das ›Ich‹ in Wanders Text besitzt keine Vergangenheit – seine Geschichte beginnt und endet im Lager. Lieber enthüllt er die Vergangenheit der anderen Protagonisten, wie zum Beispiel von de Groot, Tschukran und Meir Bernstein, indem er nicht nur Geschichten über sie erzählt, sondern auch ihre Stimmen annimmt, um stellvertretend für ihre Autobiographien zu stehen. Auf diese Weise wird der Leser mit den Leben und Geschichten der anderen Figuren vertraut gemacht, während das ›Ich‹, das diese Geschichten erzählt, verschwommen und undurchsichtig bleibt. Darauf hat Christa Wolf hingewiesen:

»Auch die zufälligen Eigenschaften und Eigenheiten des wirklichen Autors, den man zu kennen, mit dem man befreundet zu sein glaubt, sind zurückgetreten (wie übrigens, bis auf wenige, allerdings wichtige und bezeichnende Episoden, er selbst als Figur). Er kann ›ich‹ sagen, ohne nur sich selbst zu meinen.«[13]

Für Christa Wolf stellt die fast gänzliche Abwesenheit eines starken Ich-Erzählers in »Der siebente Brunnen« kein Problem dar, da sie weniger daran interessiert ist, das Buch in herkömmliche Definitionen von Autobiographie zu pressen, sondern eher an der Art und Weise, wie die Mission der Zeugenschaft vorgetragen wird. Für andere Kritiker bedeutet dieses Fehlen eines selbstdefinierten autobiographischen Subjekts jedoch, daß sie das Buch nur mit Unbehagen und Zurückhaltung als autobiographisch betrachten können.[14]

Laut Jörg Thunecke gibt es noch einen weiteren entscheidenden Grund, warum sich Wanders Text der Einordnung als Autobiographie entzieht. In einem Interview, das Thunecke 1998 mit Wander führte, sagte Wander, daß er es nicht vermag, direkt über seine Erfahrungen in Auschwitz und anderen Lagern zu schreiben, was auch erklärt, warum diese Erfahrungen in »Das gute Leben« größtenteils ausgespart bleiben.[15] Um überhaupt über sie schreiben zu können, wählte Wander für seine Geschichten aus den Lagern einen distanzierten Erzählerstandpunkt. Dies schien die einzige Möglichkeit, Zugang zu den Erinnerungen aus dem Holocaust zu finden, ohne von ihnen überwältigt zu werden. Die Wahl dieses Erzählerstandpunkts ist mehr als nur eine ästhetische Entscheidung aus einem breiten Spektrum an Darstellungsmöglichkeiten. Es ist ein Weg, in der Nachkriegswelt zu überleben, in einer Welt, in der die Präsenz traumatischer Erinnerungen den Überlebenden zu überschwemmen droht. In gewisser Weise spiegelt Wanders Erzählstrategie sein Verhalten in den Konzentrationslagern wider, was ihm auch zu überleben half: das Prinzip einer beobachtenden Distanz, wie Wander 1994 in seiner Selbstbefragung »Nicht jeder braucht eine Heimat« feststellt: »Im KZ hieß die erste Regel, die ich lernte: Nicht auffallen, bleib' immer im Hintergrund! Verschwinde beizeiten, löse dich auf! Was dem Wesen des Schlemihls – einer Volksfigur der jüdischen Literatur – sehr nahe kommt.«[16] Wanders distanzierter Erzählstil strebt daher nicht nur danach, das Überleben sicherzustellen, sondern integriert ihn – wie auch in den Lagern – in eine literarische Tradition jüdischer Außenseiter und deren Strategien des Durchhaltens. Während sein Text einerseits versucht, die jüdische künstlerische Tradition zurückzugewinnen und wiederzubeleben, so kennzeichnet es andererseits das Trauma der eigenen intendierten Zerstörung.

Thunecke bezeichnet den »Siebenten Brunnen« abwechselnd als ein Werk, das fiktional, fiktionalisiert, autobiographisch und halb-autobiographisch ist.[17] Das Unvermögen Thuneckes und vieler anderer Kritiker, Wanders Buch einer bestimmten Gattung zuzuordnen[18], hat eine Reihe von Konsequenzen. Zum einen verweist es auf die narrative Komplexität von Wanders Buch; eine Komplexität, die es dem Leser erschwert, einen leichten Zugang zur Welt der Lager zu finden und sich mit der Erzählperspektive zu identifizieren oder diese auch nur zu akzeptieren. Zum anderen er-

hellt es die allgemeine Problematik der Einordnung von literarischen Texten in Gattungen. Denn die Konzepte Fiktion und Autobiographie sind weniger an den gegensätzlichen Polen eines Spektrums zu finden, sondern stehen ganz im Gegenteil in enger Beziehung zueinander. Einerseits bietet laut George Gusdorf das eigene Leben das Material, aus dem Fiktion entsteht: »Erfahrung ist die Grundlage aller Schöpfung, die Elemente aus der gelebten Wirklichkeit borgt und diese ausbaut. Man muß bei der Phantasie von sich selbst ausgehen, von seinen eigenen Bestrebungen bzw. Wünschen.«[19] Daher ist für Gusdorf »jeder Roman eine Autobiographie durch seine Rolle als Übermittler.«[20] Andererseits muß der Autobiograph Zugang zu den fiktionalen Werkzeugen der Phantasie haben, um aus unzusammenhängenden Fakten und noch nicht interpretierten Ereignissen seines Lebens eine Lebensgeschichte zu konstruieren. Nach Louis A. Renza ist die Schaffung eines autobiographischen Narrativs dem Schreiben fiktionaler Geschichten sehr ähnlich:

»Bei der Auswahl, Anordnung und Integration der Lebenserfahrungen eines Schriftstellers entsprechend seiner teleologischen Ansprüche ist die Autobiographie bestimmten Erfordernissen des imaginativen Diskurses verpflichtet. Kurz gesagt, die Autobiographie verwandelt empirische Fakten in Artefakte: sie ist definierbar als eine Form der ›Prosaliteratur‹.«[21] Damit aber erweist sich die Konstruktion der Autobiographie in Opposition zu Fiktion als problematisch, da sich beide im Prozeß des Schreibens gegenseitig evozieren und bedingen. Dichtung ist Wahrheit, und Wahrheit ist Dichtung.

Überdies zeigt das Problem, der Erzählung »Der siebente Brunnen« einen festen Platz auf dem Fiktion-Autobiographie-Spektrum zuzuweisen, Spannungen innerhalb des Genres Autobiographie auf. Autobiographie wird eher zum Schauplatz einer dialektischen Beziehung zwischen zwei Polen, als daß sie sich im Bestreben nach Aufrichtigkeit der Kraft der Phantasie verschließt. Auf diese Weise sind die Spannungen zwischen Fiktion und Autobiographie in den autobiographischen Prozeß eingeschrieben. In autobiographischen Erzählungen nähert sich die Fiktion der autobiographischen Erfahrung häufig durch die Verwendung bestimmter ästhetischer Strategien. Dazu kommt, daß die Probleme, die inhärent mit dem Annehmen einer autobiographischen Stimme verbunden sind, nämlich die Konstruktion einer Identität, die über die reine Anhäufung von Lebensfakten hinausgeht, durch die narrative Darstellung dieser Stimme vermittelt werden. Der Prozeß, durch den die Geschichte des Selbst erzählt wird, ist daher teilweise ein fiktionales Unterfangen, da er eher auf die Schaffung dieses Selbst Einfluß nimmt, als eine Form von A-Priori-Identität zu enthüllen. Gusdorf stellt fest: »Autobiographie ist nicht nur ein einfaches Rekapitulieren der Vergangenheit; sie ist auch der Versuch und das Drama eines Menschen, der damit kämpft, sich selbst in seiner Gestalt und in einem bestimmten historischen Moment wieder zu sammeln«.[22] Das Projekt der Autobiographie ist auf gewisse Weise ein Zu-sich-selbst-Kommen; ein Versuch, das Selbst kennenzulernen durch das Einschreiben von Identität in Sprache durch Erzählen von Geschichten über das eigene Selbst und das von anderen.

Die Schwierigkeit, das Selbst im autobiographischen Prozeß zu erkennen und zu erschaffen, ist ein Problem, mit dem sich nahezu jede Autobiographie auf die eine oder andere Weise konfrontiert sieht, und es sind die Spannungen zwischen Fiktion und Autobiographie, die ihre Spuren im Text hinterlassen. Auf diese Weise dokumentiert der Text, wie er die Fragen über Dichtung und Wahrheit verhandelt, oder in Gusdorfs Worten: »eine Parabel des Bewußtseins auf der Suche nach der eigenen Wahrheit.«[23] Des weiteren ist die Problematik von Identität und die der Konstruktion des autobiographischen Subjekts besonders für autobiographische Texte über den Holocaust relevant, da die Schaffung und Kontinuität des Selbst, auf der sich Autobiographie begründet, in diesem Fall nicht nur durch die textliche Suche nach einem Selbst herausgefordert wird, sondern auch durch die radikale Verneinung der Identität, wie sie während des Holocaust erfahren wurde. Wie Sara Horowitz behauptet, müssen die herkömmlichen Ansichten über Autobiographie erweitert werden, um den spezifischen Problemen eines Holocaust-Texts Rechnung zu tragen: »Was macht Autobiographie aus unter Bedingungen, die den Besitz des eigenen ›Namens‹ ausschließen, Bedingungen, die eine Übereinstimmung zwischen dem gelebten und dem erzählten Leben verbieten, Bedingungen, unter denen die ›Welt draußen‹ das konjugierte ›Ich‹ vernichten würde, würde man beide zusammenbringen? Die Ereignisse, die vom autobiographischen Subjekt, welches den Holocaust überlebt hat, erinnert und erzählt werden, hinterfragen die starren Konventionen des Genres. Fiktionale Autobiographie und autobiographisch inspirierte Fiktion bieten eine Möglichkeit, sowohl das Wesen dieser Herausforderung als auch die Ereignisse und die Auswirkungen, die dafür verantwortlich sind, zu erkunden.«[24]

Wenn Horowitz' Aussage wahr ist, nämlich, daß das Ringen, ein autobiographisches ›Ich‹ zu erlangen, für Überlebende des Holocaust wesentlich spannungsgeladener ist als für den herkömmlichen Autobiographen, dann folgt daraus logischerweise, daß der Text eine stärkere Spur dieser Bemühung zeigt. Denn im Falle eines Holocaust-Texts wird das ›Bewußtsein auf der Suche nach der eigenen Wahrheit‹ gleichzeitig zu einer Suche nach der Wahrheit des eigenen Überlebens. ■

ich feilhalte«: Concentration Camp Experience of Jean Améry and Fred Wander. In: The Journal of Holocaust Education Jg. 5, 1 (1996), S. 1-13, hier S. 2.

15| Thunecke, Fred Wander's semi-autobiographical narrative, a.a.O., S. 242-258, hier S. 243.

16| Fred Wander: Nicht jeder braucht eine Heimat: Selbstbefragung 1994. In: Literatur und Kritik 293/294 (1995), S. 40-43, hier S. 41f.

17| Thunecke, Fred Wander's semi-autobiographical narrative, a.a.O., S. 242, 247, 251.

18| Birgit Kröhle und Jörg Rainer kategorisieren den Siebenten Brunnen sowohl autobiographisch als auch fiktiv.

»Experience is the prime matter of all creation, which is an elaboration of elements borrowed from lived reality. One can exercise imagination only by starting from what one is, from what one has tried either in fact or wish.« Georges Gusdorf: Conditions and Limits of Autobiography. In: Autobiography: Essays Theoretical and Critical. Hg. von James Olney. Princeton: Princeton University Press 1980, S. 28-48, hier S. 45.

19| »Every novel is an autobiography by intermediary.« Ebd., S. 46.

20| »In selecting, ordering, and integrating the writer's lived experiences according to its own teleological demands, the autobiographical narrative is beholden to certain imperatives of imaginative discourse. Autobiography, in short, transforms empirical facts into artifacts: it is definable as a form of ›prose fiction‹.« Louis A. Renza: The Veto of the Imagination: A Theory of Autobiography. In: Autobiography: Essays Theoretical and Critical, a.a.O., S. 268-295, hier S. 269.

21| »Autobiography is not a simple recapitulation of the past; it is also the attempt and the drama of a man struggling to reassemble himself in his own likeness at a certain moment of history.« Gusdorf, Conditions and Limits of Autobiography, a.a.O., S. 43.

22| »A parable of a consciousness in quest of its own truth.« Ebd., S. 44.

Horowitz, Voicing the Void, a.a.O., S. 12.

Die Perspektive der Täter

Die Debatte um Jonathan Littells Roman »Die Wohlgesinnten«

Mit beträchtlichem Aufwand wollte das FAZ-Feuilleton die deutsche Debatte über Jonathan Littells Roman »Die Wohlgesinnten« eröffnet sehen. Doch eine wirkliche literarische Debatte kam nicht auf, wo sich offenbar die Mehrheit der Rezensenten einig ist, das Buch sei von geringem literarischen Wert. Die Urteile reichen von »pornographischer Kitsch« bis zu der Ansicht, es handle sich um einen Schlüsselroman zum Verständnis des Nationalsozialismus. Wie ist das Buch zu lesen?

Der im März auf deutsch erschienene Roman stellt eine alte Frage neu; nämlich nach den Grenzen der literarischen Verarbeitung des Holocausts. Denn neben den Kriminalromanen, die sich des Nazigenres bedienten, gab es in den vergangenen sechzig Jahren Versuche, sich der Monströsität von Auschwitz' zu nähern. Es waren Autoren wie Primo Levi, Jean Amery und Jorge Semprun, die Adornos Verdikt widerlegten, über Auschwitz könne es keine Poetik geben. Heute gehören ihre Bücher zum internationalen literarischen Kanon, und wurden gerade in Deutschland besonders stark rezipiert.

Littells Roman kehrt die narrative Perspektive um. Hier berichtet der Ich-Erzähler von seiner Beteiligung am Holocaust. Hauptfigur des Romans ist der SS-Offizier und Jurist Max Aue, der nach der Machtübernahme der Nazis im Reichsicherheitshauptamt (RSHA) Karriere macht. Der von Littell entworfene Plot sucht die neuesten Erkenntnisse der Täterforschung in literarische Figuren zu kleiden. Denn die Mehrzahl der übrigen im Buch auftretenden Figuren sind, wie Adolf Eichmann, Werner Best und Reinhard Heydrich, reale Akteure der Vernichtung der europäischen Juden. Zugleich kumulieren in der Figur Aues Charakterzüge der genannten Personen. Litell läßt Aue an allen Schauplätzen des Holocausts als Beobachter und Akteur auftreten, der zudem in die polykratischen Auseinandersetzungen der NS-Bürokratie verwickelt ist, wo es um die Vollzugshoheit des Vernichtungskrieges geht.

Littell sucht einen Tätertypus zu literarisieren, wie er in der Forschung von Michael Wildt bis Ulrich Herbert ausgearbeitet wurde. Die Täterforschung verwarf das Klischee vom brutalen, aber tumben nazistischen Antisemiten, indem sie den Typus des intellektuellen Weltanschauungskriegers freilegte, der mit dem Pathos der Kälte (Helmut Lethen) die Vernichtung der Juden als geschichtsphilosophische Schicksalsaufgabe betrieb. Gerade diese Gruppe völkischer Akademiker stand für einen weltanschaulichen Antisemistismus, die sich habituell vom brutalen Radauantisemitismus der SA abzusetzen suchten.

Erweitert ein fiktionaler Zugriff auf diesen Tätertypus das hermeneutische Spektrum in Bezug auf die Shoa? Die über viele Seiten ausgebreiteten Dialoge des Max Aue mit Schreibtischtätern wie Best, Schellenberger und Six, zeigen dem Leser kaum eine charakterliche Facette, die man nicht den biographischen Studien der Täterforschung entnehmen könnte. Littell vertieft nicht, bietet keine narrative Perspektive, die dem Handeln der Täter eine identifikatorische Logik mitgibt. Die realen Figuren mit Ausnahme Aues bleiben blass, und müssen es bleiben, weil sich bürokratisch geplanter Massenmord nun mal nicht poetisieren lässt. So ist der Leser hin und her gerissen, was er hier denn hier nun lese, fiktionale Nonfiction oder einen Roman?

Obsession der Gewalt

Zugleich spielt der Roman mit dem Bild der Orestie[1]. Denn quasi als Einführung in den Charakter des Aue beschreibt Littell eine Inzestszene Max Aues, die hernach im Buch varianten-

reich allegorisch wiederholt wird. Die Existenz des Täters Aue will Littell dem Leser als gefährdet vorstellen, wo er dessen homosexuelle Obsessionen ausführt. Die eigentliche Obsession des Buches ist jedoch die allgegenwärtige Gewalt, die der Leser an allen Schauplätzen des Romans antrifft. In der Tat muss man die Lektüre des Buches zeitweise unterbrechen, um dem Sog der unablässigen Darstellung von Gewalt nicht zu erliegen.

Littell arbeitet mit Chiffren, wenn er etwa auf Ernst Jüngers Kaukasus Reise verweist oder die komplexe Verstrickung der Akteure des 20. Juli in den Holocaust anklingen lässt. Mit welchem erzählerischen Impuls dies geschieht, erschließt sich nicht. Ohne Zweifel hat der Autor eine stupende Kenntnis der Materie der Shoa und ihrer Täter. Diese nützt dem Roman als solchem nur nichts. Littells Narration fehlt es an Welthaltigkeit, wiewohl von dieser in dem Buch unablässig die Rede ist.

Littell wurde vorgeworfen, er verletze die Würde der Opfer, in dem er aus der Perspektive der Täter ihr würdeloses Sterben detailliert, ja als voyeuristische Pornographie erzähle. Und in der Tat, die Opfer in Littells Roman bleiben ohne inneren Ort, ohne Gesicht – ganz so, wie sie von den Tätern angesehen wurden: als Menschenmaterial.

Klaus Theweleit bot in der FAS eine Deutung, warum Littells Buch in Deutschland auf so breite Ablehnung stoße. Die deutsche Literaturkritik weigere sich über die Judenvernichtung aus der Täterperspektive zu lesen, da man eine Identifikation mit den Opfern vorziehe. Theweleit hingegen verteidigt Littells Versuch, »diese affektiv-intellektuelle Symbiose des ›Deutschen‹ mit dem ›Jüdischen‹ des 20. Jahrhunderts in vielen Facetten; eine Symbiose, die, nach Maßgabe der zerissenen Körperlichkeit der Deutschen in dieser Symbiose nur gewaltsam gelöst werden konnte« zu beschreiben.

Bei einer Lesung seines Buches im Berliner Ensembel hat Littell den Vorwurf zurückgewiesen, er zelebriere in seinem Roman eine Empathie mit den Tätern, und ästhetisiere deren Gewaltexzesse. Er habe lediglich literarisch gestaltet, was er bei diesen vorgefunden habe: Monströsität, Banalität und Emphatieunwilligkeit. Damit müsse sich ein Leser konfrontieren, der einen Verständniszugang zum Prozess der Selbstradikalisierung der NS-Täter gewinnen wolle.

Fazit

Um Belletristik im Wortsinne handelt es sich bei Littels Buch nicht. Der Roman ist ein Balanceakt zwischen den Abgründen der entgrenzten Gewalt der Mörder und der zur Schau gestellten Lakonie ihrer Taten. Davon mag man sich mit Recht angeekelt abwenden. An der historischen Faktizität der Mentalität der Täter ändert dies nichts. Dem Buch wird vermutlich ein breiterer Leserkreis beschieden sein als mancher wissenschaftlicher Studie zum Thema. Leider. Wer dem Buch entnimmt, wie konkret die NS-Ideologie bis in alle lebensweltlichen und sozialen Bezüge wirkte, hat vielleicht etwas dazu gelernt. Wer dies jedoch aus einem guten Geschichtsunterricht oder durch eigene Lektüre weiss, dem eröffnet dieser Roman keine neue Perspektive auf die Täter. Der kann es nach gut einem Drittel mit gutem Gewissen beiseite legen. ■

[1]

[1] Jonathan Littells Roman »Die Wohlgesinnten« warf die Frage nach den Grenzen der literarischen Verarbeitung des Holocaust auf.

1|antiker griechischer Inzestmythos

»Mit Blick auf die Täter«

Interview mit Dr. Katharina von Kellenbach

AIB: In dem von Ihnen mit herausgegebenen Buch geht es um den Umgang der beiden großen Kirchen mit NS-Tätern in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Können Sie kurz skizzieren, wie Pfarrer als Seelsorger gegenüber NS-Tätern auftraten?

von Kellenbach: Beide großen Kirchen sahen die seelsorgerliche Arbeit in den Internierungslagern als Chance, die verlorenen Söhne (die Töchter blieben unerwähnt) wieder in die Kirche heimzuführen. Der Nationalsozialismus wurde als Abfall von Gott gesehen, der nun als Irrweg entlarvt worden war. Die Kirchenmänner strichen ihre eigene Widerständigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus hervor und boten das Evangelium der Sündenvergebung und der christlichen Nächsten- und Feindesliebe an. Manche Pfarrer, wie zum Beispiel Martin Niemöller, der acht Jahre in KZs gesessen hatte und hinterher unermüdlich durch Internierungslager reiste, um Schuld und Vergebung zu predigen, hatten tatsächlich dem aktiven Widerstand angehört. Bei anderen, die sich in der Öffentlichkeit in der Täterseelsorge profilierten, wie den süddeutschen Bischöfen Wurm und Meiser stimmten solche Widerstandsbehauptungen weniger. Trotz großer politischer und theologischer Konflikte zwischen den progressiven und konservativen Flügeln in der evangelischen Kirche herrschte Übereinstimmung über die Notwendigkeit kirchlicher Präsenz in den Lagern, damit den reuigen Sündern ein Neuanfang auf christlicher Grundlage ermöglicht werden konnte. Das sahen auch die alliierten Besatzungsmächte so, besonders die Amerikaner, für die kirchliche Versorgung wichtiger Bestandteil der Umerziehung der deutschen Bevölkerung war. So wurden insgesamt mehr Pfarrer in Internierungslagern und Gefängnissen eingesetzt als in Kriegsgefangenenlagern, Flüchtlingslagern und DP-Camps. Das Seelenheil nationalsozialistischer Funktionsträger hatte absolute Priorität.

Allerdings ging an den meisten Inhaftierten und Verurteilten die christliche Botschaft von Schuld und Vergebung glatt vorüber, da sie sich für unschuldig hielten. Sie fühlten sich für die massenhaften Morde an Zivilisten in den Konzentrationslagern, durch Erschießungen der Einsatzgruppen, in den Behindertenanstalten und auf Todesmärschen nicht persönlich verantwortlich. Sie glaubten sich unschuldig, weil sie auf Befehl »von oben«, rechtmäßig und im Auftrag des Staates gehandelt hatten. Gegen diese Wand, die ein Pfarrer im Kriegsverbrechergefängnis (WCP Nr. 1) in Landsberg/Lech als »Unschuldspsychose« bezeichnete, kamen viele Seelsorger nicht an. Zum Teil wollten sie es auch nicht, weil sie das »Schicksal« der Internierten als »deutsche Männer» teilten und die strafrechtliche Verfolgung nationalsozialistischer Untaten als »Siegerjustiz« ablehnten. Deshalb wurden viele der im Dritten Reich als »gottgläubig« aus den Kirchen ausgetretenen SS-Männer und Nazi-Schergen kurzerhand wieder in die Kirchen aufgenommen, ohne sich größer mit ihrer Schuld auseinandersetzen zu müssen. Das passierte besonders oft in Landsberg/Lech, wo die Todesurteile der Nürnberger und Dachauer Verfahren vollstreckt wurden. Den Todeskandidaten wurden oft kurz vor der Hinrichtung noch die Beichte abgenommen und die Sündenvergebung zugesprochen, bevor sie dann unter den Galgen traten und ein letztes Mal ihre Unschuld bekräftigten. Natürlich kann niemand wissen, was in diesen letzten Gesprächen unter dem Siegel des Beichtgeheimnisses wirklich besprochen wurde. Aber die Dokumente deuten darauf hin, dass es sich eher um persönliche Sünden handelte und nicht um Reue über die Teilname am massenhaften Morden. So schreibt der Seelsorger von Hans Hermann Schmidt, ehemaliger Adjutant des KZ-Kommandanten von Buchenwald: »Die Beichte war ihm kein Lippenbekenntnis, sondern er wußte von mancherlei Schuld und Versäumnis in seinem Leben und hat offen davon gesprochen. Aber zu einer Bejahung der Schuld, die ihm das Gericht zugeschrieben hat, konnte er bei aller Gewissensprüfung nicht kommen. Er war ohne sein Zutun auf die Stelle des Adjutanten in Buchenwald gekommen, ist sich keiner Grausamkeit bewußt gewesen, sondern hat den schuldigen militärischen Gehorsam geleistet.« Schmidt, der in Buchenwald alle Strafmassnahmen beaufsichtigte, war sich keiner Grausamkeit bewusst und behauptete noch unter dem Galgen: »Vor dem Angesichte Gottes, vor dem ich im nächsten Augenblick stehen werde, versichere ich, dass ich der Verbrechen nicht schuldig bin, die man mir zur Last gelegt hat... Ich habe Befehle ausgeführt, die mir rechtmäßig gegeben worden waren... Ich sterbe unschuldig.« Von Schuldbewusstsein und Reue kann nicht

gesprochen werden und damit eigentlich auch nicht von einer gelungenen Konversion zum christlichen Glauben. Solche formalen Kircheneintritte ohne entsprechenden Sinneswandel haben die christliche Vergebungsbotschaft ausgehöhlt und unglaubwürdig gemacht.

Welche Rolle spielten die Kirchen im geschichtspolitischen Diskurs der Endvierziger und fünfziger Jahre im Hinblick auf die NS-Zeit?

Die Kirchen haben mit dem christlichen Paradigma von Schuld und Vergebung, Beichte und Absolution (oder truth and reconciliation wie es später in Südafrika genannt wurde) den politischen Diskurs nachhaltig geprägt. Im Zentrum der christlichen Botschaft steht der Glaube an die Veränderbarkeit und Erneuerbarkeit des sündigen Menschen. Luther sprach von der »Freiheit des Christenmenschen.« Kein Mensch ist von seiner Vergangenheit völlig determiniert. So kann noch der Verbrecher, der neben Jesus am Kreuz hängt, zum Glauben finden und ins Paradies eingelassen werden. Das Neue Testament ist voll solcher wundersamer Heilungs- und radikaler Veränderungsgeschichten. Wer seine Sünden bereut und dem Bösen abschwört, dem steht die Zukunft offen. Gott lässt Gnade vor Recht walten und freut sich bedingungslos über die Rückkehr des verlorenen Sohnes. Vergebung und Neuanfang sind wichtiger als rückwärtsgewandte Gerechtigkeit, eine als christlich ausgewiesene Grundeinstellung, die den Ruf nach einem Schlussstrich rechtfertigte. Diese Prioritätensetzung wurde von jüdischen Theologen sofort und von christlichen deutschen Theologen erst viel später heftig kritisiert. Dennoch war diese Position auch nicht ganz falsch. Die Fiktion von der »Stunde Null« hat langfristig aus Hunderttausenden nationalsozialistischen Überzeugungstätern brave, staatstreue Bürger demokratischer Nachfolgestaaten gemacht. Obwohl die unterbliebene Rechtsprechung und die ausgebliebene Gerechtigkeit heute sehr schmerzt, sollte der politische Langzeiteffekt der Reintegration und Neutralisierung schuldig gewordener Nazitäter nicht unterschätzt werden. Auch in Ländern wie Südafrika, Ruanda, Guatemala, Kambodscha ist der Balanceakt zwischen Amnestie und Rechtsprechung, Gnade und Gerechtigkeit, Zukunft und Vergangenheitsbewältigung fließend und häufig umstritten. Es mag keine grundsätzlich richtige Position in dieser dialektischen Spannung geben, sondern nur ein vorsichtiges Vorwärtstasten und Taxieren in konkreten historischen Situationen unter bestimmten politischen Bedingungen.

Welche politische und theologische Mentalität prägte den Schuldbegriff der damals handelnden Theologen?

Im Stuttgarter Schuldbekenntnis vom Oktober 1945 sprach die evangelische Kirche von der »Solidarität der Schuld«, ein äußert schillernder Dachbegriff, unter dem sich sowohl die progressiven wie konservativ-apologetischen Kirchenvertreter wiederfinden konnten. Die Progressiven verstanden unter der Schuldgemeinschaft die Aufforderung, die eigenen Anteile an der massiven Systemschuld zu benennen. Sie wollten der »schweigenden Mehrheit« die Scheuklappen entreißen und ihre Entschuldungsargumente der Unwissenheit (»davon wussten wir nichts«) und Ohnmacht (»was hätten wir denn dagegen tun sollen?«) entkräften. In den Händen konservativ-apologetischer Kirchenrepräsentanten mutierte die »Solidarität der Schuld« zum Entlastungsargument für einzelne Angeklagte. Schon die »Hauptkriegsverbrecher« der Nürnberger Prozesse sollten mit Verweis auf die Gemeinschaftsschuld wieder frei gesetzt werden. Warum sollte ein Krupp oder ein Weizsäcker mehr Schuld tragen, als all die anderen, die sich ebenfalls irgendwie mitschuldig gemacht hatten? Wo alle schuldig sind, da kann kein Einzelner mehr zur Verantwortung gezogen werden, das monierten zeitgleich schon Hannah Arendt und Heinrich Blücher. Und kein anderer als Adolf Eichmann zitiert in seinen Memoiren aus dem Johannesevangelium: »Wer ohne Schuld ist, der werfe den ersten Stein«, um sich damit selbst seiner Harmlosigkeit zu vergewissern. Auch ein Eichmann verwahrt sich leidenschaftlich dagegen, als »Sündenbock« für die Schuld der Gemeinschaft missbraucht zu werden. Ein Sündenbock ist bekanntlich unschuldig, bevor er mit den Sünden der Allgemeinheit belegt und symbolisch ausgestoßen wird. Viele der für NS-Taten Verurteilten empfanden sich als Unschuldslämmer, die nun stellvertretend für das deutsche Volk sühnen sollten. Der Begriff der »Solidarität der Schuld« war also ein zweischneidiges Schwert. Er ermöglichte einerseits eine couragierte Schuldannahme, andererseits →

diente er der Entschuldung höchst kompromittierter Einzeltäter. Die Auseinandersetzung mit den konkreten Zuständigkeiten und Handlungskompetenzen einzelner Täter blieb lange unter dem Deckmäntelchen der allgemeinen Gesamtschuld versteckt. Diese Mentalität änderte sich in der westdeutschen Politik und Justiz nur sehr langsam, beginnend mit dem Ulmer Einsatzgruppen (1958) und dem Eichmannprozess (1961). Erst in den sechziger Jahren entwickelte sich die Einsicht, dass eine juristisch präzise und moralisch sorgfältige Zuweisung individueller Schuld möglich und wichtig sein könnte.

Welche Rolle spielte das sogenannte »Stuttgarter Schuldbekenntnis« der evangelischen Kirche für deren Reflexion der NS-Zeit?

Das Stuttgarter Schuldbekenntnis war ein sehr mutiger Schritt für die evangelischen Verfasser, die alt genug waren, sich an die Dolchstoßlegende und die Kollektivschuld des Versailler Vertrages von 1918 zu erinnern. Diese Vergangenheit saß ihnen im Nacken und sie erwarteten mit Recht, dass ihnen das Eingeständnis »mit großem Schmerz sagen wir: durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden« innenpolitisch um die Ohren fliegen würde. Die Erklärung sollte deshalb geheim bleiben. Ihre Veröffentlichung in den Medien löste einen Sturm der Empörung aus, der zu unzähligen Nacherklärungen führte. Aber außenpolitisch errang das Stuttgarter Bekenntnis der evangelischen Kirche moralische Glaubwürdigkeit in der internationalen christlichen Öffentlichkeit und damit langfristig politischen Freiraum. Dieses moralische Kapital wurde später zugunsten der internierten NS-Funktionäre wieder eingesetzt. So verweist zum Beispiel die geheime EKD-Denkschrift von 1949, in der die Freilassung aller in Nürnberg und

Dachau Verurteilten von der amerikanischen Militärregierung verlangt wird, in der Einleitung auf das Stuttgarter Schuldbekenntnis. Die Verfasser wollten zeigen, dass ihre grundsätzliche Kritik an den Nürnberger Verfahren keinesfalls revanchistisch motiviert sei und behaupteten: »der Vorwurf, die Kirche sei nicht ohne Schuld, ist nicht berechtigt, denn wir bekannten [unsere Schuld] vor der ganzen Welt.« Dieser apologetische Hinweis auf Stuttgart wurzelt in der Annahme, dass ein Schuldbekenntnis Absolution erwirkt und Schuldlosigkeit (wieder) herstellt. Die Denkschrift, die übrigens auch von Martin Niemöller mit unterzeichnet worden war, sah sich selbst über solchen Verdacht erhoben und machte sich als Nichtbetroffene zur Fürsprecherin der Täter. Die kirchliche Kampagne gegen die Entnazifizierungs- und Spruchkammerverfahren und die vielen Amnestiegesuche wurden oft mit dem Stuttgarter Bekenntnis legitimiert.

Wie sind die nach dem Krieg sozialisierten Theolog/Innengenerationen mit dem Thema Schuld und Nationalsozialismus umgegangen? Lassen sich hier unterschiedliche generationelle Stile erkennen?

Martin Niemöller zog in seinen Nachkriegspredigten eine Analogie zum Spiel »Taler, Taler, du musst wandern« und stellte fest, dass er in ganz Deutschland niemanden finden konnte, der mit dem Schuldtaler in der Hand erwischt werden wollte. Er erzählte empört vom Nürnberger Verfahren gegen Julius Streicher, dem er zeitweise beiwohnte, und in dem Streicher behauptete, er hätte »niemals gegen Juden gehetzt« und könnte für Antisemitismus und Judenmord nicht verantwortlich gemacht werden. Die Geschwindigkeit und Heftigkeit, mit welcher der Schuldtaler hinterrücks im Kreis herumwanderte, hat sich erst mit zeitlicher und generationeller Distanz verlangsamen können. Für die Zeitzeugengeneration blieb die Schuld ein brennend heißes Eisen, das sie nur ganz kurz und mit feuerfesten Handschuhen berühren konnten. Man denke nur an die jüngsten Offenbarungen eines Günter Grass oder Walter Jens zur Mitgliedschaft in Partei und SS. Die Bedrohung durch die Schuld und die Angst davor, mit den millionenfachen Morden und den weniger spektakulären Gesten der Verachtung und Ausgrenzung, der Ausbeutung und Misshandlung von so vielen Menschen behaftet zu werden, löst selbst noch bei den jüngsten Zeitzeugen panische Reaktionen hervor. Mit jeder neuen Welle der »Vergangenheitsbewältigung« konnte der Schuldtaler etwas länger in der Hand gehalten werden. Die 68er-Generation stand »nur noch« im Bannkreis der Schuld der Eltern und positionierte sich leidenschaftlich und blindlings dagegen. Die Schuld lag ganz klar in den Händen der anderen, der älteren Generation, der Faschisten, Kapitalisten und Vertreter der Staatsmacht selbstverständlich nicht in den eigenen Händen. Erst in der nächsten Generation konnte der Schuldtaler lange genug in der eigenen Hand gehalten werden, um ihn auf Beschaffenheit und Prägung zu prüfen. Jüngere Forschungen können das ganze Ausmaß nationalsozialistischen Gedankenguts und Schaffenskraft in den eigenen Familien, den Kirchen, Wirtschaftskonzernen, der Justiz, den örtlichen Kommunen, der Architektur, Literatur, Theologie etc. dokumentieren, ohne von Schuldgefühlen und apologetischen Impulsen überwältigt zu werden. Der Schuldtaler verliert seine Bedrohlichkeit und darf aufhören zu wandern. Es geht um Dokumentation und Verständnis, nicht um mehr Anklage, Verurteilung und Besserwisserei. Wir müssen lernen, wie Antisemitismus in der Theologie aussieht, wie viele Zwangsarbeiter im kirchlichen Einsatz ausgebeutet wurden, warum getaufte Nichtarier aus den Kirchen ausgeschlossen wurden etc. Erst wer den Schuldtaler offen in der Hand halten kann, wird auch unbefangen auf die Opfer und ihre Nachkommen zugehen können. Es wird Zeit, das Spiel zu beenden und solidarisch mit den Opfern zu trauern und eine gemeinsame Erinnerung zu finden. ■

Dr. Katharina von Kellenbach, 1960,
Professor of Religious Studies, St. Mary's College of Maryland, USA.

Forschungsschwerpunkte:
jüdisch-christlicher Dialog und feministische Theologie.

Letzte Veröffentlichungen:
Mit Blick auf die Täter, mit Björn Krondorfer und Norbert Reck, Gütersloh, 2006,
sowie mit denselben Herausgebern
Von Gott Reden im Land der Täter, Darmstadt 2000.
»God's Love and Women's Love: Prison Chaplains Counsel Wives of Nazi Perpetrators,« Journal of Feminist Studies in Religion 20 (2004/2):7–24 und »Vanishing Acts: Perpetrators in Postwar Germany,« Journal of Holocaust and Genocide Studies 17 (2003/2): 305–329.

Blood & Honour Kurzer Prozess in Halle

Im September 2000 wurde die Neonaziorganisation »Blood & Honour Division Deutschland« (B & H) und deren Jugendorganisation »White Youth« vom Bundesinnenminister Otto Schily verboten und bundesweit Hausdurchsuchungen bei den Angehörigen dieser Organisation durchgeführt. Am 13. Juni 2001 wurde dieses Verbot nach einem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes rechtskräftig. Das Landgericht Halle/ Saale musste nun vom 21. Februar bis zum 31. März 2008 darüber entscheiden, ob sieben Angeklagte die Fortführung der Organisation über dieses Datum hinaus betrieben haben und mindestens ein weiteres dreiviertel Jahr aktiv »Blood & Honour« Veranstaltungen planten und durchführten.

Angeklagt waren Anke Z. (35) und Björn J. (28) aus Rostock (Mecklenburg-Vorpommern), Stefan R. (27) aus Göhlsdorf/Lehnin (Brandenburg)[1], Sascha Braumann (31) aus Magdeburg, Ingo M. (32) aus Bremen sowie Hannes Knoch (40) und Hannes Franke (30)[2] aus der Region Hildesheim (Niedersachsen). Darüber dass sich die »Blood & Honour«-Strukturen in der Bundesrepublik nach dem Verbot nicht in Wohlgefallen aufgelöst haben, besteht wohl wenig Zweifel[3]. Die Behörden tun sich jedoch sehr schwer, diese aufzudecken und die Aktivisten zur Verantwortung zu ziehen. Das wurde auch in Halle deutlich, wo von der letzten angeklagten Tat bis zur Eröffnung der Hauptverhandlung sechs Jahre ermittelt wurde mit wenig zufrieden stellenden Ergebnissen.

»Hallo Otto – Trotz Verbot sind wir nicht tot«

Auslöser der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Halle gegen die sechs Männer und eine Frau war ein »Blood & Honour«-Konzert am 25. November 2000 auf einem ehemaligen Kasernengelände in Annaburg (Sachsen-Anhalt). Die Polizisten, die das Konzert auflösten, fanden unter anderen an einer Außenwand die von den Buchstaben »B« und »H« und einer Lebensrune flankierte und an den damaligen Bundesinnenminister Otto Schily gerichtete Losung: »Hallo Otto, trotz Verbot sind wir nicht tot!« . Von etwa 400 der knapp 1.000 Konzertbesucher wurden die Personalien festgestellt. Bei diesem Konzert waren zahlreiche polizeibekannte »Blood & Honour«-Aktivisten anwesend, bei denen dann Telefonüberwachungen und Observationen eingeleitet wurden. Insgesamt begannen 38 Ermittlungsverfahren. Maßgeblich organisiert wurde das Konzert von Thomas Persdorf aus Sachsen sowie den Sektionsführern Thüringen und Brandenburg, Marcel Degner und Sven Schneider. Im August 2002 wurden Degner und Schneider als Informanten des Verfassungsschutzes bzw. des LKA Brandenburg enttarnt[4].

Am 16. Juni 2001 fand in Magdeburg ein konspirativ organisiertes bundesweites Treffen von 30 bis 40 ehemaligen Aktivisten statt, um laut Anklage die Weiterführung von »Blood & Honour« zu planen. In der Erlebnisgaststätte »Zur Tafelrunde« hatte Hannes Knoch unter dem Namen eines »Tattoo-Vereines Landesverband Sachsen-Anhalt und Niedersachsen« ein Ritteressen bestellt. Neben den Angeklagten waren weitere Angehörige der »Blood & Honour«-Szene anwesend, wie Sven Schneider, das Mitglied der Rostocker Band »Nordmacht« Carsten Geron und der Hallesche Versandhändler Sven Liebich.

In Kalbe/Milde fanden am 28. Juli 2001 ein »Germanischer Sechskampf« und ein 15 km-Marsch statt, an dem Anke Z., Franke und andere teilnahmen und bei dem es den Hinweis auf einen Auftritt des ehemaligen Skrewdriver-Gitarristen Steve Calladine, genannt »Stigger«, gab. Näheres konnten Polizei und Gericht jedoch nicht ermitteln. Einen derartigen

[1]

[1] Stefan R. (links) mit den weiteren Angeklagten auf dem Weg zu seinem Prozess wegen der Fortführung der verbotenen »Blood & Honour« Organisation.

Wettkampf mit Baumwerfen, Tauziehen und Bierkastenstapeln organisieren seitdem die »Freien Nationalisten Altmark West« unter der Bezeichnung »Schottenfest« jährlich im altmärkischen Jeggeleben. Deren Mitglieder waren vorher ebenfalls teilweise bei »Blood & Honour« aktiv.

Ein weiteres »Blood & Honour«-Konzert fand am 9. September 2001 in Tostedt statt. Das Konzert, zu dem rund 700 Gäste kamen, war anlässlich des Todestages des »Blood & Honour«-Mitbegründers intern als »Ian-Stuart-Memorial« und offiziell als »Ballermann-Party« im örtlichen Schützenhaus angekündigt worden. Es spielten die bis heute aktive kalifornische »Blood & Honour«-Band »Youngland«, die Rostocker »Nordmacht« sowie »Ultima Ratio« aus Baden-Württemberg. Die Angeklagten Knoch, Franke, Stefan R., Anke Z. und Ingo M. waren maßgeblich an der Organisation und Durchführung des Konzertes beteiligt, indem sie die Bands buchten, per Sammel-SMS für das Konzert warben, »Youngland« vom Flughafen abholten und privat unterbrachten. In einem späteren Telefonat schwärmte Franke, dass das Konzert toll gewesen wäre und die »Amerikaner« auch »Blood & Honour« gespielt und alle »Sieg Heil« gerufen hätten. Bei Hausdurchsuchungen im April 2002 wurde bei ihm u.a. ein Foto gefunden, auf dem »Youngland« mit Hitlergruß vor einer »Blood & Honour Niedersachsen«-Fahne posiert.

Für den 23. November 2001 organisierte Franke dann einen Liederabend mit dem Liedermacher Michael Sisson, genannt »Sisco« von der Band »Warlord«, die nach Ian Stuarts Tod aus »Skrewdriver« hervorgegangenen war. Ursprünglich sollte das Konzert in Niedersachsen stattfinden, weil die Polizei aber im Vorfeld Kenntnis vom Veranstaltungsort erhielt, suchte Franke nach einer Alternative. Nach einem Telefonat mit Braumann wurde sehr schnell in Magdeburg ein geeignetes Lokal gefunden. Es handelte sich hierbei um die vom damaligen NPD-Kreisvorsitzenden Matthias Güttler betriebene Gaststätte »Zum Reinheitsgebot«, die bis Juli 2002 als Treffpunkt und Veranstaltungsort für die lokale Neonazi-Szene fungierte. Für die Veranstaltungsordner sorgte der damalige »Selbstsschutz Sachsen-Anhalt«. Am Konzertabend war die Polizei vor Ort, brach das Konzert mit einem total betrunkenen Liedermacher ab und stellte die Personalien von über 70 anwesenden Konzertgästen fest.

Am Folgetag sollte »Sisco« in Lützen an der Grenze zu Sachsen auf dem Grundstück des rechten Szeneanwaltes Thomas Jauch einen weiteren Auftritt haben. Pächter des Grundstückes war zu dieser Zeit mit Thomas Persdorf einer der hauptverantwortlichen Organisatoren des Konzertes in Annaburg und heutiger Betreiber von »Front Records«. Seit 2004 betreibt Persdorf von Wurzen aus seinen Versandhandel, eine Textildruckerei und veranstaltet noch immer Rechtsrock- und NSBM-Konzerte in seinen Räumen in Wurzen. Wie er selbst war auch sein Mitarbeiter Thorsten K. bei »Blood & Honour« aktiv.[5] Das gegen Persdorf wegen der Weiterführung von »Blood & Honour« eingeleitete Verfahren war abgetrennt und nach Sachsen übergeben worden.

Am 16. Februar fand in Wormsdorf bei Magdeburg eine von Braumann und den »Freien Nationalisten Magdeburg« organisierte Vortragsveranstaltung mit dem als Terroristen verurteilten Holocaustleugner und Geschichtsrevisionisten Manfred Roeder statt. Neben einigen der Mitangeklagten aus der »Blood & Honour«-Szene kamen weitere etwa 100 Neonazis aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Niedersachsen[6].

Stefan R. war zudem angeklagt, im November 2001 für ein »Blood & Honour«-Konzert in Belgien mit den Bands »Vinland Warriors«, »Race War« und »Weiße Wölfe« per Sammel-SMS Werbung gemacht zu haben.

»Pipifax und Pillepalle«

Björn J., dem keine Beteiligung an den Veranstaltungen vorgeworfen wurde, hatte sich in einem Brief an den deutschen Divisionsleiter Stephan Lange, genannt »Pinoccio«, aus Berlin als »Blood & Honour-Supporter« vorgestellt und seine Unterstützung bei der Verteilung des »Blood & Honour«-Magazins angeboten. Da das Gericht jedoch weder feststellen konnte, zu welchem Zeitpunkt der Brief geschrieben wurde, noch ob nach dem Verbot überhaupt noch Ausgaben des Maga-

➔

1| Siehe auch die Artikel »Anstandshalber starker Staat« im AIB # 51 und »Razzia bei B & H Aktivisten« im AIB # 56.
2| Siehe auch die Artikel »Das B & H - Netzwerk« im AIB # 49 und »Razzia bei B & H Aktivisten« im AIB # 56.
3| Siehe auch der Artikel »Der Streit ums Erbe« im AIB # 71.
4| http://www.die-kommenden.net/dk/repression/degner.htm am 28. April 2008
5| http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=39&kat=39&artikelid=3050 am 28. April 2008
6| Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt 2002

[1] Der Angeklagte Sascha Braumann (rechts) beim Geländespiel der »Combat & Survival« Schule im Frühjahr 2005. Als Trainer der »Warrior Survival School« trat der Angeklagten Hannes Knoch auf. (Das Bild ist dokumentiert von der Internetseite www.combatandsurvival.de). Zur »Combat & Survival School« bzw. der »Warrior Survival School« vgl. AIB # 76 (3/2007).

zins erschienen sind, wurde das Verfahren gegen ihn nach § 153 StPO eingestellt.

Am vierten Prozesstag legten die restlichen Angeklagten im Rahmen einer sogenannten Verständigung im Strafverfahren halbherzige Geständnisse ab, in denen sie ausschließlich die Punkte einräumten, für die im Beweisverfahren Belege erbracht werden konnten. Daraufhin wurden Franke und Knoch zu je 80 Tagessätzen und Anke Z. zu 75 Tagessätzen zu jeweils 25 Euro Geldstrafe verurteilt. Ingo M. sowie Stefan R. wurden unter dem Vorbehalt einer Geldstrafe auf ein Jahr Bewährung lediglich verwarnt. Nur Braumann schloss sich diesem Deal nicht an, sein Verfahren wurde erst nach dem siebten Prozesstag gegen die Zahlung eines dreistelligen Geldbetrages eingestellt, wie einer Pressemitteilung des Landgerichtes Halle zu entnehmen war.[7] Das Gericht bewertete nur für die Konzerte in Tostedt und Magdeburg den »Blood & Honour«-Hintergrund. Für die restlichen Veranstaltungen konnten keine ausreichenden Beweise erbracht werden.

Nicht nur die Verteidiger, insbesondere Wolfram Nahrath und Klaus Kunze machten keinen Hehl daraus, dass für sie überhaupt kein Tatbestand erkennbar ist. Auch das Gericht nahm anhand der mangelhaften Beweisführung und ohne die konkreten Hintergründe und Kontinuitäten der »Blood & Honour«-Vernetzung einzubeziehen, die Vorwürfe als »Pipifax und Pillepalle«[8] wahr und wollte so schnell wie möglich zu einem Ergebnis kommen. Nach über sechs Jahren ist es weder den Ermittlungsbehörden noch dem Gericht gelungen, mit wenig ergiebigen Telekommunikation-Überwachungsprotokollen sowie den bei Hausdurchsuchungen sichergestellten Szene-Devotionalien den Nachweis der Fortführung der Organisation glaubhaft zu erbringen. Das ist umso bedauerlicher, da sowohl Teile von »Blood & Honour« in der Bundesrepublik als auch die meisten der Angeklagten nach wie vor politisch aktiv sind.

Alles Jugendsünden?

Sascha Braumann ist langjähriger Kameradschaftsaktivist und leitet jetzt den JN-Stützpunkt in Magdeburg, zwischenzeitlich trat er selbst mit der Band »Systems Coffin« auf Neonazi-Veranstaltungen auf[9]. Hannes Franke betreibt das Tattoo- und Piercingstudio »Bulletproof« in Munster - wo sich auch der Elite-Military-Laden »Dezentral« von Hannes Knoch befindet. Dieser betreibt mit dem »Last Resort« in Hildesheim ebenfalls ein Tattoo- und Piercing-Geschäft und bietet darüber hinaus in seiner »Combat & Survival-School« Kurse in Wehrsport- und Geländeübungen sowie Waffentraining an. Diese paramilitärischen Aktivitäten betreiben Knoch und weitere Aktivisten bereits seit 1998.[10] Auch Braumann und andere Magdeburger Aktivisten sowie Mitglieder des »Selbstschutz Sachsen-Anhalt« bzw. »Selbstschutz Deutschland« waren über Jahre Lehrgangsteilnehmer bei Knoch[11]. In diesem Milieu verbinden sich die alten »Blood & Honour«-Kontakte mit Lifestyle und geschäftlichen Interessen und sichern die Existenz einer Struktur, die auch ohne die offene Verwendung des verbotenen Labels auskommt. Da wirkt es fast wie eine Verhöhnung des Gerichtes, wenn Knoch behauptet, seit Tostedt keinen Kontakt mehr zur rechten Szene zu haben. Stefan R. fiel zuletzt bei verschiedenen NPD-Infoständen in Brandenburg sowie als Ordner u.a. bei dem alljährlich im Januar in Magdeburg stattfindenden Trauermarsch auf.[12] ■

7| Aktualisierte Version der Pressemitteilung des Landgerichtes Halle vom 2. April 2008
8| Zitat des Vors. Richters aus einem informellen Gespräch der Prozessbeteiligten, das der Verteidiger von Ingo M. in seinem Plädoyer wiederholte
9| vgl.auch: http://aipmd.pytalhost.de/texte/bhverfahren.html am 4. Mai 2008; http://aipmd.pytalhost.de/texte/jnleitervorgericht.html am 4. Mai 2008
10| AIB 76 3.2007, S.20ff: Von »Blood & Honour« zu »Combat & Survival«?
11| http://www.combatandsurvival.de/ am 4. Mai 2008
12| http://westhavelland.antifa.net/Person%20SS%203.htm am 4. Mai 2008

Pseudoautonom und kriminell

Die Nationalen Sozialisten Ostwestfalen-Lippe/Schaumburg

Von Sebastian Enzer

Der niedersächsische Landkreis Schaumburg an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen gilt schon lange als neonazistische Hochburg. Maßgeblich verantwortlich für diesen Ruf ist eine Kameradschaftsstruktur, an dessen Spitze der 29jährige Marcus Winter aus Minden steht. Bis August 2007 agierte die Gruppe unter dem Namen »Nationale Offensive Schaumburg« (NOS). Hintergrund der Umbenennung in »Nationale Sozialisten OWL/SHG« war einerseits eine intensivierte Zusammenarbeit mit ostwestfälischen Neonazis. Entscheidender waren jedoch die Bestrebungen, ein Verbot der Gruppe zu umgehen, denn über ein solches dachte das niedersächsische Innenministerium bereits laut nach.

Die Option eines Gruppenverbotes wurde ins Spiel gebracht, nachdem letztes Jahr in Zeitungen und Fernsehen verstärkt über das zum Teil gewalttätige Vorgehen der Neonazis gegen politische GegnerInnen berichtet wurde. Betroffen von Verleumdungen, Drohanrufen, »Hausbesuchen« und Verfolgungen durch NOS-Mitglieder waren VerfasserInnen kritischer Leserbriefe, aktive AntifaschistInnen und JournalistInnen. Sogar PolizistInnen und Justizbeamte gerieten ins Visier der Neonazis: Das Dienstgebäude des Bückeburger Oberstaatsanwalts wurde mit der Parole »Du Judenknecht wir kriegen dich!« beschmiert; der vorsitzende Richter des Landgerichts fand kurz nach einem Prozess gegen Marcus Winter sein Portraitfoto auf der Internetseite der NOS wieder. Polizeibeamte der zuständigen Polizeidirektion Nienburg berichteten, wie Neonazis demonstrativ die Kennzeichen von Privatfahrzeugen auf dem Polizeiparkplatz notierten. Ob ein Verbot dennoch durchführbar gewesen wäre, ist ungewiss. Um auf Nummer Sicher zu gehen änderte die NOS den Gruppennamen aber – schließlich hat die regionale Szene mit dieser Taktik bereits gute Erfahrungen gemacht.

Dies ist eine überarbeitete Version des in der Lotta #29 erschienenen Artikels »Alte Inhalte mit neuem Namen - Die »Nationale Offensive Schaumburg« (NOS)

www.projekte.free.de/lotta

Kameradschaft – Aktionsbündnis – Nationale Offensive

Sucht man nach den Anfängen der heutigen Nazistrukturen in Schaumburg, muss man bis in das Jahr 2000 zurück blicken. Damals gründeten sich um eine Gruppe junger Neonazis in Rinteln die Kameradschaft Weserbergland sowie ein Stützpunkt der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten«. An der Spitze der Kameradschaft stand schon damals Marcus Winter. Um Unterstützung von Außerhalb musste er sich nicht sorgen. Kader aus dem nahen Ostwestfalen, darunter der Bielefelder Bernd Stehmann und Mitglieder der NPD Minden, leisteten ebenso Aufbauhilfe wie der damalige JN-Bundesvize Florian Cordes. Von Anfang an machten Winter und sein Gefolge wegen ihrer hohen Gewaltbereitschaft von sich reden. Immer wieder gerieten sie mit AntifaschistInnen aneinander. Die zuständige Staatsanwaltschaft bezeichnete das Ausmaß der heftigen Auseinandersetzungen in Rinteln als »herausragend für den norddeutschen Raum«. Trauriger Höhepunkt der Gewaltspirale war die Entführung und Misshandlung eines Antifaschisten durch drei Neonazis im April 2002. Einer der Täter war Marcus Winter. Erst nach mehrmonatiger Flucht konnte er gestellt und zu einer längeren Haftstrafe verurteilt werden. Bis er Anfang 2005 vorzeitig →

[1] Kameradschaft Weserbergland am 20. September 2003 in Dortmund

[1] Marcus Winter in passender Verkleidung

auf freien Fuß gesetzt wurde, war es relativ ruhig um die Szene geworden. Indem Winter der Kontakt zur Kameradschaft Weserbergland gerichtlich untersagt wurde, sollte dieser Zustand aufrecht erhalten werden. Winters Engagement für die Neonaziszene blieb jedoch ungebrochen. Direkt nach seiner Haftentlassung boten ihm zunächst NPD und JN die Möglichkeit öffentlicher Auftritte. So trat er bei der Bundestagswahl 2005 als Direktkandidat für die Partei an. Die Kameradschaft Weserbergland erklärte offiziell ihre Auflösung. Gleichzeitig wurde ein neues »Aktionsbündnis Weser-Leine« gegründet, so dass Winter sich auch wieder im Bereich der Kameradschaften organisieren konnte. Im Mai 2006 erfolgte dann die Gründung der »Nationale Offensive Schaumburg«. Die ersten Aktionen unter diesem neuen Namen fanden in Bad Nenndorf statt. In dem kleinen Kurort am Deister unterhielt der britische Geheimdienst von 1944 bis 1947 ein Gefangenenlager im Kurhaus »Wincklerbad«, in dem deutsche Kriegsverbrecher und Spione verhört wurden. Wie die britische Zeitung »The Guardian« aufdeckte, wurden dabei nicht immer rechtstaatliche Grundsätze eingehalten. Diesen Zustand greift die Neonaziszene nun auf, um deutsche Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkrieges zu relativieren und ihr Bild von der »Befreiungslüge« zu fokussieren. Das Wincklerbad wird zum »alliierten Folterlager« umgedeutet und soll so zur Wallfahrtsstätte für Neonazis werden. Den Höhepunkt der neofaschistischen Geschichtsumdeutung in Bad Nenndorf stellen die seit 2006 jährlich stattfinden »Trauermärsche« im Sommer dar, die bereits bis in das Jahr 2010 im Voraus angemeldet wurden. Im Vergleich zu 2006 konnten die Neonazis ihre Teilnehmerzahl 2007 mit knapp 200 fast verdoppeln. Beim diesjährigen »Trauermarsch« am 2. August ist mit einer erneuten Steigerung zu rechnen.

Bei der Organisation von Aufmärschen beschränken sich die Schaumburger Neonazis aber bei weitem nicht nur auf Bad Nenndorf. Wichtige Funktionen hatten sie bei der Organisation des »Großkamptages« in Ostwestfalen-Lippe am 16.09.2006, an dem in drei Städten (Bielefeld, Gütersloh und Minden) gleichzeitig »gegen Sozialabbau« aufmarschiert werden sollte. Es folgten weitere Aufmärsche in Minden, Paderborn, Herford und Detmold. Das Zusammenwirken mit den ostwestfälischen Neonazis, allen voran die Freien Kräfte Gütersloh um Christian Menzer, ist dabei so eng geworden, dass man heute von einer zusammenhängenden Struktur sprechen kann, was sich nicht zuletzt auch im aktuellen Gruppennamen widerspiegelt.

Kriminelle Energien

Die Kontakte der Schaumburger Neonazis sind weit reichend. Besonders zu Gruppen aus Dortmund, Hamm und dem übrigen Ruhrgebiet wird ein enges Verhältnis gepflegt. So hielt auch das dort verbreitet »autonome« Auftreten der Kameradschaftsszene Einzug in Schaumburg. Mit dem noch bis vor kurzem üblichen Erscheinungsbild als Nazi-Skinheads wurde schnell gebrochen. Heute findet man die Schaumburger Neonazis bei Aufmärschen mitten im »Schwarzen Block«, hinter Transparenten mit Aufschriften wie »Wir rocken das System!«. Dabei wird kaum ein bedeutender Termin ausgelassen. Ob in Dresden, Halbe, Dortmund oder wie vor wenigen Wochen in Stollberg: Die Schaumburger fehlen nirgendwo – oft laufen sie sogar ganz vorne mit. So auch bei dem bisher größten Event der »Autonomen Nationalisten«, dem Aufmarsch am 1. Mai dieses Jahres in Hamburg-Barmbek. Die dabei zutage getretene extreme Gewalt dürfte ganz im Sinne der »Nationalen Sozialisten« aus Schaumburg gewesen sein. Ein Blick in das Vorstrafenregister einiger Mitglieder lässt diesen Schluss zu. Neben dem einschlägig vorbestraften Anführer Marcus Winter fällt dabei besonders Marco Siedbürger (26) auf. Dieser verbüßte eine 5jährige Jugendstrafe wegen Körperverletzung mit Todesfolge, da er 1999 zusammen mit einem Komplizen einen 44jährigen Familienvater aus Eschede so heftig zusammentrat, dass dieser qualvoll erstickte. Während der Haft lernte er Winter kennen und freundete sich mit ihm an. Nach seiner Haftentlassung lies sich Siedbürger bei seinem neuen »Kameraden« in Schaumburg nieder. Man wohnte gemeinsam im Haus von Arwid Christoph Strelow in Lindhorst. Das ehemalige Vorstandsmitglied der JN Niedersachsen verbüßt derzeit eine Freiheitsstrafe von über 2 Jahren, die sich hauptsächlich aus diversen widerrufenen Bewährungen wegen Kör-

perverletzungsdelikten zusammen setzt. Unter anderem schlug Strelow am Rande einer NPD-Kundgebung in Rotenburg (Wümme) mit einer Holzlatte auf einen Gegendemonstranten ein. Auch der 30jährige Bernd S. wohnte kurzzeitig in der »Neonazi-WG«, nachdem er im Sommer 2007 aus der Haft entlassen wurde, die er wegen zwei Banküberfallen zu verbüßen hatte. Im März wurde er erneut verhaftet. Gegen ihn besteht aufgrund eines DNA-Abgleichs der dringende Tatverdacht, im November 2000 eine Frau vergewaltigt und ermordet zu haben. Fast schon harmlos erscheint dagegen das aktuelle Verfahren gegen Marcus Winter, in dem es »nur« um Volksverhetzung geht. Ihm wird vorgeworfen, einen antisemitischen Hetzartikel auf die alte Internetseite der NOS gesetzt zu haben, der Überlebende der Shoa verunglimpfte und in der Forderung gipfelte »die Bande endlich raus zu schmeißen«. Der erste Anlauf des Verfahrens platzte, da das Landgericht Bückeburg einen schweren Formfehler begangen hatte. Das wiederholte Verfahren ist inzwischen bei der letzten Instanz, dem Oberlandesgericht Celle, angekommen. Ein endgültiges Urteil ist in einigen Monaten zu erwarten. Im Fall einer Verurteilung drohen Winter bis zu 9 Monate Haft. Durch den Widerruf noch laufender Bewährungen könnte sich die Strafe noch einmal deutlich erhöhen. Marco Siedbürger wurde im Oktober 2007 vom Amtsgericht Stolzenau zu 18 Monaten Haft verurteilt. Er soll am Rande einer Party ein Gruppe, in der sich Menschen mit dunkler Hautfarbe befanden, rassistisch bepöbelt und mit einer Eisenstange attackiert haben. Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig, da Siedbürger in Berufung gegangen ist.

Schwieriger Widerstand

Im ländlich geprägten Schaumburg ist der Widerstand gegen Neonazis nicht einfach. In vielen Dörfern ist gerade unter Jugendlichen ein rechter Mainstream weit verbreitet. Offen auftretende Neonazis gehören auf Schützenfesten und in Dorfdiskos zum normalen Bild, an dem sich nur selten jemand stört. Entsprechend einfach fällt es dem »Nationalen Widerstand«, neue AnhängerInnen zu rekrutieren. Durch Kameradschaftsabende, Fahrten zu Aufmärschen und durch aus dem direkten Umfeld der »Nationalen Sozialisten OWL/SHG« organisierte Rechtsrockkonzerte werden die Interessenten schnell in die rechte Erlebniswelt eingebunden. Das letzte Konzert fand am 29. Dezember 2007 im Mindener Ortsteil Stemmer statt. Vor knapp 200 Neonazis spielte unter anderem die Band »Weisse Wölfe«, die wegen ihres offenen Neonazismus Kultstatus in der Szene besitzt. Obwohl die Polizei Kenntnis von der Veranstaltung hatte, schritt sie nicht ein. Dieses Verhalten ist auch von anderen Konzerten in der Region bekannt. Im Dezember 2005 lies sie ein ähnliches Konzert in Uchtdorf bei Rinteln ungestört über die Bühne gehen. Diese Gleichgültigkeit gegenüber einem extrem gewaltbereiten Klientel ist leider oft die Regel. Dass es allerdings auch noch schlimmer geht, zeigte ein erst vor wenigen Monaten bekannt gewordener Fall aus dem Jahr 2004. Ein Beamter des polizeilichen Staatsschutzes pflegte außergewöhnlich enge Kontakte zur Neonaziszene. Bei einem Fußballturnier der damaligen Kameradschaft Weserbergland übergab er freundschaftlich den Pokal an die Siegermannschaft. Doch damit nicht genug: Seine Ehefrau beschäftigte Marcus Winter in ihrer Spedition. Nach dem Bekanntwerden des Vorgangs wurde der Beamte in einer andere Polizeidirektion versetzt. Immer wieder geben auch LokalpolitikerInnen durch ihre Äußerungen oder Entscheidungen die falschen Signale. Überregional sorgte ein Fall aus dem Auetal für Schlagzeilen. Eine Bürgermeisterin untersagte 2006 die Nutzung eines Dorfgemeinschaftshauses für ein Konzert gegen Rechts. Sie begründete die Entscheidung mit der Gefahr von rechten Gegenaktionen.

[1] NOS-Block in Celle am 9. Dezember 2006

Ausblick

Mit Arwid Christoph Strelow ist bereits ein Mitglied der Führungsriege der Schaumburger Naziszene in Haft. Auch für Marcus Winter und Marco Siedbürger scheint der Gang hinter Gitter kaum noch abzuwenden. Der Szene wären dann vorerst wichtige Anführer entzogen. Entgegen ihrem »autonomen« Gehabe sind die Neonazis noch immer streng hierarchisch organisiert, so dass die Abwesenheit von Befehlsgebern zu einer erheblichen Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit führt.

Allerdings wurde von Neonazi-Seite aus intensive Nachwuchsarbeit in Schaumburg und Ostwestfalen-Lippe betrieben. Wie schnell sich dadurch die Lücken in den eigenen Reihen schließen lassen bleibt abzuwarten. Einen wichtigen Einflussfaktor wird dabei auch die Unterstützung durch befreundete Kameradschaftsstrukturen von Außerhalb darstellen. ■

Machtkampf in der NPD ?

Vor zwei Monaten berichtete die Berliner Zeitung über einen drohenden Machtkampf innerhalb der NPD.[1] Die NPD stecke demnach in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Parteichef Udo Voigt könnte das in naher Zukunft sein Amt kosten.

[1] Der NPD-Parteichef Udo Voigt stellte klar: »Ich habe mir nichts vorzuwerfen (...) Und deshalb brauche ich auch nicht zurückzutreten.«

Als Nachfolger stände Udo Pastörs von der NPD Fraktion im Schweriner Landtag zur Verfügung. »Wenn wir den Anspruch haben, richtig nach vorn zu kommen, dann müssen wir in den eigenen Reihen Fehlentwicklungen korrigieren (...) die Arbeit hier in Schwerin macht mir Spaß, ich habe keine Lust, das aufzugeben zu Gunsten des Parteivorsitzes (...) Im Notfall jedoch stehe ich bereit.« zitiert ihn die Zeitung. Der NPD-Chef Udo Voigt stellte hingegen klar: »Ich habe mir nichts vorzuwerfen (...) Und deshalb brauche ich auch nicht zurückzutreten.« Eine Kampfkandidatur zwischen Voigt und Pastörs auf dem nächsten NPD-Parteitag wäre auch ein Richtungsstreit zwischen den gemäßigteren und dem radikalen Flügel der NPD. »Mit Pastörs als NPD-Chef gäbe es wieder ein engeres Verhältnis der Freien Nationalisten zur Partei«, erklärte der Neonazistratege Christian Worch. Das Misstrauen in der Szene der »Freien Kameradschaften« gegenüber Voigt, Apfel und Co sitze tief. Der NPD-Vize und Dresdner Landtagsfraktionschef Holger Apfel gelte demnach bislang als Kronprinz Voigts.[2] Er soll nach dem AIB zugespielten Informationen von NPD-Insidern über aktuelle politische Entwicklungen innerhalb der NPD so verärgert sein, dass er Udo Voigt mittlerweile hinter verschlossenen Türen massiv angreifen würde. So sei ein recht distanziertes Verhältnis zwischen Teilen der Berliner NPD Zentrale um Udo Voigt und Teilen der sächsischen NPD-Fraktion um Holger Apfel entstanden.

Kritik aus Sachsen

Holger Apfel würde – den Aussagen unserer Informanten nach – Udo Voigt diverse Fehlentwicklungen der NPD unter seiner Führung vorwerfen. So fordere er einen klareren Abgrenzungskurs von den »Freien Kameradschaften«. Apfel soll sich parteiintern massiv gegen die Führungskader der »Freien Kameradschaften« positionieren. Für den Neujahrsempfang 2008 der sächsischen NPD im Landtag von Dresden soll er zum Beispiel die Einladung von Thomas Wulff, Dieter Riefling, Sven Skoda und Norman Bordin abgelehnt haben.

Auch eine vergangenheitsorientierte Linie der Partei passe Apfel nicht. Er sehe die Gefahr, dass die NPD in einen »Geschichtsverein« umgewandelt werde. Der NPD-Parteizentrale werfe er aufgrund von immer wiederkehrenden diesbezüglichen »Ausrutschern« Konzeptlosigkeit vor. Als die NPD zum Beispiel Anfang 2008 zeitweilig plante, eine Kundgebung für die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin durchzuführen, soll Holger Apfel dies als eine »vorgestrige Aktion« bezeichnet haben. Auch die angeblichen Unterstützungszusagen für regionale NPD-Wahlkämpfe im Jahr 2008 und 2009 aus der Parteizentrale soll Apfel aufgrund der desolaten Finanzsituation der Partei als absolut konzeptionslos bezeichnet haben. Durch das krampfhafte Tanzen auf allen Hochzeiten könne die NPD keine wirklich ernsthaften Schwerpunkte bilden und würde letztlich mit leeren Händen dastehen.

Holger Apfel soll als Parteilinie einen »auf Gegenwarts- und Zukunftsprobleme bezogenen zukunftsorientierten, modernen Nationalismus« fordern, der sich Themen wie »soziale Frage« und »Überfremdung« widme. Eine »Vergangenheitsbewältigungs-

1| Andreas Förster: »Vor dem Machtkampf« Berliner Zeitung vom 17.03.2008.

2| Der Berliner »Tagesspiegel« berichtete später, dass Udo Pastörs vermutlich nicht antrete. Apfel sei bei der Wiederwahl ein »Wackelkandidat«, da ihm parteiintern arrogantes Politikergehabe vorgeworfen werde. (Der Tagesspiegel, 30. April / 1. Mai 2008, »Es droht ein heißer 1. Mai« von Frank Jansen.)

partei« lehne er ab. Die NPD Erfolge der vergangenen Jahre wären ohne diesen Politikwechsel nicht machbar gewesen. Apfel melde Voigt gegenüber in letzter Zeit Zweifel darüber an, dass die NPD diesen Weg wirklich konsequent weitergehen will, da man sich im »Szeneghetto« offensichtlich wohler fühle.[3]

Dauerthema »Black Block«

Ein Neonaziaufmarsch im Dezember 2007 in Berlin mit starker Präsenz von dunkel gekleideten »Autonomen Nationalisten« und einem Transparent mit positivem Bezug auf die RAF-Frau Gudrun Ensslin hätte – nach Aussagen von Szeneinsidern gegenüber unseren Informanten- erneut für Ärger zum Thema neonazistischer »Black Block« im NPD-Führungskreis gesorgt.[4] Holger Apfel soll gegenüber dem Parteivorsitzenden durchblicken lassen haben, dass ihn solche Demonstrationen unter Beteiligung führender NPD-Parteifunktionäre von der Partei entfremden würden. Er sei der Auffassung, dass sich Udo Voigt in diesem Punkt verrannt habe. Das sächsische NPD-Fraktionsmitglied Jürgen Gansel soll über die Außenwirkung dieser Demonstration so erbost gewesen sein, dass er intern angedroht habe, sein politisches Engagement für die NPD außerhalb von Sachsen einzustellen, wenn nicht bald auf Distanz zu den vermummten »Autonomen Nationalisten« auf NPD (nahen) Demonstrationen gegangen werden würde. Holger Apfel habe diesbezüglich gegenüber Voigt beklagt, dass die NPD-Führung keine homogene Einheit sei, die wirklich gewillt sei, nach außen mit einer Zunge zu sprechen und auch mal unpopuläre Entscheidungen durchzusetzen. Er habe inzwischen erhebliche Probleme damit, die Parteiführung wegen ihres Zickzack-Kurses zum Thema »Black Block« und »Autonome Nationalisten« ernst zu nehmen.

Der parteiinterne Umgang in diesem Punkt sei einfach nur noch lächerlich, und es sei ehrlicher gewesen einzugestehen, dass sich die Parteiführung gegen die Anhänger des »Black Blocks« in der Neonaziszene wie auch in der NPD nicht durchsetzen konnte.

Der Weg der Partei

Laut den Insider-Angaben habe der NPD-Bundesorganisationsleiter Jens Pühse im Dezember 2007 versucht innerhalb der NPD Führung eine Diskussion über den »Weg der Partei« anzustoßen, da sich das Auftreten und die Artikulation der Partei innerhalb der letzten zwei Jahre zum negativen entwickelt habe. Die NPD sei sich nicht genau darüber im klaren, wie die Partei eigentlich konkret aussehen solle und wie der Weg aussehen müsse, um dorthin zu gelangen. Stattdessen versuche die NPD es jedem recht machen zu wollen. Udo Voigt habe Pühse jedoch bereits im Vorfeld der Diskussion wissen lassen, dass er derartige Aussagen außerhalb der sich »liberalisierenden Sachsen« noch nirgendwo in der Partei gehört habe. An diesem Punkt sei der Konflikt zwischen Udo Voigt und Teilen der NPD Fraktion in Sachsen auch außerhalb der höchsten Parteigremien in die Partei durchgesickert. Voigt habe demnach Pühse davor gewarnt, in Wahlkampfzeiten eine solche generelle Diskussion loszutreten, da es innerhalb der Partei Unmut über die vermeintlichen ständigen Anpassungen und die Leisetreterei der NPD-Fraktion in Sachsen geben würde. Voigt selbst müsse diejenigen zurückpfeifen, die bereits von einer auseinandergebrochenen »REP-Fraktion« in Sachsen sprechen würden. Gleichzeitig würden aber von dort in einer Art Verbalradikalismus in den Reden die Steilvorlagen geliefert werden, welche auf der Innenministerkonferenz zu Kürzungsvorschlägen hinsichtlich der Parteienfinanzierung führen könnten. Obwohl man den eigenen Laden nicht im Griff habe und sich kaum noch außerhalb des eigenen Büros bewege, kämen belehrende Ratschläge von der sächsischen NPD-Fraktion.

Fazit

Es bleibt abzuwarten, ob die diversen Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb der NPD tatsächlich in naher Zukunft in einen offen ausgetragenen Machtkampf münden werden. Sie sind jedoch Zeichen für eine sehr angespannte Situation innerhalb der Partei. Einen gewissen Grad an Zwist und Streit gibt es überall in der extrem rechten Parteienlandschaft. Durch die angespannte (finanzielle) Situation der NPD und das Bündnisprojekt »Volksfront« mit der DVU und den »Freien Kameradschaften« haben sich diese noch verstärkt. Doch bereits mögliche Erfolge bei einem Wahlantritt bei den Regionalwahlen im September 2008 in Brandenburg könnten die Stimmung wieder aufbessern und Anhänger für die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg 2009 mobilisieren. ■

[2] Der Chef der sächsischen NPD-Fraktion Holger Apfel scheint über den unklaren Kurs der NPD-Parteiführung mehr als nur verärgert zu sein.

3| Vgl. »NPD: Zwischen Chaos und Erfolg« AIB# 78

4| Vgl. »Nicht Sanktionsfähig - Abgrenzung das Black Block scheitert« AIB# 78

Vernetztes Selbstbewusstsein

Übergriffe, Aufmärsche, Propaganda-Aktionen – die Neonazi-Szene in Leipzig und Nordwestsachsen ist in den letzten beiden Jahren immer aktiver geworden. Eine Hauptursache dürfte in der guten Vernetzung zwischen Stadt und Land zu finden sein.

[1] Istvan Repaczki (links) und Thomas »Ace« Gerlach bei einem Neonazi-Aufmarsch am 12. Januar 2008 in Leipzig.

Von »struktureller Unfähigkeit«, wie im letzten Text zur Region (AIB #70)beschrieben, kann jedenfalls kaum noch die Rede sein. Die Szene der »freien Nationalisten« bzw. »nationalen Sozialisten« hat sich trotz personeller Fluktuationen gut organisiert und verfügt mittlerweile über erhebliches Selbstbewusstsein. Sogar auf Christian Worch und die von ihm angemeldeten Aufmärsche glaubt man verzichten zu können: Nachdem die regionalen Kräfte die Veranstaltung im Juli 2007 offen sabotierten (nur 30 Neonazis waren da), zog Worch alle seine bis 2014 reichenden Anmeldungen in Leipzig zurück.

Das Selbstbewusstsein gründet vor allem in einer besonderen Organisationsstruktur. Sie kombiniert die für Nazis notwendige straff autoritäre Führung mit einer verhältnismäßigen Unabhängigkeit der unteren Chargen bei der Wahl ihrer Aktionsformen. Die Autoritäten der Region sind dabei unangefochten Maik »Michi« Scheffler aus Delitzsch und Thomas »Ace« Gerlach aus Altenburg. Jens Schober aus Leisnig, noch 2005 wichtige Gestalt beim damaligen »Freien Widerstand Leipzig«, wurde dagegen an den Rand gedrängt und ist wieder in seine Kleinstadt zurückgezogen.

Der heute bundesweit aktive Maik Scheffler war in Delitzsch bereits in den 90er Jahren als Kameradschaftschef aktiv. Nach einigen Jahren Pause ist er auch heute wieder derjenige, der bei den Neonazis in der Region nördlich von Leipzig das Sagen hat. Scheffler war federführend am Portal »Nationaler Beobachter« beteiligt, das vor allem Kameradschaften in Sachsen und Sachsen-Anhalt repräsentierte. Und er ist auch einer der Chefs des »Freien Netzes«, einer Kette von Websites »freier« Nationalisten von Burg und Merseburg in Sachsen-Anhalt über Altenburg in Thüringen sowie Delitzsch, Leipzig, Borna, Chemnitz, Zwickau und Vogtland in Sachsen bis nach Hof in Nordbayern.

Der zweite Mann in der nordwestsächsischen Doppelspitze, Thomas Gerlach, hat seine Homebase südlich von Leipzig, im thüringischen Meuselwitz bei Altenburg. Mindestens ebenso machtbewusst wie Scheffler, hat er nicht nur die Szene seiner Region im Griff, pflegt seine bundesweiten Kontakte, baut an der überregionalen Struktur des »Freien Netzes« mit oder ist auf Hatecore-Konzerten und Spielen des 1. FC LOK Leipzig zu finden, sondern mischt auch in der Thüringer Neonazi-Politik mit. Seine Unterstützung für den Flügel um Frank Schwerdt im jüngsten Machtkampf der Thüringer NPD wirft zumindest die Frage auf, ob Gerlach selbst Ambitionen auf einen NPD-Listenplatz bei den Landtagswahlen 2009 hegt.

Für die zumeist jüngeren Nazis, die unter dem Namen »Freie Kräfte Leipzig« (FKL) auftreten, können Gerlach und Scheffler getrost als Führungskader betrachtet werden. Sie geben die politische Richtung vor, und bei allen größeren Events sowie der Anbindung der FKL ins »Freie Netz« behalten die beiden die Fäden in der Hand. Abseits dieser Vorgaben haben die Leipziger jedoch relativ freie Hand, und diese Selbstständigkeit nutzen sie. Die meisten Texte auf leipzig.freies-netz.com sind selbst verfasste und auch die meisten lokalen Aktionen dürften mittlerweile selbst organisiert sein. Dazu gehören Angriffe auf linke Treffpunkte, Infoveranstaltungen oder Demos, das Verteilen von Flugblättern vor Supermärkten, Agitprop-Aktionen mit Eselsmasken, aber auch nächtliche Übergriffe im tendenziell links-alternativen Stadtttteil Connewitz.

Gerade bei den gewalttätigen Aktionen agieren die FKL oft zusammen mit rechten Hooligans aus dem Umfeld von LOK Leipzig. Durch personelle Überschneidungen verbessert sich die Zusammenarbeit dabei immer mehr.

[2]

[3]

[2] Maik Scheffler (Mitte) und Tommy Naumann (rechts) beim Neonazi-Aufmarsch in Leipzig am 12. Januar 2008

[3] Ebenfalls bei dem Neonazi-Aufmarsch in Leipzig am 12. Januar 2008: Daniel Schröder (2.v.l.) und Christian Trosse (2.v.r.).

Aber auch die Vernetzung zwischen den FKL und »autonomen Nationalisten« aus Delitzsch, Altenburg, Borna/Geithain und Chemnitz/Zwickau ist enger geworden. Die bisher auffallendste gemeinsam organisierte Aktion umfasste sogar noch die Strukturen in Ostsachsen und der Sächsischen Schweiz: Im Rahmen einer vor allem vom »Lausitzer Aktionsbündnis« forcierten »Aktionswoche« gegen Repression wurden sachsenweit mit Hilfe von Fahrradschlössern und Sekundenkleber die Eingänge von Behörden blockiert. Es ist dabei kaum ein Widerspruch, wenn FKL-Kader auch an den (spärlichen) Aktionen der Leipziger oder Wurzner NPD teilnehmen. Was irgendwie mit Nationalsozialismus zu tun hat, wird mitgemacht – sei es ein »Geschichtlicher Gesprächskreis« zum Thema Rudolf Hess oder eine Fahrt zu den Gräbern der Rathenau-Mörder Kern und Fischer in Saaleck.

Das geht konform mit Scheffler und Gerlach: Auch sie verfolgen eine ambivalente Politik in Bezug auf die NPD. Sie grenzen sich zwar oft von der Partei ab, würden aber auch gern von dieser als gleichwertige Bündnispartner behandelt werden. Das schien zum Greifen nahe, als sie im März gemeinsam mit dem sächsischen NPD-Landesverband zu einem Aufmarsch »gegen kriminelle Ausländer« in Leipzig aufriefen. Auf den Flyern prangte neben dem Parteilogo das Schwarze-Fahnen-Signet des »Freien Widerstands«. Die Freude währte aber nur kurz: Die NPD verzichtete auf Rechtsmittel gegen das Verbot der Veranstaltung, ohne die neuen Partner zu fragen – Gerlach und Scheffler schäumten. So wie sie im letzten Jahr noch Worch sitzengelassen hatten, fühlten sie sich nun »verarscht«. Mit vagen Vertröstungen auf angeblich kurz bevorstehende Enthüllungen durch die NPD ließen sie sich dann aber doch wieder besänftigen. Das aktuellste Kapitel dieser Beziehungsgeschichte: Scheffler kandidiert auf der NPD-Liste für den Kreistag Nordsachsen, und in Leipzig wurde laut Eigenwerbung ein JN-Stützpunkt unter angeblich reger Beteiligung der »freien Kräfte« gegründet, um im anstehenden Kommunalwahlkampf mitzuhelfen. Die FKL machen bei dieser wie bei bisher jeder inhaltlichen politischen Auseinandersetzung, also weiterhin alles mit, was aus Altenburg und Delitzsch vorgegeben wurde.

Dennoch: Dieses Zusammenspiel aus politischer Anleitung durch die Führungskader Gerlach/Scheffler, der Vernetzung mit anderen Städten und Regionen und der lockeren Organisation auf lokaler Ebene hat Zusammenhängen wie den FKL einige Erfolgserlebnisse beschert. Diese Erfolge haben neue Leute an die Gruppierung herangeführt und den alten Selbstbewusstsein für weitere Aktivitäten gegeben. Der letzte größere Erfolg dieser Art war der »Freie-Netz«-Aufmarsch am 12. Januar 2008 in Leipzig, zu dem ohne jede öffentliche Werbung 320 Neonazis mobilisiert werden konnten. Nicht nur der Anmelder dieses Aufmarschs, Istvan Repaczki, sondern auch andere FKL-Kader, wie Christian Trosse, Daniel Schröder oder Tommy Naumann, treten mittlerweile als Redner und Mitorganisatoren bei den verschiedensten Neonazi-Aufzügen auf – von Dessau bis Plauen. Und die in der politischen Arbeit gewachsenen Kontakte tragen noch weiter. Die FKL tauchten auch bei Unterstützungs-Veranstaltungen für die angeklagten Mitglieder des neonazistischen »Schutzbunds Deutschland« vor dem Landgericht Neuruppin (Brandenburg) auf. Nicht ohne Grund: Das Postfach der »Bewegung Neues Deutschland«, einer Nachfolge-Organisation des »Schutzbunds«, läuft zwar auf den ebenfalls dort angeklagten Brandenburger Maik Eminger, allerdings befindet es sich in Leipzig. ■

Weitere Infos zum Freien Netz: gamma.antifa.net

Mit der Reichsbahn in den Tod

Der Zug der Erinnerung und was die Deutsche Bahn nach wie vor nicht zeigt!

Ein Artikel der Antifa Prenzlauer Berg – Teil der Initiative »Zug der Erinnerung – Haltestelle Berlin«

Erst im Jahr 2000 hatte ein Thema Banken, Versicherungen und Konzerne wie die Deutsche Bahn wieder eingeholt, das von ihnen über Jahrzehnte verdrängt und verleugnet worden war. Es geht um die Verstrickung der Firmen in die Kriegs- und Vernichtungspolitik der Nazis, den völkerrechtswidrigen Einsatz von mehr als acht Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus allen besetzten Ländern Europas. Während die Deutsche Bank am Bau von Auschwitz beteiligt war, deportierte die Deutsche Reichsbahn unter anderem über 12.000 namentlich bekannte Kinder und Jugendliche vor allem jüdischer Eltern dorthin, wo sie unter anderen mit dem von einer Tochtergesellschaft der Degussa AG und der I.G. Farben, die Firma Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung), hergestellten Zyklon B in den Gaskammern ermordet wurden. Die Verbrechen der Nazis hätten ohne die Reichsbahn und ihre Kapazitäten bei weitem nicht in diesem Umfang stattfinden können.

Die Reichsbahn war es, von der Speers Rüstungsministerium beim Transport seiner Rüstungsgüter, die Wehrmacht beim Transport ihrer Truppen und das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) bei der Deportation insbesondere von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma sowie politischen Gegnerinnen und Gegnern abhängig waren.

Bahn versteckt sich hinter ihren versteckten Opfern

Bis heute möchte die Deutsche Bahn am liebsten weder an ihre Vorgängerin als Täterin noch an die Opfer erinnert werden. Bis heute pflegt die Bahn AG lieber den Mythos, ihre Aufarbeitung der Verstrickung in und Verantwortlichkeit für Nazi-Verbrechen sei weitgehend gelungen. Bahnchef Mehdorn verweist immer wieder auf eine Dauerausstellung im DB-Museum Nürnberg, die Aufklärung der eigenen Auszubildenden und die Unterstützung des Films »Der letzte Zug«. Und, er erinnert an die Beteiligung am Entschädigungsfonds für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Jenen Fonds, den viele Opferverbände als makabren Freikauf deutscher Banken und Konzerne von der Verantwortung zu Lasten der Opfer kritisierten.

Auch die Anfang 2008 eröffnete und von der Bahn AG am Potsdamer Platz versteckte Ausstellung »Sonderzüge in den Tod« wird als Teil der Aufarbeitung deklariert. Doch auch sie verschleiert eher die Rolle der Reichsbahn. Denn zu sehen sind vor allem die Opfer, doch über die Täter erfahren wir so gut wie nichts. Die tatsächliche Verstrickung bleibt hinter Verwaltungsvorgängen verborgen. Auch das Überdauern vieler Reichsbahnfunktionäre bis in die Jahre der Bundesrepublik hinein bleibt vollständig unbeleuchtet.

Der Zug der Erinnerung in der Hauptstadt und die Angst der Bahn vor einem schlechten Image

Die Bahn möchte unheilvolle Erinnerungen in ihrem Zusammenhang ungern wachrufen. Denn das könnte bei der internationalen Expansion ins europäische Ausland unangenehme Assoziationen wecken. Also wurde nach der Initiative »11.000 Kinder« deren Fortführung im Rahmen des »Zuges der Erinnerung« behindert und sabotiert, wo es ging. Während es anfangs noch der Bahn angeblich an finanziellen und personellen Mitteln zur Durch-

führung eines solchen Projekts fehlte, waren es nun Sicherheitsbedenken und die unzulässige Beeinträchtigung des Schienenverkehrs. War ersteres schon unglaubwürdig, spätestens nach dem sie aufwendig die Fußballweltmeisterschaft 2006 sponserte, erwiesen sich auch die Sicherheitsbedenken mehr als fadenscheinig.

Letztlich war es Mehdorn selbst, der klarmachte, worum es ging: »Die Deutsche Bahn behält sich das Recht vor, selbst zu entscheiden, wie wir mit der Vergangenheit verantwortlich umgehen.«[1] Doch diese Rechnung ging so nicht auf. Denn dank der Berliner Initiative »Zug der Erinnerung – Haltestelle Berlin«, der es gelang ein breites Bündnis verschiedener Organisationen, Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen zusammenzubringen und die für den Stopp des Zuges in Berlin benötigten finanziellen Forderungen der Deutsche Bahn zu erfüllen, machte der Zug der Erinnerung vom 13. bis 22. April 2008 in Berlin Station. Auch gelang es der Bahn AG nicht, den Zug auf technokratische Weise zu stoppen. Im Gegenteil! Das Verhalten des Bahnvorstandes führte eher zu einem weiteren Imageverlust. Denn die öffentlich ausgetragenen Differenzen zwischen der Initiative und der Bahn AG führten nicht nur zu Sympathiebekundungen für die Initiative, sondern bescherten dem Zug über 50.000 Besucherinnen und Besucher.

Der Zug, der aus mehreren Ausstellungswagen besteht und der die Städte der über 12.000 Kinder und Jugendlichen ansteuert, die zwischen 1940 und 1944 in die Vernichtungslager deportiert wurden, hielt auf fünf Berliner Bahnhöfen. Der Zug hielt als erstes am Bahnhof Ostbahnhof sowie dann zur Unterstützung antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Engagements an den Bahnhöfen Lichtenberg und Schöneweide. Abschließend hielt der Zug in Westhafen und Grunewald als ehemalige Deportationsbahnhöfe.

Bereits am Vorabend der Ankunft des Zuges in Berlin gab es eine Gedenkveranstaltung vor dem Brandenburger Tor. Vor ca. 600 Menschen sprachen unter anderem Esther Bejarano, Überlebende von Auschwitz und Ravensbrück, Romani Rose (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma), Michael Joachim (Jüdische Gemeinde zu Berlin) und Hans Coppi (VVN-BdA). Der Sprecher der Berliner Initiative, Dirk Stegemann, verwies auf die makabre Situation, dass die Bahn ein weiteres Mal an den früheren Deportationen verdienen würde – diesmal am Gedenken an die damaligen Opfer. Ein Schweigemarsch führte anschließend von dort zum Potsdamer Platz zur Bahnzentrale. Während der Veranstaltung wurden 4.646 Kerzen mit Namensschildern bekannter deportierter ermordeter und verschollener Kinder im Alter von einem bis zwanzig Jahren gegen kleine Spenden verteilt, auf den Potsdamer Platz gestellt und angezündet. Eine größere Kerze brannte symbolisch für alle unbekannten Opfer der Deportationen. Der Erlös der »Kerzenaktion« wurde der bundesweiten Initiative »Zug der Erinnerung« zur Begleichung der Rechnungen zur Verfügung gestellt.[2] Auch hier wurde in Reden, unter anderem durch Petra Rosenberg (Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma von Berlin-Brandenburg), gegen die Haltung der Deutschen Bahn AG protestiert. Denn als Erbe des »Sondervermögens Deutsche Reichsbahn« wollte und will diese ein weiteres Mal an den früheren Deportationen verdienen – diesmal am Gedenken an die damaligen Opfer und an der Erinnerung an die Täter. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, wandte sich scharf gegen das Angebot der Bahn, die Streckengebühren für das Gedenkprojekt »Zug der Erinnerung« mit einer Geldspende an jüdische Einrichtungen auszugleichen. Zugleich warf er dem Bahnvorstand vor, mit diesem Angebot antisemitische Klischees zu bedienen.[3]

Fazit der Antifa Prenzlauer Berg

Die Ausstellung selbst ist für klassische Antifa-Gruppen sicherlich weniger bedeutend in dem, was sie an Informationen bereitstellt. Wichtiger waren die Auseinandersetzungen um die rollende Ausstellung selbst. Der Versuch der Bahn, jedwede Erinnerungs- und Gedenkarbeit zur Verstrickung der Bahn in das Nazi-Regimes zu unterbinden, verkehrte sich für sie ins Gegenteil. Selten gelingt es Antifa-Gruppen wie in diesem Fall gesellschaftlich als relevanter Akteur wahrgenommen zu werden und so genannte Kernthemen öffentlich zu platzieren. Sicherlich nutzte hier der so genannte »Haupstadt-Bonus«. Allerdings hätte ohne den gegenseitigen Respekt der jeweiligen Mitwirkenden in der Berliner Initiative sowie der breiten Unterstützung vieler Antifa-Gruppen Berlins, der Berliner FDJ, der VVN/BdA-Berlin und zahlreichen Helferinnen und Helfern diesen Erfolg nicht verbucht werden können. ■

1| www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~EC9D2BBB00B974F89BE9A035FEFA90363~ATpl~Ecommon~Scontent.html

2| Redemanuskript von Dirk Stegemann

3| www.inforadio.de/static/dyn2sta_article/796/243796_article.shtml

Kerberos der Festung Europa

Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX wird zur Koordinationsstelle der europäischen Grenzregimes ausgebaut

»Auch den Kerberos sah ich, mit bissigen Zähnen bewaffnet
Böse rollt er die Augen, den Schlund des Hades bewachend.
Wagt es einer der Toten an ihm vorbei sich zu schleichen,
So schlägt er die Zähne tief und schmerzhaft ins Fleisch der Entfliehenden
Und schleppt sie zurück unter Qualen,
Der böse, der bissige Wächter.«

Homer, Odyssee

Phantasievolle Namen sind etwas seltenes in den Behörden der Europäischen Union. Doch die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX ist anders. Beginnend mit ihrem eigenem bildhaften Namen betitelt sie ihre Operationen an Europas Außengrenzen mit Vorliebe nach Göttern und Monstern der griechischen Antike: Hera (Kanarische Inseln), Poseidon (östliches Mittelmeer) oder Hydra (chinesische Flugreisende). Ein FRONTEX-kritischer Blog kürte die geistreichen Grenzbbeamten daraufhin zum Kerberos des EU-Grenzregimes, benannt nach dem mehrköpfigen Höllenhund, der den Eingang zur Unterwelt bewacht.

100.000.000 Euro für FRONTEX

FRONTEX ist die »Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen« und nahm im Oktober 2005 in Warschau die Arbeit auf. Zu ihren Aufgaben gehören »Risikoanalysen«, Ausbildungs- und Forschungsprogramme und Abschiebungen. Am bekanntesten ist sie jedoch für ihre medienträchtigen Kontrolloperationen in Mittelmeer und Atlantik, bei denen FRONTEX gemeinsame Einsätze von Schiffen, Flugzeugen und Hubschraubern der Mitgliedsstaaten koordiniert.

Obwohl das Budget der von der EU und den Schengen-Staaten finanzierten Grenzagentur seit der Gründung massiv angestiegen ist, von 19 Millionen. in 2006 auf bis zu 100 Millionen. im Jahr 2009, liegt ihre momentane Bedeutung nicht primär in einer effektiveren Kontrolle der Zehntausenden Kilometer europäischer Außengrenze. Mittelfristig noch wichtiger erscheint die Produktion von Erfahrungen und Kooperationsnetzwerken, die Grundlage für den weiteren institutionellen und technologischen Ausbau des EU-Grenzregimes sind.

»Integriertes Grenzmanagement«

FRONTEX ist dabei nur ein Element, der seit Jahren diskutierten Europäischen Grenzmanagementstrategie. So präsentierte der EU-Kommissar für Justizt und Inneres Franco Frattini im Februar 2008 eine »Vision für ein integriertes europäisches Grenzmanagement für das 21. Jahrhundert«. Dieses sogenannte »Border Package« enthielt eine Evaluation von FRONTEX und Vorschläge für mehrere technologische Großprojekte: Das European Surveillance System (EUROSUR) soll Informationen von Satelliten, Drohnen, Radar,

Geheimdienstberichten und andere Quellen technisch integrieren, um Europas Grenzen bis 2013 in »fast-Echtzeit« vollständig zu überwachen. Ein neues Datenbank-System soll bis 2015 alle Reisenden, die mit einem Visum in den Schengen-Raum ein- und ausreisen biometrisch registrieren. Reist eine Person nach Ablauf eines solchen Visums nicht aus, soll sie automatisch zur Fahndung ausgeschrieben werden. Diese Projekte entsprechenden dem Ansatz eines »Integrierten Grenzmanagements«, dessen zentrales Konzept ein vierstufiger Grenzraum ist: In von Europa weit entfernten Ländern setzt die Kontrolle durch Konsulate und Transportunternehmen an, die Kooperation mit den Grenzschutzbehörden direkt »jenseits der Grenze« bildet den zweiten Ring. Die traditionelle Überwachung »an der eigenen Grenze« bildet erst die dritte Stufe. Schließlich wird auch der Raum »innerhalb der Grenze« durch Ausweiskontrollen, Residenzpflicht und Lager zum Teil des Grenzraumes.

FRONTEX sollte in seiner Bedeutung also nicht überschätzt werden. Die Agentur ist ein wichtiger Baustein einer langfristigen Umgestaltung des europäischen Migrations- und Grenzregimes, die von den EU-Mitgliedsstaaten und vor allem Deutschland vorangetrieben und finanziert wird. Nach Willen der EU-Kommission soll FRONTEX jedoch in diesem Regime eine wichtige Rolle spielen. Es soll das EUROSUR-System koordinieren, eigenes Gerät zur Grenzkontrolle erhalten, neue Stützpunkte in Südeuropa eröffnen und das Recht bekommen, in Nicht-EU-Staaten eigenständig Kontrolloperationen durchzuführen.

FRONTEX wird damit nicht nur zur Keimzelle einer EU-Grenzpolizei, sondern einer Koordinationsstelle, die von Abschiebungen über Risikoanalysen bis zur Forschung das Grenzregime koordinieren soll.

Kritik und Widerstandsperspektiven

Von dieser Einordnung ausgehend, lässt sich über Widerstandsperspektiven nachdenken. Aus einer liberalen Sicht wird FRONTEX vor allem aus zwei Gründen kritisiert: Erstens verletzen die FRONTEX-Operationen in Mittelmeer und Atlantik internationales und europäisches Recht, unter anderen die Genfer Flüchtlingskonvention, da sie Menschen gewaltsam an der Weiterfahrt nach Europa hindern, noch bevor diese EU-Territorium erreicht haben – ohne die vorgeschriebene Einzelprüfung von Asylanträgen, ohne schriftliche Begründung, ohne die Möglichkeit Widerspruch einzulegen. Der zweite liberale Kritikpunkt ist die mangelnde demokratische Kontrolle und Verantwortlichkeit von FRONTEX. Während das Europaparlament und der Ministerrat die Budgetkontrolle ausüben, sind die allen Operationen zugrundeliegenden »Risikoanalysen« als geheim klassifiziert. Auf diese Weise ist die Legitimationsbasis für die Operationen von öffentlicher Kontrolle ausgenommen. So lange die Kontrollfunktion des Europäischen Parlaments und der Öffentlichkeit in dieser Weise beschränkt sind, kann FRONTEX nicht einmal liberaldemokratische Legitimität beanspruchen.

Doch selbst wenn die EU-Grenzagentur keine Gesetze brechen würden (was sie tut) und wenn liberaldemokratische Legitimität gewährleistet wäre (was sie nicht ist), muss FRONTEX aus antinationaler antirassistischer Perspektive, die von einem Recht auf globale Bewegungsfreiheit ausgeht, als Ganzes abgelehnt werden. Eine transnationale Kampagne gegen FRONTEX ist dabei nicht nur notwendig, weil FRONTEX direkt für das Ansteigen der Zahl der Todesopfer an der europäischen Außengrenze verantwortlich ist. Die zynische Einseitigkeit mit der FRONTEX die Bekämpfung von Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben betreibt und die offensichtlichen Widersprüche dieser Institution bieten zusammen mit dem martialischen Namen und den mythenbehafteten Operationsnamen die Chance eine Anti-FRONTEX-Kampagne als Ansatzpunkt zu einer weitergehenden Infragestellung der europäischen Migrationspolitik insgesamt zu nutzen. ■

Mehr Infos:
FRONTEX-kritischer Blog und Archiv: http://frontex.antira.info

Offizielle FRONTEX-Homepage:
http://www.frontex.europa.eu/

Literatur:
Carrera, Sergio (2007): The EU Border Management Strategy. FRONTEX and the Challenges of Irregular Immigration in the Canary Islands. CEPS Working Document No. 261/March 2007. Brussels. Online: http://ceps.eu

Fischer-Lescano, Andreas; Löhr, Tillmann (2007): Rechtsgutachten. Menschen- und flüchtlingsrechtliche Anforderungen an Maßnahmen der Grenzkontrolle auf See. Berlin. Online: http://www.proasyl.de

Der Doppelstaat

Ernst Fraenkels Versuch den Nationalsozialismus begreiflich zu machen

Fabian Kunow

Dieser Artikel ist der fünfte Teil der Reihe »Faschismustheorien. Erklärungen des NS«.

Die erste große Blütezeit der Faschismustheorie war Ende der 1920er bis Mitte 1930er Jahre zu verzeichnen. Diese ersten Versuche einer Theorie des Faschismus fussten jedoch nicht auf einer breiten empirischen Basis, sondern entfalteten sich auf ideengeschichtlicher Grundlage. Der Charakter der in fast allen europäischen Staaten auftretenden Bewegung(en) und Regime wurde von vielen politischen und wissenschaftlichen Zeitgenossen unterschätzt. Dies galt besonders für den NS, der erst posthum mit empirischem Material untersucht wurde. Eine der wenigen Ausnahmen bildete die 1941 im amerikanischen Exil publizierte Studie »Der Doppelstaat« des Juristen und späteren Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel. Ernst Fraenkel arbeitete als sozialistischer Anwalt in der Weimarer Republik und in den ersten Jahren des Nationalsozialismus. Er dokumentierte und analysierte mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, wie unter der Herrschaft des NS die justizförmigen und Verwaltungsverfahren in einen Bereich des »Normenstaates« und in einen Bereich des »Maßnahmenstaates« zerfielen. Fraenkel sprach daher - so auch der Titel seines Buches, das er nach seiner Emigration 1938 im Exil publizierte – von einem Doppelstaat, wobei der Maßnahmen- und Normenstaat sich in dem Doppelstaat gegenseitig bedürfen und nicht unabhängig voneinander existieren können. »Da Maßnahmen- und Normenstaat ein interdependentes Ganzes darstellen«.[1]

Ernst Fraenkel
Der Doppelstaat
Fischer
Recht und Justiz im 'Dritten Reich'

[1] Marinus van der Lubbe wurde durch die Nationalsozialisten zum Tode verurteilt. Die »Lex van der Lubbe« setzte rückwirkend die Todesstrafe für ein Delikt fest, das zur Zeit der Begehung der Tat nur mit Freiheitsentzug bestraft worden wäre.

Der Normenstaat

In allen Verfahren, die dem »Normenstaat« zugerechnet werden, funktionierten weiterhin jene rechtlichen Regularien, wie vor der politischen Machtübertragung an die Nazis. Dem Schutz des Normenstaates unterstehen alle »aufbauenden Kräfte des Volkes«. Dieses ist vor allem die Wirtschaft. Unter den Nazis existierte der Kapitalismus trotz gegenteiliger Rhetorik als Vergesellschaftungsform fort. Parolen wie »Gemeinschaftsnutz geht vor Eigennutz«, die sich im NSDAP-Parteiprogramm fanden, blieben in der Praxis vage. Fraenkel bezeichnet das Wirtschaftssystem im NS »als regulierten Kapitalismus auf der Basis des Privateigentums«[2]. Aus diesem Grund wurden die für den Kapitalismus notwendigen Rechtssysteme unter Einbezug ihrer wesentlichen Rechtsgüter konserviert. Dieses sind die Prinzipien der Gewerbefreiheit, der Vertragstreue, des Privateigentums, sowie der Herrschaft der Unternehmer im Betrieb, die Regelung des Wettbewerbs, das Immaterialgüterrecht, der Rechtsschutz für Zinsvereinbarungen.

Die Wirtschaftspolitik des Staates war ebenso wie die Steuerpolitik dem Normenstaat zugeordnet, um Verlässlichkeit in der Planung der Unternehmer zu gewährleisten. Rechtsunsicherheit sollte vermieden werden. Den Organen des Normenstaates wurde bei der Ausübung ihrer Tätigkeit ein weitreichendes freies Ermessen eingeräumt. Interessenskonflikte innerhalb der »aufbauenden Kräfte des Volkes«

[2] Der sogenannte Reichstagsbrandprozess am Reichsgericht im März 1933. Das Recht diente nicht mehr dem Schutz des Individuums, sondern vielmehr der Staatsräson des Nationalsozialismus.

wurden autonom in speziellen Ständeorganisationen ausgehandelt. Die Arbeiterschaft gilt dabei nicht als Teil der »aufbauenden Kräfte des Volkes«, deshalb wird ihr Eintreten für spezifische Interessen auch als »Klassenkampf« gewertet. Die repressive Verfolgung von »Klassenkampf« unterliegt dabei dem Maßnahmenstaat, da Klassenkampf den Volksgemeinschaftsvorstellungen der Nazis diametral entgegenstand.

Der Maßnahmenstaat

Die Organe des »Maßnahmenstaates« wurden zur Beseitigung aller Strömungen, Organisationen und Personen, die nicht im Einklang mit politischen Ziel- und Gesellschaftsvorstellungen der NSDAP standen, geschaffen.

Alle Verfahren, die dem Maßnahmenstaat zugeordnet wurden – dieses sind nicht nur Verfahren, die man nach allgemeinem heutigen Verständnis als politische Verfahren einstufen würde, an denen etwa politische Gegner des NS[3] beteiligt waren –, unterlagen der »Rechtsprechung« der Partei. Diese Parteienrechtsprechung, welche sich unter anderem aus der »Reichtagsbrandverordnung« legitimierte, stand über der des Normenstaates. Im Zweifel setzte sich nach Fraenkels Beobachtungen immer der Maßnahmenstaat gegenüber dem Normenstaat durch, da im Nationalsozialismus ständig der Ausnahme- bzw. Belagerungszustand herrschte.

Hier findet sich der Grundgedanke von Fraenkels Lehrer Carl Schmitt, mit dem er nach dessen Parteinahme für die nationalsozialistische Idee brach, wieder. Für Schmitt erweist sich als Souverän, wer über den Ausnahmezustand verfügt.

Die Urteile der Justiz des Maßnahmenstaates unterlagen demnach keiner Berufungs- bzw. Revisionsmöglichkeit. Teile der Behörden (SD und Gestapo) und Parteiinstanzen, die Fraenkel dem Maßnahmenstaat zuschlägt, waren vom Gesetz entbunden. Auch dem Normenstaat mit seiner Judikative und Exekutive war in der Ausübung seiner Tätigkeit ein weitreichend freies Ermessen eingeräumt, Ermessen aber nur in klar bestimmten Zuständigkeiten. Die Behörden des Maßnahmenstaates waren keinen nach außen ersichtlichen Beschränkungen oder klar abgegrenzten Zuständigkeiten unterworfen. Mit der im Nationalsozialismus in die Wege geleiteten Beseitigung der Schranken der Polizeigewalt fiel auch das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Bei der Verfolgung von Kommunisten hatte die Polizei – ob nun die der alten Ordnung oder die

➔

1| Fraenkel 2001 S. 124
2| Fraenkel 2001 S. 117
3| Fraenkel widmet sich in seinem Buch ausführlich der staatliche Repression gegen christliche Sekten, die überhaupt gar keine politischen Ambitionen hatten.
4| Fraenkel 2001 S.159
5| Marinus van der Lubbe war ein linker niederländischer Arbeiter, der am 27. Februar 1933 im brennenden Reichstag in Berlin festgenommen und im März mit vier – später mangels Beweisen freigesprochenen – Kommunisten wegen Brandstiftung angeklagt wurde. Trotz seines schlechten psychischen Gesundheitszustandes wurde er am 22. Dezember wegen Hochverrat in Tateinheit mit vorsätzlicher Brandstiftung im so genannten Reichstagsbrandprozess durch das Reichsgericht in Leipzig zum Tode verurteilt; das Urteil wurde 1934 vollstreckt.
6| Fraenkel 2001 S: 161
7| Zwischen 1933 und 1938 kann »nur« von Diskriminierung und Beschneidung gesprochen werden [Vgl. Fraenkel 2001 S. 145].

[1] Feierstunde am Berliner Kriminalgericht am 1. Oktober 1936, weil von diesem Tag an das nationalsozialistische Hoheitszeichen an den Roben der Richter getragen werden musste.

neu geschaffenen Ermittlungs- und Verfolgungsbehörden des Maßnahmenstaates – freies Ermessen in der Wahl der Mittel. Die Maßnahmen der Polizei unterlagen keiner gerichtlichen Kontrolle.

»Hauptkennzeichen des Maßnahmenstaates ist die völlige Beseitigung der Unverbrüchlichkeit des Rechts«[4]. Recht dient nicht mehr zum Schutz des Individuums, sondern kommt zur Anwendung, wie es der Staatsräson des NS dient. Beispielhaft dafür ist die Lex van der Lubbe, die im Rahmen der Notverordnung vom 28. Februar 1933 entstand. Die Lex van der Lubbe[5] setzte rückwirkend die Todesstrafe für ein Delikt fest, das zur Zeit der Begehung der Tat nur mit Freiheitsentzug bestraft wurde. Das Rechtsverständnis der Nazis fasst Fraenkel anschaulich mit einem Zitat des NS-Ideologen Alfred Rosenberg zusammen: »Recht ist das, was arische Männer für Recht befinden«.[6]

Fraenkel analysiert richtig und vorausblickend die Praxis der Behörden des Maßnahmenstaates, die mit ihren zur Ausschaltung engagierter politischer Gegner entwickelten Kampfmethoden gleichfalls zur Gleichschaltung genuin unpolitischer Konkurrenzorganisationen gebraucht – Fraenkel spricht von »missbraucht« – werden.

Die Justiz des Maßnahmenstaates ist eine klar politische, da sie nur den Parteiwillen bzw. im Zweifelsfall Führerbefehle exekutiert. Eine Gewaltenteilung im Sinne von gegenseitiger Kontrolle ist im Maßnahmenstaat überhaupt nicht gegeben. Die Justiz des Maßnahmenstaates steht unter dem Kommando der diktatorisch-politischen Administration. Es herrscht also die von der NSDAP geregelte Exekutive über die Gesellschaft, wobei sie bestimmte Bereiche einer Selbstregulierung bzw. normenstaatlichen Verfahren überlässt. Juden unterlagen spätestens ab dem Jahr 1937 vollständig nur noch dem Maßnahmenstaat[7]. Für sie galten von dem Zeitpunkt an in keinem Bereich mehr normenstaatliche Regelungen. Spätestens ab dem Jahr 1938 waren die Juden »bürgerlich tot«, das heißt vollkommen entrechtet in allen Bereichen des Lebens, und den für sie zuständig erklärten Organisationen ausgeliefert. Nach dem »bürgerlichen Tod« folgte bekanntlich das sich radikalisierende staatliche Vernichtungsprogramm.

Folgen aus Fraenkels Forschungsergebnissen

Ernst Fraenkels Publikation sollte wie die viele anderer exilierter Wissenschaftler der amerikanischen Regierung, Öffentlichkeit und Militärbehörden erklären, was im nationalsozialistischen Deutschland geschah.

Fraenkels Gedankengang, den NS als Doppelstaat zu fassen wirkt bis heute nach, obwohl er nur die Entstehungs- und Vorkriegszeit des Regimes behandelte. An der historischen Stelle, wo Fraenkel endet, setzt nach allgemeiner Meinung das Werk Behemoth, benannt nach dem Ungeheuer aus der jüdischen Mythologie, seines Freundes und ehemaligen Sozius Franz Neumann ein. Der Behemoth ist ebenfalls eine Strukturanalyse des Nationalsozialismus. Beide Autoren sahen ihre Forschung und die aus dieser ableitenden theoretischen Überlegungen alleine auf den Nationalsozialismus beschränkt. Sie betrieben also keine allgemeine Faschismus- oder Totalitarismustheorie.

Bis in die 1960er fand der Doppelstaat keine Rezeption in Deutschland. Der Doppelstaat, richtig gesagt The Dual State, war nur in einigen englischsprachigen Ausgaben in wenigen deutschen Bibliotheken vorhanden. Nach der Rückübersetzung ins Deutsche durch Fraenkel im Jahre 1994 begleiteten die Beobachtungen und das theoretische Konstrukt Fraenkels die wechselhafte Geschichte der NS- und Faschismusforschung in Deutschland. Ab den 1970er Jahren hatten Wissenschaftler und Öffentlichkeit herausgefunden, dass neben Autobahn, Mutterkreuz und Krieg es im NS noch was anderes gegeben hatte – die versuchte Vernichtung der europäischen Juden. In den Neunziger Jahren wurde dann zu den Tätern geforscht, publiziert und über diese diskutiert. Hier stellte sich vor allem die Frage, wie ganz normale Deutsche zu diesen anormalen Taten fähig waren. Untersucht wurden hier jene Organisationen, die dem Maßnahmenstaat zugerechnet werden. Die Trennung des NS in einen Bereich des Maßnahmenstaats und einen des Normenstaates fand sich in verschiedenen Urteilen wieder. So beispielsweise in einem Grundsatzur-

[1]

teil des Bundessozialgerichts vom 11. September 1991, das die Todesurteilspraxis der Wehrmachtsgerichte dem Maßnahmenstaat zuordnete, oder 2007, als endgültig das Urteil gegen Marinus van der Lubbe aufgehoben wurde. Die Teilung des NS in Maßnahmenstaat und Normenstaat fand auch in anderen Fällen von Renten- und Entschädigungsansprüchen während der Neunziger Jahre Anwendung.

In den letzten Jahren ist vor allem die Normalität während des NS ein Forschungsschwerpunkt der Geschichtswissenschaft und der öffentlichen Diskussion. Prominentestes Beispiel dürften hier die Veröffentlichungen Götz Alys sein. Aber auch junge DoktorantInnen forschen nun zu normenstaatlichen Bereichen im NS, wenn sie beispielsweise das Justiz- und Gefängniswesen abseits der maßnahmenstaatlichen Bereiche untersuchen.

Die Frage, welche Praxen und konkreten Entscheidungen dem Normenstaat und welche dem Maßnahmenstaat zugerechnet werden, wird weiterhin umkämpftes Terrain bleiben. Ergeben sich hieraus einerseits konkrete Rechtsansprüche auf Entschädigung und Opferrente, andererseits wirft es auch immer wieder ein schlechtes Licht auf das Deutschland nach 1945, wenn es in bestimmten Bereichen kaum einen Kontinuitätsbruch gab und streckenweise die gleichen Einrichtungen weiterexistierten. ■

Literatur:
Fraenkel; Ernst (2001): »Der Doppelstaat«. Hamburg; Europäische Verlagsanstalten

Ernst Fraenkel wurde 1898 als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Köln geboren. Er studierte Jura und Geschichte und promovierte 1923 zu »Der Nichtige Arbeitsvertrag«. Er arbeite in der Weimarer Republik als Anwalt in Berlin in einer Sozietät mit Franz Neumann und vertrat mehrfach die SPD, der er nahe stand. Innerhalb der SPD wurde er dem linken Flügel zugerechnet. Nach 1933 konnte er beschränkt seine Tätigkeit als Anwalt fortsetzen aufgrund seiner Reputation als Weltkriegsveteran. Im September 1938 emigrierte er aus Deutschland und entging so seiner Festnahme. In Amerika studierte er zwischen 1939 und 1941 amerikanisches Recht an der Law School der University of Chicago. Während des zweiten Weltkrieges publizierte er zwei Bücher: »The Dual State« und mit Blick auf die amerikanische Besetzung Deutschlandes die Studie »Military Occupation and the Rule of Law«. Nach dem zweiten Weltkrieg arbeitete er als Berater der amerikanischen Besatzungsbehörden in Südkorea. 1951 ging er nach Deutschland zurück und lehrte am Vorläufer des Otto Suhr Instituts an der Freien Universität Berlin. Sein Zugang zur neu geschaffenen Disziplin Politikwissenschaft war stark von Einflüssen aus dem amerikanischen Exil geprägt. Fraenkels Lehre wurde handfest von der Studentenbewegung kritisiert, die mehrfach seine universitären Veranstaltungen störten. Er wiederum hatte nicht viel für die Studentenbewegung übrig. 1974 übersetze Fraenkel sein Werk »The Dual State« mit dem Titel »Der Doppelstaat« ins Deutsche zurück. 1975 verstarb Ernst Fraenkel drei Monate nach der Veröffentlichung des »Doppelstaates« in Deutschland.

Antifa heißt...

zusammen kämpfen, auf allen Ebenen, mit allen Mitteln!

Beitrag der Gruppe: Antifaschistische Linke International A.L.I., Göttingen

Wir begrüßen die erneut eröffnete Diskussion um antifaschistische Strategien im Antifaschistischen Infoblatt der Ausgaben 76 und 77. Leider wird eine solche Diskussion nur selten und kaum öffentlich nachvollziehbar geführt. Die Konzepte linksradikaler antifaschistischer Politik haben ihre Stärken aber offensichtlich auch ihre Schwächen. Wir melden uns als zweite Antwort auf den Artikel »Antifa heißt...« zu Wort. Nicht weil wir damit das letzte Wort haben wollen, sondern weil wir hoffen diese notwendige Diskussion fortzuführen und weitere Gruppen anzuregen, sich einzubringen. Wir teilen mit der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« und der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) zahlreiche der von ihnen dargelegten Fragen und Ansatzpunkte. Um es aber in Kürze vorweg zu nehmen: Von der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« unterscheidet uns ihre Abgrenzung von den Traditionen des autonomen Antifaschismus und die damit einhergehenden vereinfachenden Polarisierungen innerhalb der Antifabewegung. Die teils allgemeinen Ausführungen der ALB wollen wir durch einige Beispiele aus unserer Praxis der letzten vier Jahre konkretisieren.

Here we go!

Antifaschismus war und ist für uns ein geeigneter Ansatz, um gleichermaßen Menschen innerhalb der radikalen Linken zu sammeln und Handlungsfähigkeit herzustellen, in drängende gesellschaftliche Konflikte zu intervenieren, sowie linksradikale Theorien und Praxis über einen engen Szenekreis und Generationen hinaus zu vermitteln. Damit ein solcher Ansatz linksradikalen Antifaschismus wirksam sein kann, muss er in ein breiter angelegtes Politikkonzept eingebunden sein.

Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Linken, die sich den Zumutungen und existentiellen Bedrohungen durch den Kapitalismus in konkreten Kämpfen entgegenstellt. Bezugspunkt sind für uns alle Menschen, die wie wir innerhalb der ihnen gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen den Kampf gegen den Kapitalismus, das Patriarchat, nationalistischen Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus entwickeln wollen; für eine Gesellschaft, in der die Herrschaft des Menschen über den Menschen überwunden ist. Damit soziale Bewegungen einen emanzipatorischen Charakter entwickeln können, braucht es Kräfte, die solche Positionen hinein tragen und damit gesellschaftlich überhaupt wahrnehmbar machen. Dass dabei einer unserer Hauptansatzpunkte der Antifaschismus ist, begründet sich aus der Geschichte des deutschen Faschismus und der Shoa. Wir leben im Land der TäterInnen. Diese Geschichte schafft ein besonderes Vorzeichen im Bewusst- wie auch im Unbewusstsein der deutschen Gesellschaft. Antifaschistischer Widerstand ist vor allem auch eine konkrete Notwendigkeit, gesellschaftliche Handlungsräume für die Linke gegen die Angriffe der Faschisten aufrecht zu erhalten und zu erkämpfen.

Antifaschistische Bündnisarbeit

Um diesen grob umrissenen Zielen nachzukommen, bedienen wir uns verschiedener Methoden, eine davon ist eine weitgehende Bündnisarbeit mit Gewerkschaften, Parteien, migrantischen Organisationen, religiösen Gemeinden, Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Ausgangsüberlegung ist die Annahme, dass es trotz aller Widersprüche auch punktuell gemeinsame Interessen mit diesen Gruppen geben kann. Unsere Bündnisarbeit ist eine Gratwanderung, die von den spezifischen lokalen Bedingungen in Göttingen und einem hohen Maß an Pragmatismus ermöglicht wird. Die Grenzen dieses Vorgehens zeichnen sich in der Frage ab, ob es uns gelingt Handlungsräume für die radikale Linke zu erweitern und tatsächlich gesellschaftlich zu intervenieren oder aber selber über den Tisch gezogen zu werden und im Bündnis unter zu gehen. Beispielsweise ist es in Göttingen gelungen rechtskonservative Kräfte oder gar die Polizei aus dem Bündnis fernzuhalten und damit eine totalitarismustheoretische Position ins Abseits zu stellen. Neben der Absicht, die Möglichkeiten antifaschistischen Widerstandes gegen diesen oder jenen Neonaziaufmarsch zu verbessern, ist es unser Ziel, Bündnis-

partnerInnen, die zugleich auch RepräsentantInnen der »gesellschaftlichen Mitte« sein können, mit den Konsequenzen ihrer eigenen Politik zu konfrontieren und diese in Frage zu stellen. Beispielsweise zur inneren Sicherheit, die ihren Ausdruck in Überwachungsgesellschaft und Polizeigewalt findet oder zum staatlichen Rassismus, der Flüchtlinge unter anderen in ihrer Bewegungsfreiheit einschränkt und daran hindert sich politisch zu betätigen. Das Bündnis soll somit nicht nur gesellschaftlich eingreifen, sondern ist auch selbst Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

All together now

Antifaschismus ist besonders geeignet, die Legitimität staatlichen Handelns in Frage zu stellen und die Notwendigkeit direkter Aktionsformen zu vermitteln. An der Frage der Militanz widersprechen wir der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen«. Den im Artikel »Antifa heißt...« skizzierten Widerspruch zwischen »militanter Geste« und »politischem Bewusstsein« erachten wir als falsch. Militanz kann sich sowohl gegen das staatliche Gewaltmonopol richten als auch notwendiges Mittel sein, um bestimmte Ziele durchsetzen zu können. Dafür kann es sinnvoll sein, Symboliken oder kulturelle Ausdrucksformen zu nutzen, die in der Öffentlichkeit als Bereitschaft zur Handlung verstanden werden. Diese Vorgehensweise ist nicht immer Selbstzweck, sondern kann durchaus konkret begründet sein. Beispielsweise verbreitete »die Antifa« vor einem angekündigten Neonaziaufmarsch ein Plakat, auf dem brennende Barrikaden und Steine abgebildet waren. Daraufhin wurde diese Art der Mobilisierung vom Göttinger Ordnungsamt als ein Verbotsgrund gegen die Neonazis genutzt. Auch während der Demonstration »Kein ruhiges Hinterland für Neonazis!« am 19. Januar 2008 in Bad Lauterberg im Südharz wurde auf eine gezielt dosierte Drohgebärde gesetzt, um Bewegung in die kleinstädtische Akzeptanz der neonazistischen Strukturen zu bringen. Daraufhin distanzierten sich z.B. Spielhallenbetreiber endlich von ihren Neonazigästen. Unabhängig von der Frage, welche Vorgehensweise, wir im Detail richtig finden oder selber verwirklichen könnten, bemühen wir uns um eine Choreografie des Widerstandes. Das heißt wir arbeiten in verschiedenen bürgerlichen und linksradikalen Bündnissen daraufhin, dass sich die ohnehin stattfindenden unterschiedlichen Protest- und Widerstandsformen solidarisch zueinander verhalten, konstruktiv ergänzen und sich im Wechselspiel zu einem gemeinsamen Erfolg verhelfen.

»... aber schwarz gehört zu bunt«

Die Nutzung militanter Symbolik und damit verbundener kultureller Ausdrucksformen hat eine weitere Notwendigkeit. Wenn wir uns auf eine wie oben beschriebene weitgehende Bündnisarbeit einlassen, besteht die Gefahr in der Masse des bunten Protestes unter zu gehen, vom staatstragenden bürgerlichen Antifaschismus aufgesogen zu werden und schlicht nicht mehr wahrnehmbar zu sein. Das Konzept des »schwarzen« oder »Antifa-Blocks« bei Demonstration halten wir vor diesem Hintergrund für gelungen, um radikale gesellschaftskritische Positionen und die Bereitschaft zum Handeln – unmittelbar wie auch medial – wahrnehmbar zu machen. Unsere Erfahrung ist dabei, dass die Dynamik in der Antifabewegung, dorthin zu kommen »wo was geht«, weniger sinnentleert ist, als es die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« unterstellt. »Wo was geht« heißt für viele »wirkungsmächtig eingreifen zu können«, »erfolgreichen Widerstand erleben« zu können. Dass diese Herangehensweise oftmals hilflos an der Polizeisperre oder im Unterbindungsgewahrsam endet, ist weniger der Dummheit der AktivistInnen geschuldet sondern den sich verschlechternden gesellschaftlichen Bedingungen für widerständiges Handeln.

Die Rolle des Polizeistaates bei der Durchsetzung von Neonaziaufmärschen und der VS-Agenten beim Aufbau von neonazistischen Strukturen, die Bestätigung dieser durch den fortschreitenden gesellschaftlichen Rechtsruck – all dieses sollte tatsächlich viel stärker im Fokus der Kritik stehen. Das was die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« aber ausschließlich als »Problem« beschreibt, ist für uns darüber hinaus wichtiger Teil der Identität vieler junger Antifas und macht die Stärke unserer Bewegung aus. Um zurück zur gesellschaftlichen Vermittlung zu kommen: Mit diesem Gewicht des »Aktionismus unserer Bewegung« werfen wir uns als ernst zu nehmender Verhandlungspartner in die antifaschistische Bündnisarbeit.

→

Antifaschistische Kulturarbeit

Die bereits angerissenen kulturellen Ausdrucksformen sind innerhalb unserer Arbeit ein wesentlicher Ansatzpunkt, um linke Positionen zu verbreiten. Wir veranstalten regelmäßig und gerade auch im Zusammenhang mit politischen Kampagnen größere Konzerte, beteiligen uns an der Gestaltung und dem Vertrieb von linken T-Shirts und anderem Stuff, verkleben offensiv im öffentlichen Raum Plakate, die wir zuvor inhaltlich diskutiert haben. Dabei geht es uns weniger um eine Subkultur, die sich in ihren Codes festlegt und sich identitätsstiftend selbst genug ist, sondern um eine linke antifaschistische Kultur, die Rassismus und Sexismus im Alltag zurückdrängt. Ziel ist die Etablierung einer linken Alltagskultur, die der Ausbreitung rechter Ideologien und Strukturen entgegen steht. Auf diesem Wege ist es uns möglich, deutlich mehr Menschen einen Zugang zur radikalen Linken zu eröffnen, auch vielen, die sich von herkömmlichen politischen Aktionen, wie Demos oder Infoveranstaltungen nicht angesprochen fühlen. Gemeint ist kein einfaches funktionales Verhältnis von Politik zur Kultur. Dennoch besteht die Gefahr der Entpolitisierung von Kulturarbeit, als radikale Linke lediglich für seichte Unterhaltung zu sorgen oder den »revolutionary chic« gelangweilter Jugendlicher zu liefern. Daher achten wir massiv darauf, den politischen Hintergrund kultureller Veranstaltungen in den Vordergrund zu stellen und Konzerte mit Ausstellungen, Transparenten, Infotischen oder Redebeiträgen von der Bühne zu begleiten.

Metropole und Provinz

Neonazistrukturen verfolgen die Strategie, sich im ländlichen Raum festzusetzen, um von hier aus die Städte zu erobern. Antifaschistische Strukturen in Städten mit einer starken Linken, wie es beispielsweise Göttingen ist, müssen sich diesem Phänomen zuwenden. Sei es aus Solidarität mit den vom rechten Terror Betroffenen oder als strategischer Schritt, um den Neonazistrukturen ihr »ruhiges Hinterland« zu nehmen. Wir plädieren dabei dafür, dort anzusetzen, wo es bereits antifaschistische Strukturen gibt. Ziel sollte es sein, diese zu unterstützen und zu stärken. Letztendlich können nur sie selbst es sein, die im Alltag der rechten Kultur und den Neonazis entgegentreten. Konkreter Ansatzpunkt kann sein, linke Räume, kulturelle Events oder politische Aktionen zu unterstützen, die Möglichkeiten der Beteiligung, des Kontaktes und des Erlebens von gemeinsamer Stärke greifbar machen. Unsere Erfahrungen mit diesem Ansatz antifaschistischer Intervention im ländlichen Raum, beispielsweise im Südharz, sind widersprüchlich. Während es auf der einen Seite gelingt mit relativ wenig Aufwand große Wirkung zu erzielen, ist es zugleich nötig, die eigene Arbeitsweise sehr stark an die veränderten Bedingungen anzupassen, auch wenn dieses manchmal bis an die Grenzen des politisch und zwischenmenschlich Erträglichen geht.

Bundesweite Organisierung

Die begrenzteren Möglichkeiten kleinerer Antifagruppen müssen auch bei bundesweiten Aktionen wie in Wunsiedel oder bei allgemeineren bundesweiten Organisierungsbemühungen der radikalen Linken berücksichtigt werden. Wir begrüßen bundesweite Aktionen und Strukturen, die eine Beteiligung auf unterschiedlichem Niveau ermöglichen, Veranstaltungstouren und Material anbieten oder Diskussionen um Strategien und Perspektiven eröffnen. Eine bundesweite Organisierung innerhalb der radikalen Linken und internationale

Kontakte mit GenossInnen in anderen Ländern sind uns wichtig, um über die spezifischen lokalen Bedingungen hinaus im Austausch zu stehen und auf dieser Ebene intervenieren zu können. Daher haben wir Erfahrungen in verschiedenen Organisierungsansätzen gesammelt und uns an mehreren Kampagnen beteiligt, unter anderen auch an den Aktionen zu Wunsiedel in den Jahren 2004 und 2005. Wir respektieren die weiteren Bemühungen der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen«, was uns stört, ist aber der stark moralisierende Unterton bei der Begründung und Werbung für die Aktionen. Antifaschistische Konzepte stoßen nicht erst seit Wunsiedel an ihre Grenzen, sondern bereits seit Mitte der 1990er Jahre, seit sich die Neonazi- Veranstaltungen in ihrer Qualität und Quantität gesteigert haben und der Polizeistaat diese rücksichtslos durchsetzt. Antifaschistische Aktionen sollten unter den gegebenen Bedingungen Aussicht auf Erfolg haben, dazu gehört auch, ob es gelingt innerhalb der eigenen Bewegung Ziele und Taktiken zu vermitteln.

Uns stellt sich zudem die Frage des politischen Bezugsrahmens, das heißt mit welchen Gruppen oder Spektren wollen wir welche Ziele erreichen? Welche Perspektiven soll eine Zusammenarbeit über die konkrete Aktion hinaus eröffnen? Die starke Ausdifferenzierung innerhalb der Antifabewegung seit den Kriegsmobilisierungen und der antiarabische Rassismus nach dem 11. September 2001 stellen gemeinsame Aktionen aufgrund der zugespitzten Polarisierungen und Eskalationen in Frage. Sich vor diesem Problem unter einer »alle gegen Nazis«-Losung in einer bundesweiten Kampagne einfach weg zu ducken, halten wir für falsch. Um wieder am Anfang unseres Artikels anzukommen: »Damit ein solcher Ansatz linksradikalen Antifaschismus wirksam sein kann, muss er in ein breiter angelegtes Politikkonzept eingebunden sein.« ■

Ausführlichere Texte zu hier angerissenen Überlegungen finden sich auf der Homepage www.ali.antifa.de

Die »Junge Freiheit«

[1] Der Junge-Freiheit-Chefradakteur Dieter Stein

Ein gemeinsamer Artikel der Zeitschriften:

Der Rechte Rand (www.der-rechte-rand.de)

Lotta-antifaschistische Zeitung aus NRW (www.projekte.free.de/lotta)

Antifaschistisches Infoblatt

In der alltäglichen Auseinandersetzung von AntifaschistInnen mit militanten Neonazis und Organisationen wie der NPD wurde in den letzten Jahren die kritische Beschäftigung mit der extrem rechten Berliner Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) vernachlässigt. Der Zeitung ist aber mittlerweile ein qualitativer Sprung in Bezug auf ihre Kampagnenfähigkeit gelungen, wenn sie gegen antifaschistische JournalistInnen und WissenschaftlerInnen agiert. Das wird an zwei Aktionen deutlich, die Ende 2007 von der JF gegen angeblich »linksextreme« Verstrickungen von SozialdemokratInnen geführt wurden.

Lange Zeit war klar, dass die JF zur extremen Rechten gehört und unter dem Deckmantel des Konservatismus völkische, nationalistische und antidemokratische Positionen verbreitet. Wer sich mit dem Blatt einließ, musste mit Gegenwind rechnen. Die Ablehnung reichte bis ins bürgerliche Spektrum. So warnte 1994 der CDU-Politiker Friedbert Pflüger mit Blick auf das Umfeld der JF vor einer zunehmenden »Erosion der Abgrenzung« von deutschen Konservativen zur extremen Rechten.

Imagewandel

Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre arbeitete die JF daran ihr Schmuddelimage abzustreifen und als seriöse, rechtskonservative Zeitung zu erscheinen. Es gelang, Prominente aus Publizistik und Politik als Gesprächspartner zu gewinnen. Mittlerweile gehört es offenbar bei Teilen der deutschen Konservativen zum guten Ton, sich mit der JF einzulassen. Immer mehr Professoren, Politiker fast aller Parteien und der emporstrebende Nachwuchs der deutschen akademischen Rechten finden sich als Autoren und Interviewpartner in dem Blatt. Die angebliche Bedrohung von »Moral« und »Werten« durch den Einfluss der »68er«, die »political correctness« und linke Wahlerfolge sorgen am rechten Flügel der deutschen Gesellschaft erneut für einen engen Schulterschluss.

Zum Imagewandel trug auch die publizistische und juristische Kampagne der Zeitung gegen ihre Überwachung durch den Verfassungsschutz bei, die unter anderem vom ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl (FDP) unterstützt wurde. Dass die JF nun nicht mehr in den Berichten erwähnt wird, sorgt für eine Aufwertung der Zeitung. Autoren und Leser müssen nun keine Stigmatisierung als »Verfassungsfeind« mehr fürchten. Glaubt man der JF, stieg die Auflage auf 18.500 verkaufte Exemplare, zahlreiche Kioske haben das Blatt im Angebot. Auch die Abgrenzung der Zeitung gegenüber der NPD und ihrem ehemaligen Österreichischen Schwesterblatt »Zur Zeit« macht die Zeitung weiter salonfähig.

Kampagnenfähig

Ob die Zeitung dadurch nun auf wirtschaftlich sicheren Beinen steht, kann bezweifelt werden. Denn der Verlag mit etwa 20 Angestellten leistete sich beispielsweise auf der »Leipziger Buchmesse« 2008 keinen eigenen Stand, sondern legte lediglich einen Stapel Zeitungen beim Verlag »Edition Antaios« aus. Und zumindest seriöse Anzeigenkunden machen weiterhin einen Bogen um das Blatt. Eine stabile Verankerung in der Medienlandschaft wurde zwar bisher nicht erreicht, doch die Kampagnenfähigkeit der Zeitung konnte gesteigert werden. Als im November 2007 die SPD-Jugendorganisation Franziska Drohsel zur ihrer neuen Bundesvorsitzenden wählte skandalisierte die JF ihre Mitgliedschaft in der »Roten Hilfe« (RH) und ihre Zusammenarbeit mit der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen« (VVN-BdA). Aufgeregt berichtete die JF: »Neue Juso-Vorsitzende Drohsel arbeitet mit Linksextremisten zusammen«. Die Zeitung beanspruchte, Auslöser der anschließenden Debatte in den Medien und der Politik gewesen zu sein. Auch wenn die Fakten bereits bekannt gewesen waren, zog die Meldung der JF seine Kreise und konservative Organisationen sprangen auf den Zug auf. Union und FDP forderten den Rücktritt Drohsels. Überregionale Medien stürzten sich auf das Thema und flankierten die Forderungen der JF. Drohsel verließ schließlich die RH.

Eine andere Kampagne richtete sich gegen Stephan Braun und Ute

Vogt, die ein kritisches Buch über die JF herausgaben. Mit der Broschüre »Die offene Flanke der SPD« des JF-Redakteurs Felix Krautkrämer reagierte die Zeitung darauf und versuchte auch hier, eine »Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Linksextremisten« zu beweisen. Dossierartig wurden Informationen über 22 antifaschistische JournalistInnen und WissenschaftlerInnen zusammengetragen und ihnen »linksextreme« Kontakte angedichtet. Als »Beweis« fungierte beispielsweise die Autorenschaft in antifaschistischen Magazinen wie »Der Rechte Rand« oder »Enough is Enough«. Unwillkürlich wurden beim Lesen der Broschüre Erinnerungen an das neonazistische Anti-Antifa-Heft »Der Einblick« von 1993 wach. Auch die Zeitschrift »Focus« sprang auf den Bericht an. Ihr »Chef vom Dienst«, Michael Klonovsky, hieb in dieselbe Kerbe und servierte nun auch einer breiten Öffentlichkeit die Thesen der JF. Seit Jahren versucht die »Junge Freiheit« politische GegnerInnen zu diskreditieren. Sie hat erkannt, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit den Inhalten und den Netzwerken der »Neuen Rechten« der Etablierung einer starken Rechten in Deutschland im Wege steht und den Versuch der JF durchkreuzt, am unzufriedenen rechten Rand der Unionsparteien anzudocken. Daher weitete sie 2007 ihre Berichterstattung in diesem Feld aus. An der JF wird deutlich, wie weit die strukturelle und ideologische »Erosion der Abgrenzung« zur extremen Rechten vorangeschritten ist. Doch auf der organisatorischen Ebene stehen die JF und ihr Umfeld noch immer auf wackeligen Beinen. ■

Die mit dem schwarzen Winkel

Aktion »Arbeitsscheu Reich«

Nachdruck aus der Wochenzeitung FREITAG 7 / 2008 vom 15. 02. 2008

Wolfgang Ayaß

1938 eröffneten die Nationalsozialisten ihren Feldzug gegen soziale Außenseiter, die im Laufe des Jahres zu Tausenden in Konzentrationslager verschleppt wurden

»F. ist ein arbeitsscheuer Mensch. Er zieht planlos im Land umher und lebt vom Betteln. Einer geregelten Arbeit ist er bisher noch nie nachgegangen. Die Allgemeinheit muss vor ihm geschützt werden.« So lautete die vollständige Begründung der Kriminalpolizeistelle Kassel im Haftbefehl gegen einen 27-jährigen Bettler im Juni 1938. Die vier knappen Sätze waren ein Todesurteil. F. starb drei Jahre später im Konzentrationslager Gusen, einem Nebenlager von Mauthausen.

Der Bettler war kein Einzelfall. Mit ihm wurden im Jahr 1938 über 10.000 so genannte »Asoziale« verhaftet und in die Konzentrationslager verschleppt. Die Einlieferung dieser – zunächst nur männlichen – »Asozialen« verdoppelte damals die Zahl der KZ-Häftlinge. Sie wurden in großen Schüben innerhalb weniger Wochen eingeliefert und bildeten in den Konzentrationslagern eine neue Häftlingsgruppe. Die Lager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen stießen dadurch an ihre Kapazitätsgrenzen, und die Zustände innerhalb der Lager verschlechterten sich dramatisch.

Trotz aller Unterschiede: »arbeitsscheu«

Für einige Monate waren die »Asozialen« die mit Abstand größte Häftlingskategorie der Konzentrationslager, die politischen Häftlinge gerieten in die Minderheit. Es handelte sich hauptsächlich um Bettler, Landstreicher und mittellose Alkoholkranke, in geringerer Zahl auch um Zuhälter und Personen, die mit Unterhaltszahlungen im Rückstand waren. Unter den Eingelieferten befanden sich außerdem viele Roma und Sinti (»Zigeuner«). Gemeinsam war diesen sehr unterschiedlichen Menschen allenfalls, dass ihre Verfolger sie als arbeitsscheu definierten.

Der Einfluss der mit schwarzen Winkeln gekennzeichneten »Asozialen« auf das Lagerleben blieb trotz ihrer zahlenmäßigen Bedeutung gering. Wichtige Funktionsposten besetzten sie nur in Einzelfällen. Sie konnten weder auf die Unterstützung anderer Häftlingsgruppen rechnen noch schützende Organisationsformen untereinander entwickeln. Insbesondere die »Politischen« beschrieben sie nach dem Krieg in ihren Erinnerungen als unzuverlässig und unsolidarisch, allen voran Eugen Kogon, der sie in seinem Buch »Der SS-Staat« bereits 1946 als »vom Häftlingsstandpunkt unerwünscht« bezeichnete.

Gegen Bettler und Landstreicher hatte das Reichspropagandaministerium bereits im September 1933 eine spektakuläre, von einer intensiven Pressekampagne begleiteten einwöchige Razzia inszeniert. Die von SA und SS →

Wolfgang Ayaß ist Sozialarbeiter und Historiker und lehrt an der Universität Kassel. Er hat zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema »Asoziale« im Nationalsozialismus und einen Quellenband zur Verfolgung von »Gemeinschaftsfremden« herausgegeben.

unterstützte Polizei durchkämmte Nachtasyle, Herbergen, bekannte Treffpunkte und internierte in der bis dahin wohl größten Verhaftungswelle der deutschen Geschichte mehrere zehntausend Wohnungslose. Dies fand allerdings noch unter Berufung auf das aus der Weimarer Republik übernommene Strafgesetzbuch statt, die entsprechenden Paragrafen galten seit dem Kaiserreich. Danach konnten Betroffene wegen Bettelei beziehungsweise Landstreicherei mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft werden. Weil die bestehenden Gefängnisse nicht ausreichten, richtete man zeitweise auch spezielle Bettlerhaftlager ein. Über ein solches Lager bei Meseritz veröffentlichte die Tagespresse sogar Fotos unter der Überschrift »Das erste Konzentrationslager für Bettler«.

Maßregeln der Sicherung und Besserung

Während der größte Teil der Verhafteten nach ein paar Wochen wieder freigelassen wurde, wurden mehrere Tausend nach Verbüßen der vergleichsweise kurzen Gefängnisstrafe für bis zu zwei Jahre in die bestehenden Arbeitshäuser eingewiesen. Auch dies erfolgte noch auf Grundlage des übernommenen Strafrechts. Standen die Arbeitshäuser, die nichts anderes als Spezialgefängnisse für Bettler und Landstreicher waren, in der Weimarer Republik noch halb leer, füllten sie sich nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten so sprunghaft, dass in Bayern Arbeitshausgefangene auch im Konzentrationslager Dachau untergebracht wurden. Ab 1934 konnten gemäß den neu ins Strafgesetzbuch eingeführten »Maßregeln der Sicherung und Besserung« alle wiederholt in ein Arbeitshaus eingewiesenen Menschen unbefristet, also unter Umständen lebenslänglich, in solchen Anstalten gefangen gehalten werden.

Ab 1938 schließlich wurden unter Ausschaltung der Strafgerichte Wohnungslose und andere Marginalisierte in großer Zahl direkt in die Konzentrationslager verschleppt. Zuständig hierfür war die gewöhnliche Kriminalpolizei – deren Tätigkeit in der NS-Zeit im übrigen erst recht spät ins Blickfeld der Forschung geriet. Unter Regie der Kripo wurden ab Juni 1938 soziale Außenseiter in Vorbeugungshaft genommen und in die Konzentrationslager eingewiesen. Der großen »Juniaktion« der Kriminalpolizei war im Frühjahr eine kleinere Verhaftungswelle der Gestapo vorausgegangen. Beides wurde unter dem Begriff Aktion »Arbeitsscheu Reich« gehandelt.

Unter den Verhafteten befand sich auch ein 38-jähriger Wohnungsloser, der direkt aus einer Fürsorgeeinrichtung heraus verschleppt wurde: »M. hat ausweislich seines Arbeitsbuchs seit zwei Jahren keine Arbeit mehr gehabt. Er wurde hier bei der Überholung der Herberge Zur Heimat festgenommen, da er erwerbslos ist und von Ort zu Ort zieht.« Derselbe Mann war bereits im September 1933 bei den erwähnten großen Bettlerrazzien verhaftet worden, damals aber noch mit einer Woche Haft davongekommen.

Die öffentliche und private Fürsorge hatte sich in der NS-Zeit grundlegend gewandelt. Immer mehr ging von Fürsorgeinstitutionen nicht mehr Schutz, sondern Bedrohung für Hilfesuchende aus. Erstaunlich schnell und routiniert meldeten die kommunalen Fürsoregestellen »Asoziale« der Kriminalpolizei, der weitere Maßnahmen oblagen. Wohlfahrtsämter drängten die Kripo-Stellen geradezu, lästig erscheinende Menschen ins KZ abzuschieben. Bald entledigte man sich der missliebigen Klienten nur mit Hilfe von Formularen, ohne besondere Geheimhaltung und ohne Unrechtsbewusstsein. In den Verwaltungsrichtlinien der Stadtverwaltungen erschien »Vorbeugungshaft« nun als eine weitere Unterbringungsart, neben den bislang gängigen Möglichkeiten wie Arbeitshausunterbringung oder Anstaltseinweisung nach Entmündigung. Der enorme Abschreckungseffekt, die einfache, schnelle Durchführung und nicht zuletzt die – im Unterschied zur Arbeitshauseinweisung – kostenfreie KZ-Unterbringung faszinierte die beteiligten Kommunalbeamten.

Nach der großen Aktion »Arbeitsscheu Reich« vom Sommer 1938 kam es zu keinen weiteren reichsweiten Razzien gegen »Asoziale«. Doch lieferte die Kriminalpolizei im gewöhnlichen Geschäftsgang weiterhin Männer und zunehmend auch Frauen als »Asoziale« in die Konzentrationslager ein. Während bei Männern das Arbeitsverhalten betreffende Vorwürfe im Mittelpunkt standen, wurde gegenüber Frauen in der Regel Fehlverhalten im Sexualleben ins Feld geführt.

Für »Asoziale« grundsätzlich keine Entschädigung

In den Haftbegründungen der Kriminalpolizei gegen »Asoziale« schlägt sich eine eigentümliche, widersprüchliche Mischung aus polizeilichem Vokabular (»wird immer wieder straffällig«) und fürsorgerischen Begrifflichkeiten (»treibt sich herum«) nieder, es mischen sich rassenhygienische Versatzstücke (»stammt aus einer kriminell belasteten Familie«) mit Exklusionsbeschlüssen (»hat keinen Platz in der Volksgemeinschaft«), die bisweilen in kaum verhüllten Tötungsaufforderungen gipfeln (»seine Rückkehr ist nicht erwünscht«). Kleinkriminalitätsvorwürfen wiederum wird begegnet mit autoritärem Erziehungsabsichten (»soll sich im Lager bessern«). Oft gingen den Beschlüssen für Vorbeugungshaft vielfältige andere strafrechtliche und fürsorgerische Maßnahmen voraus. Vorbeugungshaft stellte aus Sicht der Kriminalpolizei und Stadtverwaltungen die ultima ratio dar, wenn alle Maßnahmen der Fürsorgeämter, alle »Arbeitszuweisungen« der Arbeitsverwaltung und alle »Ermahnungen« der Kriminalpolizei gegen die sozial Unangepassten nichts fruchteten. Oft genug griff letztere auf Infor-

mationen städtischer Dienststellen zurück.

Bis 1945 sind etwa 5.000 Frauen als »Asoziale« in Konzentrationslager eingewiesen worden. Die Zahl der männlichen »Asozialen« war insgesamt sehr viel größer, allein bei der Aktion »Arbeitsscheu Reich« im Sommer 1938 sind mehr als doppelt so viele Männer verhaftet worden. Wiedergutmachung haben die Häftlinge mit dem »Schwarzen Winkel«, falls sie überhaupt überlebten, nicht erhalten. Wer mit der Begründung »asozial« in ein KZ kam, konnte grundsätzlich keine Entschädigung im Rahmen der Wiedergutmachung erhalten. Erst als es für die meisten schon zu spät war, führten einige Bundesländer Härtefallregelungen ein. Auch in der DDR wollte man die »Asozialen« nicht zu den »Opfern des Faschismus« rechnen. Die Einlieferung von »Asozialen und Kriminellen« habe ohnehin nur den Sinn gehabt, die politischen Häftlinge zusätzlich zu demütigen, so bis zuletzt die wenig plausible Begründung.

Die West-Forschung der sechziger und siebziger Jahre hat die Verschleppung von »Asozialen« in die Konzentrationslager mit Arbeitskräftebeschaffung für die Lager im Zuge der Kriegsvorbereitungen erklärt. In den einschlägigen Erlassen war der Aspekt des Arbeitskräftemangels wiederholt thematisiert worden. Doch die entkräfteten Bettler und Alkoholiker dürften in den Lagern kaum noch nennenswerte Arbeitsleistung geliefert haben. Die hohe Sterblichkeit dieser Häftlingskategorie spricht hier für sich.

Letztlich ging es um mehr als um die Rekrutierung einiger tausend Arbeitskräfte. Der Kampf der Nationalsozialisten gegen die von ihnen als »asozial« gebrandmarkten Menschen war Teil einer umfassenden Rassenpolitik des NS-Staats, in dem der Einzelne nur in seinem Wert oder Unwert für den »Volkskörper« betrachtet wurde. »Asoziale« und – wie man auch sagte – »Gemeinschaftsfremde« zählten nicht zur »Volksgemeinschaft«. Die staatlichen Maßnahmen gegen soziale Außenseiter beinhalteten nicht wie noch in der Zeit davor notdürftige Versorgung und möglicherweise auch Schikane und Disziplinierung der – in modernen Gesellschaften immer vorhandenen – unangepasst lebenden Menschen. Ziel war vielmehr die endgültige Beseitigung abweichenden Verhaltens. »Asozialität« galt als vererbbar und manifestiere sich, so die Vorstellung, ausschließlich in fest umrissenen »Erbkreisen« sogenannter »asozialer Sippen«, die sich aufspüren und »ausmerzen« ließen. Die Vernichtung der ermittelten Träger »minderwertigen Erbguts« war im rassenhygienischen Denken identisch mit der endgültigen Ausrottung unerwünschten Verhaltens aus der Gesellschaft. Der sozialutopische Kern dieser Vorstellungen konnte auch Praktiker vor Ort begeistern. An die Stelle der jahrhundertealten Tradition der Vertreibung von Bedürftigen traten Erfassung und Vernichtung. Dies hatte es gegenüber sozialen Außenseitern in dieser Brutalität zuvor noch nie gegeben. ■

KLETT-COTTA
Wolfgang Ayaß
„Asoziale“ im Nationalsozialismus

Haftbegründungen der Kriminalpolizei im Rahmen der Aktion »Arbeitsscheu Reich« vom Sommer 1938:

»[...] S. ist hier als arbeitsscheuer Mensch bekannt, der nur notgedrungen Gelegenheitsarbeiten verrichtet, um seinen Lebensunterhalt zu fristen. Meist erhält er Wohlfahrtsunterstützung und fällt somit der öffentlichen Fürsorge zur Last. Er ist von seiner Frau geschieden und lebt in einer Feldscheune, worin er sich ein altes Bett aufgestellt hat. Den größten Teil seiner Wohlfahrtsunterstützung sowie seines Arbeitslohns setzt er in Alkohol um, so dass er stets betrunken ist. Er ist allgemein als Trunkenbold bekannt.«

»M. ist nach der hiesigen polizeilichen Liste 11 Mal vorbestraft. Hierunter verschiedentlich wegen Bettelei. Trotzdem es im hiesigen Industriegebiet fast an Arbeitskräften mangelt, ist er nicht zu bewegen, sich eine feste Arbeitsstelle zu suchen. Er ist zurzeit erwebslos.«

»D. ist ein arbeitsscheuer Mensch, der einer geregelten Arbeit nie nachgegangen ist. Er lebt vom Betteln, lebt planlos im Lande herum und überlässt die Sorge für seine Unterhaltung der Allgemeinheit.«

Haftbegründungen der Kriminalpolizei Duisburg und Köln gegen »Asoziale« aus den Jahren 1939 bis 1945:

»Nach den Ausführungen im kriminellen Lebenslauf handelt es sich bei W. um einen durchaus asozialen, arbeitsscheuen und trunksüchtigen Menschen. In seinem bisherigen Leben ist er kaum einer geordneten Beschäftigung nachgegangen. Auf sämtlichen Arbeitsstellen wurde er wegen seiner sprichwörtlichen Faulheit nach kurzer Zeit entlassen. Seinen Lebensunterhalt hat er bisher durch Betteln oder aus dem Erlös sonstiger strafbarer Handlungen und Gelegenheitsarbeiten bestritten. Er wurde in der Zeit von 1925 bis 1938 achtmal wegen Diebstahls, Diebstahls i.R., Hehlerei, Bettelns und Erregung öffentlichen Ärgernisses zu Haft- und Gefängnisstrafen verurteilt. Von 1933 bis 1942 war er zweimal in einer Trinkerheilanstalt und zweimal in einer Heil- und Pflegeanstalt untergebracht. Da er erblich stark belastet ist – sein Vater war Trinker und sein Großvater und eine Schwester seiner Mutter befinden bzw. befanden sich seit mehreren Jahren in einer Heil- und Pflegeanstalt – wurde er 1934 sterilisiert.«

»Bei der T. handelt es sich um eine vollkommen haltlose, arbeitssscheue und asoziale Person. Alle bisherigen Strafen und Erziehungsmaßnahmen waren ohne den geringsten Einfluss auf sie. Die letzten 10 Jahre hat sie mit nur kurzen Unterbrechungen fast ununterbrochen in der Strafanstalt oder im Arbeitshaus verbracht. Kaum wieder auf freiem Fuß, setzte sie ihren liederlichen Lebenswandel wieder fort, verließ die ihr zugewiesene Arbeitsstelle und trieb sich Männerbekanntschaften suchend auf Rheinschiffen und in Schifferkneipen und sonstigen übel beleumdeten Lokalen umher [...]«

Angelo? – Lucifero!

Ein unbequemer Gewerkschafter im Sperrfeuer von Thüringer Neonazis und Justiz

Thüringen I – die Justiz

Mit Strafbefehl vom 8. August 2007 verhängt das Amtsgericht Erfurt auf Antrag der dortigen Staatsanwaltschaft gegen den Thüringer ver.di-Sekretär Angelo Lucifero eine Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr. Vorgeworfen werden dem Antifaschisten zwei Schüsse mit einer Gaspistole am 15. März 2007 auf zwei Neonazis, die eine antifaschistische Kundgebung störten und Teilnehmer angriffen. Hierbei soll Lucifero nicht nur bestraft werden, weil die zwei Neonazis angeblich Ohrensausen hatten, sondern auch, weil er für das Führen der Gaspistole keinen Berechtigungsschein besaß. Der Strafbefehl ist nicht nur völlig überzogen, er ist auch rechtlich fehlerhaft. Insbesondere ist er jedoch das Ergebnis einer völlig unzureichenden Ermittlungsarbeit.

Direkt vor Ort trifft die Polizei auf die angeblich verletzten Neonazis, von denen der eine zum Zeitpunkt der ersten Verletzung noch nichts über seine Verletzungen zu berichten weiß. Beide sind aktive Neonazis bzw. aktiv in der Thüringer NPD. Wenig erstaunlich erscheint es vor dem Hintergrund der weiteren Ermittlungen, dass keiner der Beamten die Frage stellt, was denn die Gruppe Neonazis inmitten der dort eigentlich stattfindenden antifaschistischen Kundgebung zu suchen hat. Man ist sich einig: völlig ohne Grund hat der allen bekannte Lucifero hier auf zwei zufällig Anwesende geschossen. Lucifero erklärt er habe in Notwehr gehandelt, immerhin hätten die Neonazis eine angemeldete Kundgebung gestört und deren Teilnehmer angegriffen, er sei schon zuvor geschlagen worden. Als Lucifero gegen den Strafbefehl Einspruch einlegt, wird die Hauptverhandlung anberaumt. Als sich herausstellt, dass er aufgrund einer vor allem durch Stress hervorgerufenen Tinnituserkrankung verhandlungsunfähig ist, wird der Prozess zunächst ausgesetzt. Ein in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigt die Verhandlungsunfähigkeit. Die Staatsanwaltschaft zeigt sich bislang unbeeindruckt: der Angeklagte sei verhandlungsfähig – das Gutachten hat man offenbar nicht gelesen.

Thüringen II – der Täter der kein Opfer sein will

Angelo Lucifero ist unbequem: Anfang der 1990er Jahre mit der Gewerkschaft Handel Banken Versicherung (HBV) nach Thüringen gekommen, war er jahrelang ein Vorzeigegewerkschaftsekretär. Mit der HBV wurde unter seiner maßgeblichen Beteiligung der längste Bankenstreik Deutschlands durchgeführt, mit dem Ergebnis der Anpassung der Gehälter an Westniveau. Schnell hatte er auch Konfrontationen mit Neonazis, denen es gar nicht passte, dass hier ein bekennender Linker die Probleme und Nöte der Arbeitenden aufnahm. Seit 1991, also seit mehr als 17 Jahren dauern diese Angriffe an. Sie reichen vom Durchtrennen der Bremsschläuche seines Autos, über andauernde Drohanrufe, Schmähungen mit Bildabdruck im Internet, Bedrohungen bis zu Körperverletzungen. Andererseits ist Lucifero immer da, wo die Neonazis sind, er stört lautstark deren Aktivitäten mit seinem zum Lautsprecherwagen umfunktionierten PKW, bildet Bündnisse quer zu allen internen Streitigkeiten und scheut sich nicht, auch ihm nahe stehende Personen und Gruppen scharf zu kritisieren. Die zunehmende Bedrohungssituation führt zu einer Reihe von Auseinandersetzungen mit der Polizei, die keineswegs begeistert ist, hier einen Gewerkschafter vorzufinden, der nicht nur Opfer sein will. Lucifero scheut die Zusammenarbeit mit unabhängigen, darunter auch autonomen, antifaschistischen Gruppen nicht. Für die Polizei wird er damit zum »Störenfried«. Auch viele ver.di-Funktionäre, insbesondere in der Landesleitung, sind von seiner persönlichen Art verstört, genervt aber auch über die offensive Intervention des Gewerkschaftssekretärs in »allgemeinpolitische« Fragen. Als er immer stärker angegriffen wird, erfährt er daher immer weniger Unterstützung. Nach dem Vorfall in Erfurt wird ihm endgültig die Unterstützung der ver.di Landesleitung entzogen. Verschiedene interne Streitigkeiten werden dazu benutzt, ihn abzumahnen. Von Basisgruppen in der Gewerkschaft erfährt er dagegen massive Unterstützung. Die bundesweiten Beschlüsse und Resolutionen prallen an der Thüringer

©juelich/ip-photo.com

[1]

[1] Angelo Lucifero geriet als unbequemer Gewerkschafter ins Sperrfeuer von Thüringer Neonazis und Justiz.

ver.di-Landesleitung allerdings ab. Um die Jahreswende wird Lucifero schließlich gekündigt. Diese Kündigung kann erst nach massiver bundesweiter Intervention an die ver.di-Bundesleitung abgewehrt werden. Allerdings soll die Fortsetzung seiner Tätigkeit nicht in Thüringen erfolgen.

Thüringen III – die Neonazis

Die Thüringer Neonaziszene, insbesondere die Erfurter NPD unter Leitung von Kai-Uwe Trinkaus (siehe AIB #78), ist schon etwas Besonderes. Das systematische Einstellen von Beleidigungen und Drohungen auf ihren Internetveröffentlichungen wird seit Jahren betrieben, ungestört von Polizei und Justiz. Trinkaus selbst spricht davon, die Einschleusung von NPD-Sympathisanten in Gliederungen der SPD und der Partei Die Linke geplant und gelenkt zu haben. Einer der damals eingeschleusten Neonazis ist jetzt ein für die Staatsanwaltschaft wichtiger Belastungszeuge. Trinkaus scheint über gute Informanten bei der lokalen und der Landespolizei zu verfügen, er veröffentlicht Informationen, die nur dort verfügbar sind. Anfang des Jahres feierten die Thüringer Neonazis im Internet die außerordentliche Kündigung von Lucifero als »Weihnachtsgeschenk« und riefen ihre Kameraden dazu auf, ver.di beizutreten. Für die Szene wäre eine solche Kündigung nicht nur ein persönlicher Sieg gegen einen ihrer schärfsten und nachhaltigsten Gegner im Land gewesen, sondern auch eine Diskreditierung seiner Arbeit und der erzielten Erfolge. Zuletzt verschafft man sich gar eine Ausfertigung des zwischen ver.di und Lucifero geschlossenen Vergleiches und veröffentlicht ihn im Internet. Diese Veröffentlichung ist zwar die Dokumentation des eigenen Scheiterns, soll aber wohl beweisen, wie gut man die Informationsbeschaffung beherrscht.

Ausblick

Staatsanwaltschaft und Justiz haben den Prozess gegen Angelo Lucifero zu einem Schauprozess gemacht. Bereits im Vorfeld der Ermittlungen hätte man das Verfahren deutlich weniger hoch hängen können. Grundlage hätte jedenfalls eine in alle Richtungen geführte Ermittlungsarbeit sein müssen. Jetzt wurde mit dem völlig überzogenen Strafbefehl über ein Jahr Freiheitsstrafe allerdings ein Ziel vorgegeben, das den weiteren Fortgang bestimmen wird. Schon die nächste Provokation von Neonazis könnte dazu führen, dass die Bewährung widerrufen wird und Angelo Lucifero die Haftstrafe antreten müsste. Maßgeblich für den Fortgang dürfte die weitere Unterstützung politischer wie finanzieller Art für den Gewerkschafter sein. Ganz abgesehen vom Tatvorwurf geht es darum, antifaschistisches Engagement zu verteidigen. Widerstand gegen Neonazis ist nicht nur dann legitim, wenn man ein veritables Opfer abgibt und alle Regeln des zivilbürgerlichen Lebens einhält. Widerstand ist auch dann legitim, wenn er aus Notwehr, aus Angst und Wut oder unter dem dauerhaften Druck neonazistischen Terrors die Grenzen des Vorgegebenen überschreitet. Die Urteile der Gerichte werden nicht allein im Gerichtssaal entschieden, sondern auch durch die gesellschaftliche Stimmung. ■

Neonazigewalt hinter polizeilicher Deckung

Die Beziehungen zwischen der griechischen Polizei und den griechischen Faschisten beziehungsweise Neofaschisten haben seit je her feste Wurzeln. Anders als in anderen Ländern ist das Zusammenwirken ungehindert auch nach der siebenjährigen Militärjunta (1967–1974) weitergegangen.

Harry Ladis (Griechenland)

In den 1980er Jahren waren die Junta-Erinnerungen in der Bevölkerung noch zu frisch, als dass die griechischen Neofaschisten hätten offen auftreten können. Nur vereinzelte Überbleibsel sammelten ihren mageren Stimmenanteil bei den Nationalwahlen und gerieten dann erneut wieder in Vergessenheit. In den 1990er Jahren kam jedoch eine Wende. Die griechische Gesellschaft bot einen fruchtbaren Boden für deren Ideologie, bedient wurde diese durch nationalistische Massendemonstrationen, durch die chauvinistische Rhetorik um den Namen des benachbarten Mazedoniens, zum Teil durch die Hetze gegen die albanischen MigrantInnen, welche in großer Anzahl eingewandert waren, um dem Elend des Hodja-Regimes zu entfliehen.

[1] Fotos wie dieses, welche belegten, dass griechische Polizisten sich privat in der Neonaziszene bewegen, überraschten die griechische Öffentlichkeit kaum.

Schläger, Polizisten und Parlamentarier

Im Jahre 1993 trat vor diesem Hintergrund die Frontorganisation der griechischen Neofaschisten »Chrisi Avgi« (Goldenes Morgengrauen) an die Öffentlichkeit. Formell wurde die Partei im Anschluss an eine seit 1980 erscheinende gleichnamige Zeitung 1985 gegründet. 1993 wurde sie als Partei registriert und dient vor allem als Sammelbecken für rechte Schläger. Zum einen organisierten sie blitzartige Angriffe auf einzelne Personen der Linken. Sie griffen mit Schlagstöcken, Messern und Eisenstangen an und verschwanden sofort. Diese Angriffe wurden offiziell dementiert, doch der selbsternannte »Führer« dieser Bande, Vasilis Michaloliakos, der schon in den 1970er Jahren wegen einer Bombenexplosion in einem Kino vorbestraft ist, hat als explizites Ziel seiner Organisation die »Vorherrschaft auf dem Bürgersteig« angekündigt. Andererseits erschien man oft bei gewalttätigen Auseinandersetzungen oder Hochschulbesetzungen von griechischen Antiautoritären/Anarchisten und agierte dort unter dem Deckmantel des »empörten Bürgers«. Dies geschah stets hinter den Reihen des polizeilichen Sondereinsatzkommandos der MAT, dieses hat in hoher Anzahl persönliche Sympathie für die Gruppe oder gehört ihr sogar selber an. In den letzten Jahren haben sich diese Übergriffe deutlich vervielfacht. Einen institutionellen Antrieb bot im September 2007 der Einzug der ultrarechten Partei LAOS[1] ins Parlament. Mit 3,8 Prozent kam LAOS knapp über die 3-Prozent-Hürde und durfte 10 Parlamentssitze besetzen. Es war das erste Mal nach 1977, dass eine offen extrem rechte Partei wieder salonfähig wurde. Mindestens sechs der zehn Parlamentarier sind bekannte Neofaschisten und Ultranationalisten, mit deren Unterstützung die Straßenschläger rechnen können, obwohl das beiderseits nach außen verneint wird.

Eine Hand wäscht die andere

Der griechischen Polizei kommt die gegenwärtige Neonazigewalt nicht ungelegen, da sie auch gegen deren Widersacher vorgeht, ohne dass das in Kritik geratene Polizei-Image weitere Strapazen erleidet. Die Polizei hat in den letzten zwei Jahren wegen ihrer nicht eleganten Handlungsart bei Demonstrationen und auf den Polizeirevieren einen erheblichen Imageverlust erlitten. Betroffen sind einerseits Linke und AnarchistInnen und andererseits

Menschen nichtgriechischer Herkunft. Sogenannte Ausländerwohnungen sind in den letzten Monaten oft von Neofaschisten angegriffen worden und somit manche Stadtbezirke »bereinigt« worden, wobei die Täter in provokativer Straffreiheit handeln. Endgültig offengelegt wurde dieser Umstand durch die Vorfälle des 3. Februars 2008. Die Vorgeschichte ist ein sinnloser Streit im Januar 1996 zwischen Griechenland und der Türkei um die unbewohnte Insel Imia.[2] Keine Hakenkreuze und Junta-Parolen mehr, sondern ein patriotischer Zwischenfall bietet den Anlaß für eine öffentliche Präsenz im Zentrum von Athen. In den letzten Jahren konnte dieses Gedenken manchmal von AntifaschistInnen behindert bzw. verhindert werden. Als sie dieses Jahr den Versammlungsplatz erreichten, erwartete sie eine Truppe von kampfbereiten behelmten Neofaschisten, die über eine Bewaffnung von Messern, Eisenstangen und Elektroschock-Geräten verfügten. Rund um den ganzen Platz hatte sich ein starkes MAT-Aufgebot postiert, das den bewaffneten Neofaschisten als Schutzschild diente. Die Folge war katastrophal: Hunderte Pressebilder zeigen gemischte Gruppen von Polizisten und Neofaschisten, welche die versammelten AntifaschistInnen gemeinsam attackierten. Tränengasgranaten und Knüppel der Polizeibeamten und die Messer und Eisenstangen vom parastaatlichen Apparat führten zu einem Schlachtfeld mit vielen Verletzten durch Messerstiche und Platzwunden. Nach den Auseinandersetzungen hatten die AntifaschistInnen Zuflucht in der Universität gesucht und die lokale Staatsanwaltschaft verbot alle Demonstrationen in der Stadt. Als die AntifaschistInnen am Abend geschlossen abziehen wollten, griff die Polizei sie erneut ohne Grund äußerst brutal an.

Beweise tauchen auf

Nicht gerechnet hatten die Beteiligten offensichtlich mit den anwesenden Fotografen und der Macht des Internets. Im Internetportal Indymedia Athen zirkulierten bereits am Tag darauf Bilder, die Neofaschisten und MAT-Polizisten beim freundlichen Gespräch vor der Auseinandersetzung zeigten und Fotos von einem Polizeiwagen, von dem rechte Schläger Waffen an sich nahmen. Als am 16. März Neofaschisten zu einer abendlichen Demonstration in Thessaloniki mobilisierten, planten AntifaschistInnen schon ab morgens den Platz zu besetzen. Doch die circa 80 Neofaschisten, die MAT und die Zivilpolizei waren offensichtlich schon vorab informiert worden. Diejenigen die weiterhin an einem direkten Informationsaustausch zwischen Neofaschisten und Polizeiteilen zweifelten, wurden kurze Zeit später eines besseren belehrt. Eine Gruppe von AntifaschistInnen hatte einen lokal bekannten Neofaschisten in einem Lokal erkannt und hinausgeworfen. In seiner Hast ließ er seinen USB-Stick zurück. Die Daten waren überraschend: Der Neofaschist war von Beruf Polizist und verfügte auf seinem USB-Stick neben den üblichen Nazibildern auch über Protokolle der Abteilung der Zivilpolizei für den Verfassungsschutz mit Namen und Autokennzeichen von Anarchisten, Beobachtungsprotokolle über Bürgerinitiativen und autonome antifaschistische Gruppen. Die gefundenen Bilder und Akten wurden zwar breit in der Presse veröffentlicht, trotzdem zog niemand Konsequenzen daraus, was die Selbstverständlichkeit der Erscheinung offensichtlich werden lässt. Dass sich Polizisten nachweislich privat beim Hitlergruß fotografieren lassen, scheint die griechische Öffentlichkeit tatsächlich nicht zu überraschen. Unter so einer politischen und medialen Deckung darf die Partei Chrisi Avgi zuversichtlich in die Zukunft blicken. Auf ihrer Homepage rühmt sie sich, im ersten Halbjahr 2008 den Vorstand der ENF (European National Front) übernommen zu haben, einem Bündnis unter anderen der deutschen NPD, der spanischen La Falange, der rumänischen Noua Dreapta und der italienischen Forza Nuova, dem sie vor kurzem beigetreten ist. Deutsche Gäste, wie etwa Udo Voigt, zählen zu ihren beliebten Rednern. Der Widerspruch, einerseits auf die nationale Unabhängigkeit zu pochen und gleichzeitig die Besatzungstruppen der nationalsozialistischen Wehrmacht und der Waffen-SS zu verehren, scheint die griechischen Neofaschisten nicht weiter zu stören.[3] Schlägereien unter polizeilicher Deckung scheinen eher ihre Sache, als sich an solchen Kleinigkeiten und Widersprüchen zu stören. ■

[2]

[2] In provokativer Straffreiheit können griechische Neofaschisten ihre politischen GegnerInnen – unter den Augen der Polizei – attackieren.

1| Laikós Orthódoxos Synagermós ist in etwa mit Orthodoxe Volkszusammenkunft zu übersetzen.

2| Ein Ereignis, dem die griechischen Neofaschisten gedenken und zu dem sie ihre Nationalscham kundtun. Drei griechische Soldaten kamen ums Leben und die türkische Luftwaffe konnte ihre Flagge auf der Insel aufhängen.

3| So sollen nach Angaben griechischer Antifagruppe am 2. Juni 2007 (Anti-G8 Demonstration) die griechischen Neofaschisten George Dimitroulias (Golden Dawn / Patriotic Alliance) aus Kalmata, Alexandra Barou und Nikolaos Michos nach Deutschland gereist sein.

Neofaschistischer Vormarsch

Aus Platzgründen erscheint dieser Text hier gekürzt. Eine ausführliche Version findet sich auf www.antifainfoblatt.de

»Sieg Heil!«, schreien viele der gut 500 Schüler im Chor, als sie die letzte Strophe der italienischen Nationalhymne beendet haben. Nicht wenige recken dabei den rechten Arm zum Saluto Romano empor. Es ist Freitag Vormittag, der 8. Februar 2008 und der Blocco Studentesco, die Schüler- und Studentenorganisation der neofaschistischen Partei Fiamma Tricolore, demonstriert im Gedenken an die »Märtyrer der Foiben«. Gemeint ist damit die italienische Bevölkerungsminderheit in den kroatischen Provinzen Istrien und Dalmatien, an der, nach der Befreiung vom Mussolini-Faschismus, vereinzelt Racheakte verübt wurden.

Björn Resener

Der revisionistische, weil entkontextualisierte Opfer-Diskurs ist inzwischen nicht nur in der Mitte der Gesellschaft angekommen, sondern seit 2005 auch institutionalisiert. Die Berlusconi-Regierung machte den 10. Februar zum offiziellen Gedenktag für die italienischen Opfer der Tito-Partisanen. Und auch mit der mitte-links Koalition fand die Geschichtsklitterung kein Ende. So sorgte Staatspräsident Giorgio Napolitano[1] im vergangenen Jahr europaweit für Aufsehen, als er Mussolinis Polizeichef in Kroatien und etwa 30 weiteren Opfern der Tito-Partisanen, anlässlich des Gedenktages posthum Orden verlieh. Für den Aufmarsch hatten die Teilnehmer sogar schulfrei bekommen, denn in kulturellen Fragen der Schulpolitik darf das gewählte Schüler- und Studentenparlament mitbestimmen. Und dort hat die Liste der jungen Neofaschisten mit 23 Prozent der Stimmen einiges an Gewicht. Dabei vertritt sie offen antiparlamentarische Positionen und lässt auch sonst an Eindeutigkeit nicht zu wünschen übrig. Ihre wichtigsten Kader sind allesamt Aktivisten des Casa Pound, einem von Neofaschisten besetzten Haus im Zentrum von Rom. Es stellt das infrastrukturelle und politische Herz der außerparlamentarischen, neofaschistischen Bewegung in der italienischen Hauptstadt dar. Aus Angst vor Angriffen, oder auch als konstitutiver Teil des obligatorischen Outlaw-Habitus, wird das Haus rund um die Uhr bewacht. Neben vier Stockwerken mit Wohnungen befinden sich Büros für die römische Sektion der Fiamma Tricolore und die Zeitschrift Occidentale, aber auch die lokale Redaktion von Radio Bandiera Nera und das Bunker Noise Studio im Gebäude. Letztgenanntes ist nicht mehr als ein vergleichsweise gut ausgestatteter Proberaum, bietet jedoch mehr als 15 Rechtsrock-Bands die Möglichkeit kostenlos zu spielen. Die Bekannteste unter ihnen ist zweifellos »ZetaZeroAlfa«. Ihr Sänger Gianluca Iannone ist gleichzeitig der offizielle Kopf des außerparlamentarischen, militant-rechten Milieus in Rom. Dabei scheint er vor allem für ihren kontinuierlichen Aktionismus verantwortlich zu sein. Mehr Einfluss auf die jugendlichen Rechtsextremisten dürfte nur noch Gabriele Adinolfi zukommen. Dieser war bereits Gründungsmitglied der Terza Posizione, einer sich antikapitalistisch gebenden, neofaschistischen Organisation der 1970er Jahre, aus der die terroristischen Nuclei Armati Rivoluzionari (NAR) hervor gingen. Als einige seiner Kameraden zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, ging er für 20 Jahre ins französische Exil, konnte sich bei seiner Rückkehr jedoch unbehelligt in der Öffentlichkeit präsentie-

[1] Die rechte Seperatistenpartei Lega Nord warb mit diesem Indianer-Plakat und dem Text: »Sie haben die Immigration erlitten, heute leben sie in den Reservaten«.
[2] Gabriele Adinolfi sieht sich als Vordenker der Bewegung
[3] Der »Blocco Studentesco« beim Foiben-Marsch am 8. Februar 2008.

[2]

ren. Hier miemt er nun den rechten Intellektuellen, schreibt Bücher und Artikel in neu-rechten Zeitschriften, oder tritt als Referent bei Veranstaltungen auf. Dass die jungen Neofaschisten sich nicht nur für Rechtsrock, sondern auch für (rechte) Kultur- und Ideengeschichte, also Schriftsteller wie Antoine de Saint-Exupéry und J.R.R. Tolkien, oder Philosophen wie Giovanni Gentile und Ernst Jünger interessieren, ist maßgeblich auf den Ex-Exilanten zurück zu führen. Obwohl demokratische Wahlen für die selbsternannten Nationalrevolutionäre nicht mehr als ein Moment der Mobilisierung bzw. der Sichtbarkeit sind, kandidierte ihr »Capo« Gianluca Iannone bei den italienweiten Neuwahlen im April für die Listenverbindung von Fiamma Tricolore und La Destra[2]. Seine Kandidatur motivierte, auch über Rom hinaus, etliche der angeblich non-konformistischen Nachwuchsfaschisten zu einer Beteiligung am Wahlkampf. Dass aber mit weniger als drei Prozent der Stimmen nicht einmal die echten Spitzenkandidaten des Rechtsaußen-Bündnisses den Einzug in das Abgeordnetenhaus schafften, ist vor allem dem rassistischen Diskurs der rechten Zentrumsparteien zu verdanken. So eröffnete Silvio Berlusconi[3] seinen Wahlkampf mit der Parole: »Keine Toleranz für Roma, Illegale und Kriminelle« und die rechte Seperatistenpartei Lega Nord warb mit einem Indianer-Plakat und dem Text: »Sie haben die Immigration erlitten, heute leben sie in den Reservaten«. Zusammen mit der post-faschistischen Alleanza Nazionale stellen sie nun wieder die neue Mehrheit im Parlament. Die Fiamma Tricolore wiederum lässt sich gern auf die vermeintliche Unterwanderung durch die »Casa Pound« Schützlinge ein. Denn einerseits werden dem veralteten Parteiapparat junge Mitglieder zugeführt und andererseits erhält sie durch die jugendlichen Squadristen[4] street-credibility, mangels derer sie in den letzten Jahren vielerorts Stimmen wie auch Aktive an die neonazistische Forza Nuova[5] verlor.

Straßengewalt

Das latent xenophobe Klima Italiens spiegelt sich jedoch nicht nur in den Wahlergebnissen wieder, es entlädt sich auch auf der Straße. So kommt es auch in Rom immer wieder zu Übergriffen auf MigrantInnen und Homosexuelle. Allein zwischen 2004 und 2006 gab es zudem etwa 30 spontane Angriffe auf Linke. Nicht selten setzten die Neofaschisten hierbei Messer ein. So auch am 27. August 2006, bei der Attacke auf den 26 Jahre alten Antifaschisten Renato Biagietti, der infolge seiner Stichverletzungen noch am selben Tag verstarb. Daneben kam es seit 2003 auch immer wieder zu organisierten Überfällen auf soziale Zentren und linke Veranstaltungen. Oft ließen die Angreifer dabei Schwerverletzte und abgebrannte Autos zurück. Im Juni 2007 beispielsweise wurde ein Konzert der linken Punkband »Banda Bassotti« überfallen. Bereits auf dem Weg zum Angriffsziel wurde eine Person mit neun Messerstichen verletzt und eine andere mit Schlagstöcken zusammen geschlagen. Für diesen Angriff und weitere, im Rahmen von Fussballspielen begangene Gewalttaten, sind nun Ende Februar 16 rechte Fussballfans festgenommen worden, von denen einige Mitglieder bei Forza Nuova sind. Offenbar hatte sich die Gruppe mit den Angriffen auf das von der Kommune von Rom mitorganisierte Konzert und die Polizeiwache, die als Rache für die tödlichen Schüsse auf Gabriele Sandri[6] überfallen wurde, zu weit aus dem Fenster gelehnt. Sicher ist, dass sie nicht die Einzigen sind, die derartige Überfälle begehen. So überfielen am 12. Juli 2007 auch zwei dutzend Neofaschisten um Gianluca Iannone das besetzte Haus Casal Bertone, wurden jedoch durch die BewohnerInnen in die Flucht geschlagen. Dass trotz dieses glücklosen Auftritts auch von ihnen eine reale Gefahr für Leib und Leben ausgeht, zeigt der Angriff auf einen Schüler, dem neun Tage nach dem Foiben-Marsch des Blocco Studentesco vor seinem Haus aufgelauert wurde. Er wurde mit Schlagringen traktiert und am Kopf verletzt, weil er eine antifaschistische SchülerInnendemo organisiert hatte. Die zunehmende Desensibilisierung der Gesellschaft gegenüber der extremen Rechten und die weit verbreitete Überzeugung, dass eine links-rechts Polarisierung anachronistisch sei, erschwert die Konstituierung breiter, antifaschistischer Bündnisse. So kann dem Vormarsch der Neofaschisten nicht viel entgegen gesetzt werden. Die, auf der Demonstration des Blocco Studentesco gerufene, provokative Parole »Dove sono gli antifascisti?« trifft also durchaus den Nagel auf den Kopf: Wo ist der Geist der Resistenza[7], die tief verwurzelte, antifaschistische Kultur Italiens geblieben? ■

[3]

1| Partito Democratico (PD) ehemals Partito Communista Italiano (PCI).

2| La Destra (Die Rechte) ist eine, sich um Francesco Storace gruppierende, rechts-Abspaltung der post-faschistischen Alleanza Nazionale von Gianfranco Fini.

3| Forza Italia

4| Squadristen waren ursprünglich die Mitglieder der von Benito Mussolini gegründeten »Squadre di Azione Fascista«, jener Sturmabteilung, die für den faschistischen Terror gegen die Arbeiterbewegung verantwortlich waren.

5| Forza Nuova ist eine neofaschistische Partei, die in Konkurrenz zur Fiamma Tricolore steht. Laut italienischen Antifaschisten soll deren Auslandsbeauftragter Umberto Bonino die NPD im September 2007 zu einem Aktionscamp in Rom eingeladen haben, an welchem auch Jens Pühse teilgenommen haben soll.

6| Gabriele Sandri war ein Fussballfan von Lazio Rom und wurde am 11. November2007 in seinem Auto sitzend von einem Polizisten erschossen.

7| Die Resistenza bezeichnet vor allem den Partisanenwiderstand gegen die italienischen Faschisten und die deutsche Besatzung (1943–45), der schliesslich zur Selbstbefreiung Norditaliens führte.

Paras und Politik

Rechte Netzwerke in Kolumbien

Knapp vier Millionen Menschen wurden seit den 80er Jahren gewaltsam von kolumbianischen Paramilitärs vertrieben, 15.000 verschwanden spurlos. Zu den militärischen Zielen dieser paramilitärischen Gruppen gehören allerdings weniger die linksgerichteten Guerillaorganisationen wie die FARC-EP[1], sondern Indigene, Gewerkschafter, Mitglieder der Linkspartei Unión Patriotica und Angehörige anderer sozialen Bewegungen.

Die ultrarechten Todesschwadronen waren zwar auf Initiative von Großgrundbesitzern als Schutz gegen Angriffe linker Rebellen ins Leben gerufen worden, ihre Aufgabe besteht jedoch darin, vermeintliche Sympathisanten zu bekämpfen und einzuschüchtern. Sie spielen ebenfalls eine große Rolle bei der Vertreibung von Bauern und sind im großen Stil am Drogenhandel beteiligt. Berüchtigt sind sie vor allem für ihre besonders grausamen Massaker an der Zivilbevölkerung.

Straffreiheit und Parapolitica

Die heutige Regierung des autoritären, rechtspopulistischen Präsidenten Alvaro Uribe Vélez, dem eine besondere Nähe zu den inzwischen offiziell aufgelösten Paramilitärs vorgeworfen wird, sorgte in den vergangenen Jahren für deren Straffreiheit. Mitglieder aus dem Familien- und Beraterkreis des Präsidenten wurden mehrfach Verbindungen zu rechtsextremen paramilitärischen Gruppen und zum Drogenhandel nachgewiesen. Als Gouverneur des Departements Antioquia hatte er selbst vor seiner ersten Amtszeit die Gründung von paramilitärisch organisierten und bewaffneten Bauernkooperativen in die Wege geleitet. Momentan sorgt die Verhaftung seines Vetters wegen Unterstützung der Todesschwadronen für Schlagzeilen und weiteren hochrangigen Politkern aus den Parteien seines Regierungsbündnisses werden dieselben Verbindungen nachgewiesen.

Die Massenmobilisierung im Februar diesen Jahres und der »Kampf gegen den Terrorismus« dienten der Regierung Uribe als willkommene Ablenkung von dem Skandal der sogenannten »Parapolítica«, der zur Verhaftung von bisher mehr als dreißig Politikern führte.[2]

Zivilgesellschaft light

Dem Aufruf zur Demonstration »No más FARC, no más secuestro« folgten in ungefähr 50 kolumbianischen Städten mehrere Millionen Menschen. Weltweit kam es zu 130 weiteren Demonstrationen oder Kundgebungen, die der Einfachheit halber gleich von den kolumbianischen Botschaften organisiert wurden. Das kolumbianische Verteidigungsministerium befahl seinen Angestellten den Demonstrationsbesuch und das Bildungsministerium regte die Lehrer an, mit ihren Schülern auf die Strasse zu gehen. In Bogotá versammelte sich eine bunte Mischung von Leuten aus allen Bevölkerungsschichten, die das Motto nach ihren politischen Vorlieben interpretierten. Während viele für die Beendigung des bewaffneten Konfliktes mit der FARC und den Gefangenenaustausch demonstrierten, nutzten die Anhänger der rechtsgerichteten Regierung den Anlass, um nicht nur gegen die Guerilla, sondern gleichzeitig auch gegen die Vermittlung des vene-

zolanischen Präsidenten Chávez und der liberalen Senatorin Piedad Córdoba zu protestieren. In vielen Diskussionsforen kolumbianischer Medien fanden sich vermehrt Beiträge von rechtsextremen Anhängern der Regierung Uribe, die verschiedene Personen und Gruppen der politischen Opposition als Sympathisanten der FARC denunzierten. Demonstrationen in dieser Größenordnung gelten in Kolumbien als ungewöhnlich und deshalb wurde die Mobilisierung von vielen als Äußerung einer erstarkenden, demokratischen Zivilgesellschaft interpretiert. Vielfach war auch der Vergleich mit den Demonstrationen gegen die ETA im spanischen Staat zu hören. Der komplexen Situation Kolumbiens wurde der Protest jedoch kaum gerecht und die Diffamierung und Bedrohung der demokratischen Opposition lassen an der friedlichen Ablehnung der Guerilla durchaus zweifeln. Dazu kommt, dass die Interessen der rechtskonservativen Regierung und die Beteiligung des Staates bei dieser Analyse nicht beachtet werden.

Aufrüstung der schwarzen Adler

Anfang März 2008 demonstrierten etwa 300.000 Menschen in Bogotá und anderen Städten gegen die Gewalt von paramilitärischen Gruppen sowie gegen die vom Staat ausgeübte Gewalt. Die Reaktion der Todesschwadronen auf diesen Protest folgte unmittelbar. Schon im Vorfeld hatten die OrganisatorInnen einige Repression zu spüren bekommen. Wiederholt wurden Menschenrechtsorganisationen öffentlich von Regierungsvertretern als Freunde und Handlanger von Terroristen und Guerilla diffamiert. Am 4. März verschwand der Gewerkschaftsvorsitzende Leonidas Gómez Rozo, seine brutal zugerichtete Leiche wurde vier Tage später aufgefunden. Am 6. März wurden mehrere KoordinatorInnen von Protestveranstaltungen bedroht. Am 7. März entging der Gewerkschafter Rafael Borda nur knapp einem Anschlag auf sein Leben, noch in der selben Nacht wurde der Lehrer und Aktivist Gildardo Antonio Gómez ermordet. Es gab Einbrüche und Überfälle auf die Büros mehrerer Organisationen, denen Festplatten und Computer entwendet wurden. Am 9. März wurde Carlos Burbano, einer der Organisatoren der Demonstration, ermordet. Am 11. März wurden zahlreiche Gewerkschaften, Journalisten, Menschenrechtsgruppen und internationale Organisationen, die die Proteste vom 6. März begleitet, getragen oder unterstützt hatten, von der Gruppe »Águilas Negras« zu »militärischen Zielen« erklärt. Mindestens 31 Personen aus dem Kreis der OrganisatorInnen wurden persönlich mit dem Tod bedroht. Sechs Angehörige der Opferbewegung wurden seither ermordet. Fast täglich gibt es neue Vorfälle.

Waffen und Wirtschaft

Es ist nicht nur die politische Opposition, die von der Repression getroffen wird, es geht dabei auch um handfeste wirtschaftliche Interessen: Amnesty International dokumentierte zwischen 1991 und 2006 2.245 ermordete Gewerkschafter. Dabei wurden im Jahr 2005 soweit nachweisbar, 49 Prozent der Menschenrechtsverletzungen an Gewerkschafter von Paramilitärs begangen und 43 Prozent von den Sicherheitskräften. In den letzten Jahren ging die Zahl der Morde zwar zurück, aber mit cirka zwanzig ermordeten Gewerkschaftler seit Anfang des Jahres steht zu befürchten, dass sich die Gewalt neue Höhepunkte erreicht. Die häufigen Meldungen über ein stabiles Wirtschaftswachstum und ein günstiges Investitionsklima in Kolumbien können so nur zynisch anmuten, aber tatsächlich erfreut sich die autoritäre Regierung guter Kontakte zum europäischen und nordamerikanischen Ausland. Die durch den Angriff auf ein Guerrillalager im ecuadorianischen Grenzgebiet ausgelöste Krise mit den Nachbarländern hat daran nichts geändert. Im internationalen Rahmen ist Kolumbien ein wichtiger Bündnispartner gegen die linksregierten Länder Lateinamerikas, dem inzwischen auch aus Europa Waffen geliefert werden sollen[3]. Das Treffen zwischen europäischen und lateinamerikanischen Regierungsvertretern am 16. und 17. Mai 2008 in Lima wird die guten Beziehungen vermutlich nur festigen. Mit den politischen und militärischen Erfolgen der Regierung steht leider auch zu befürchten, dass die Verbrechen der Paramilitärs und ihrer Unterstützer weiter straflos bleiben und Uribe ab 2010 für eine dritte Amtszeit kandidieren wird. ■

1| Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo
2| siehe dazu: Autoritärer Staat und paramilitärische Machtnahme in Kolumbien. Die Regierung Uribe und der Kampf gegen die soziale Bewegung. Hg. FDCL e.V. & kolumbienkampagne berlin. FDCL-Verlag, Berlin, 2007.
3| Interesse hat die schwedische Saab und die spanische Werft Navantia geäußert - vgl. El País 30. April 2008.

Eva Herman – Historikerstreit der schweigenden Mehrheit?

Wolfgang Wippermann ist Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin. Neben Forschung und Lehre ist er ein fleißiger Autor. Neben über zwei Dutzend Büchern zum historischen NS, Totalitarismus- und Faschismustheorie oder Antiziganismus verfasste er beispielsweise auch ein Werk mit dem Titel: »Die Deutschen und ihre Hunde. Ein Sonderweg der deutschen Mentalitätsgeschichte«. Wippermanns Bücher sind thesenstark, bisweilen populärwissenschaftlich. Sein Metier ist hierbei nicht die Geschichte, sondern Politik, die mit historischen Gegenständen gemacht wird – Geschichtspolitik. Nun hat Wippermann eine neue in den Diskurs zum Umgang mit dem Nationalsozialismus eingreifende Lektüre vorgelegt.

Wippermanns These: In der Debatte um den Umgang mit dem Geschlechts- und Geschichtsbild der ehemaligen Tagesschau-Moderatorin ist ein neuer »Historikerstreit« entstanden. Das neue an diesem Historikerstreit ist, dass er nicht ein Feuilletondiskurs der geistigen Eliten ist, wie es die Kontroverse um Ernst Noltes Essay war, sondern der »Historikerstreit der schweigenden Mehrheit«. Anders als 1986 kann über das Web 2.0 die »schweigende Mehrheit« in Form von Blogeinträgen, Talkshows und Emails an der Diskussion teilhaben. Die neuen Möglichkeiten der Partizipation am geschichtspolitischen Diskurs zeigen, dass die intellektuelle Bewältigung des NS doch nicht von relevanten Teilen der Bevölkerung in der Form verstanden und rezipiert wurde, wie die meinungsmachenden Köpfe Deutschlands es erwünschen. Kurz: Zwischen Erwartung und Wirklichkeit klafft eine Lücke.

Dem überraschten Wippermann kann entgegengehalten werden, dass seine Beobachtung in der Eva-Herman-Debatte nicht neu ist. Jeder, der die jährlich veröffentlichten Heitmeyer-Studien oder andere Umfragen zu Einstellungspotenzialen der Bevölkerung zu diesen und ähnlichen Fragestellungen kennt, weiß, für was es relevante Zustimmungsraten oder Mehrheiten gibt, wenn anonym und mit gut formulierten Fragestellungen gearbeitet wird. Fragmente rechtsextremen Denkens sind weiter verbreitet, als die Aussagespanne des gesellschaftlich anerkannten Mainstreams es erscheinen lassen mag.

So schwach die These, desto interessanter der Gegenstand, den Wippermann in seinem neuen Buch bearbeitet. Kurzer Rückblick: Im Herbst 2007 beschäftigte sich die deutsche Medienlandschaft mit dem »Fall Eva Herman«. Eva Herman hatte in zwei öffentlich umstrittenen und auflagenstarken Büchern (Das Eva-Prinzip und Prinzip Arche Noah) sowie in einem Artikel in der konservativen Zeitschrift Cicero ihr katholisch-reaktionäres Geschlechter- und Familienbild zum Besten gegeben. Die in dem Cicero-Artikel getätigten Ausführungen zur Familien- und Bevölkerungspolitik sind katholisch-fundamentalistisch und mit den Vorstellungen von Rechtsextremen kompatibel, was Herman nicht zufällig Lob aus dieser Ecke des politischen Spektrums einbrachte. Bei der Präsentation des zweiten Bestsellers »Das Prinzip Arche Noah« am 6. September 2006 setzte Herman mit ihren den Faschismus relativierenden Aussagen, dass eben manches im NS auch gut gewesen sei, noch einen drauf. Sie bezog sich hierbei positiv auf »Werte, Kinder, Mütter, Familien, den Zusammenhalt«, welche durch die 68er-Bewegung ihrer Ansicht nach abgeschafft worden waren.

Ganz ins diskursive Aus schoss sich Herman einen Monat später in der Talk-Sendung Johannes B. Kerner im ZDF. Eingeladen, um ihre Thesen zurückzunehmen und so wieder zurückgeholt zu werden aus der gesellschaftlichen Schmuddelecke Rechtsradikalismus, beließ es Eva Herman nicht nur bei ihren Anmerkungen über die Wertschätzung der Familie durch die Nazis. Sie bezeichnete die Medien als »gleichgeschaltet« und brachte zu allem Überfluss auch noch das Stammtischargument »aber es sind auch Autobahnen damals gebaut worden, und wir fahren heute drauf«. Nach dieser Bemerkung schloss Kerner Herman aus der Sendung aus und machte so den »Skandal« perfekt. Die Sendung wurde mit 2,65 Millionen Zuschauer und 18,1 Prozent Einschaltquote zur meistgesehenen von Johannes B. Kerner. In dieser Sendung saß Wippermann als Geschichtsexperte und klärte über den Wahrheitsgehalt der Absonderungen Hermans auf. Zwei Tage später erklärte der Historiker in einem Interview mit der Bild-Zeitung erneut dem nicht so bewanderten Publikum, was denn an Eva Hermans Aussagen »nicht ging« bzw. wie es sich mit der Autobahn, der rassistischen Familienpolitik der Nazis und der Aussage »das Böse haben nur Nazis und SS getan« wirklich verhält. »Eine Sternstunde des Boulevardjournalismus« und ein »Stück Aufklärung«, kommentierte der ansonsten der Bild sehr kritisch ge-

genüberstehende bildblog dieses Interview. Durch sein öffentliches Argumentieren gegen die Ansichten Hermans wurde Wippermann selbst zur Zielscheibe der »schweigenden Mehrheit«. Alleine 2000 Leserbriefe erreichten die Bild-Redaktion. Hunderte von Emails und Briefe bekam der Professor an seine Privatanschriften geschickt. Gespickt mit Drohungen und Beleidigungen wie »Judenknecht«, »Volksschädling« und »linke Ratte«. Ein Teil dieser Briefe sowie alle Herman-Zitate in der Debatte sind in dem Buch dokumentiert.

Die Stärke der Publikation ist der leicht verständlich herausgearbeitete Unterschied zwischen katholischem Konservatismus und der nationalsozialistischen Rassenpolitik bzw. allgemein dem faschistischen Denken. Wippermann schlägt hierbei einen Bogen von der Familienpolitik Adenauers über die Aussagen der neuen katholischen Offensive zu einem amüsant geschriebenen Abriss der Geschichte der Faschismusforschung. Den hegemonialen Aussagen des »Neuen Historikerstreit der schweigenden Mehrheit« tritt Wippermann quellenkritisch, ideologiekritisch und diskursanalytisch entgegen. Dabei ist sein Buch einfach und unterhaltend geschrieben. Nur zu empfehlen! ■

Wolfgang Wippermann (2008): »Autobahn zum Mutterkreuz« Historikerstreit der schweigenden Mehrheit
128 Seiten. 9,90 Euro. Rotbuch Verlag

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Sinn und Form
hrsg. Akademie der Künste Berlin;
Aufbau Verlag, zweimonatlich

Die Zeitschrift ist eine lebende Legende. Im Jahr 1949 gegründet, war sie das geistige Flaggschiff der DDR. Ein indirektes Pendant zum »Monat«. An ihren Jahrgängen lassen sich die Wechselfälle deutscher Zeit- und Literaturgeschichte nachvollziehen. Ihr erster Chefredakteur Peter Huchel, der die von Johannes R. Becher mitbegründete Zeitschrift konsequent zu den Fragen und Debatten der literarischen Moderne des 20. Jahrhunderts führte, wurde von den SED-Kulturbürokraten gemobbt, abgesetzt und schließlich in den Westen getrieben.

Doch auch unter dem Zuchtmeister Wilhelm Girnus, einst Antipode Brechts und Eislers in den unsäglichen sogenannten Formalismusdebatten der 1950er Jahre, blieb Sinn und Form ein publizistischer Ort, an dem Phrasengeschrei und Propaganda auch, aber nicht nur, vorkamen. Autoren wie Volker Braun und Christa Wolf sorgten für Niveau und ästhetische Fragestellungen, die über den Tag hinauswiesen. Der Girnus nachfolgende Chefredakteur Max Walter Schulz, ein literarisch empfindsamer Mann, setzte auf leisere Töne und riskierte begrenzte Konflikte mit der Literaturdoktrin der DDR. Die Zeitschrift hat alle Wendungen der SED–Kulturpolitik erlitten und überstanden.

In den späten Achtziger Jahren waren hier Texte zu lesen, die einen vorsichtigen Blick auf jene geistigen Verwüstungen warfen, die der Stalinismus hinterlassen hatte, denen die Geschichtspolitik der DDR jedoch solange auswich, bis es im Wortsinne zu spät war.

Der seit 1991 amtierende Chefredakteur Sebastian Kleinschmidt hat die Zeitschrift umsichtig und behutsam durch die Wendejahre geführt. Nun wurden jene Texte gedruckt, die in der DDR aus politischen oder ästhetischen Gründen unterblieben. In den Nachwendejahren hat sich »Sinn und Form« an der sozialistischen Utopie und ihrem Erbe so offen und differenziert abgearbeitet wie keine andere deutsche Zeitschrift. Freilich wurde sie damit auch am Ende der 1990er Jahre ad acta gelegt, als habe sie sich erledigt. Kleinschmidt hat die Zeitschrift stilistisch und thematisch geöffnet, auch für Autoren wie Ernst Jünger, was ihm Kritik linker Autoren wie Stephan Hermlin einbrachte.

Der Untertitel »Beiträge zur Literatur« führt bezogen auf das heutige Profil der Zeitschrift in die Irre. Die hier zu lesenden Essays sind oftmals weniger literarisch, als vielmehr philosophisch akzentuiert. Das Themenspektrum ist weit, reicht von Lyrik bis zu zeitgeschichtlichen Fragen, die hier metapolitisch behandelt werden. Die Herausgeberschaft von »Sinn und Form« obliegt nach wie vor der Akademie der Künste zu Berlin. Ihr Hausverlag ist der Aufbau Verlag, der mit diesem prestigeträchtigen Zeitschriftenprojekt ganz gewiss keinen Gewinn erzielt.

Zu »Sinn und Form« sollte greifen, wer den Raum der Literatur und der Geschichtsphilosophie nicht nur betreten, sondern auch durchmessen will. ■

Kriegsverrat und die NS-Militärjustiz

»Unrecht kennt keinen Verrat«, lautet ein berühmter Ausspruch des Staatsanwaltes Fritz Bauer, der in den fünfziger Jahren eine Aufhebung der Urteile wegen Kriegsverrats forderte, welche während des Nationalsozialismus ergangen waren – seine Forderung ist noch immer nicht umgesetzt worden. Unterdessen hat die Legende der unschuldigen Wehrmacht trotz Wehrmachtsausstellung und vieler anderer antifaschistischer Aufklärungskampagnen bis heute überlebt. Ebenso verbreitet ist es daher, die Opfer des Militärapparates keiner pauschalen Rehabilitierung unterziehen zu wollen, sondern den »üblichen Rechtsregeln« zu unterwerfen.
Während der Bundestag im Mai 2002 die Deserteure der Wehrmacht endlich rehabilitiert hat, wird die Verurteilung wegen Kriegsverrat noch immer tabuisiert und verharmlost. Erst im Herbst des vergangenen Jahres hatte die Fraktion DIE LINKE einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Dieser wurde um unbestimmte Zeit verschoben – man wolle zunächst Sachverständige anhören, so die Begründung, bevor man allzu schnelle Urteile fälle. Für solchen Sachverstand stehen nicht zuletzt die Historiker Wolfram Wette und Detlev Vogel, welche mit dem von ihnen herausgegebenen Buch »Das letzte Tabu – NS-Militärjustiz und Kriegsverrat« zugleich die Debatte neu belebt haben. Sie dokumentieren darin Anklageschriften und Urteile von insgesamt 39 Fällen des Kriegsverrats während des NS. Diese Fülle an erstmals veröffentlichen Schriften, die in detailgenauer Arbeit recherchiert und niedergeschrieben wurden, weist eine ungeheure Mannigfaltigkeit an Fällen auf und führt damit zugleich vor Augen, mit welcher Willkür der Tatbestand des Kriegsverrats durch die zuständigen Gerichte, vor allem durch das Reichkriegsgericht, angewandt wurde.
Was Kriegsverrat zu dieser Zeit bedeutete, drückte der einflussreichste Kommentator des Militärstrafgesetzbuches, der Jurist Erich Schwinge, 1936 folgendermaßen aus: Kriegsverrat sei »jede Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Macht des feindlichen Staates, sofern dadurch irgendwie die militärische Lage beeinflusst werden kann«. Dies müsse »weit ausgelegt« werden. Im Laufe der Zeit wurde seine Kommentierung sowohl konkreter als auch zugleich noch undeutlicher: Seit dem Krieg mit Russland genügte auch ihm »jede Unterstützung der Ziele des Bolschewismus«. Damit war den Juristen bei der Gesetzesanwendung freie Hand gelassen.
So tauchen in der Sammlung von Wette und Vogel einerseits Fälle von bewussten politischem Widerstand auf, so etwa durch die Berliner Gruppe »Rote Kappelle«. Die Gruppe bestand aus mehr als 100 Mitgliedern und wollte die Berliner Bevölkerung zum Widerstand aufrufen. Mindestens fünf Mitglieder wurden nach ihrer Aufdeckung 1942 wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt. Im Fall des Michael Fries reichte hingegen bereits der Kontakt mit kommunistischen deutschen EmigrantInnen, um die Todesstrafe zu verhängen. Erich Heym wurde in erster Linie deshalb verurteilt, weil er eine homosexuelle Beziehung mit einem polnischen Kriegsgefangenen unterhielt. Daneben wandte man den Tatbestand des Kriegsverrats ebenso im Fall von Solidarisierungsaktionen gegenüber verfolgten JüdInnen sowie beim Überlauf zu Partisanengruppen an.
Auf die Verurteilung wegen Kriegsverrats stand ausnahmslos die Todesstrafe. Die Verurteilungen trafen allerdings in erster Linie die einfachen Soldaten, wohingegen die NS-Militärjustiz sich erheblich schwerer damit tat, etwa die nationalkonservativ geprägten Widerstandsgruppen in den Reihen der höheren Dienstgrade zu belangen. Eine Sichtweise im Übrigen, die sich in der Erinnerungskultur wiederspiegelt: Werden die vielen »kleinen« Opfer des NS-Justizapparates noch immer kleingeredet, bedenkt man die deutsch-nationalen Widerständler alle Jahre wieder am 20. Juli mit pompösen Feierlichkeiten.
Die umfangreiche Dokumentation wird bereichert durch eine Einführung in die juristischen und politischen Hintergründe des Kriegsverratsparagraphen. Dabei setzt sich das Buch zugleich mit der – fehlenden – Aufarbeitung in der Nachkriegszeit bis heute auseinander. Damit erschließt sich den LeserInnen der Kontext, in welchem der Gegenstand der historischen Betrachtung noch heute zu betrachten ist. Ob das Buch damit »das letzte Tabu« gesamtgesellschaftlich endgültig gebrochen hat, ist angesichts der gegenwärtigen Debatte mehr als fraglich. Nichtsdestotrotz ist es ein wichtiger Baustein gegen die Relativierung eines allzu lang verschwiegenen Themas. ■

Matthias Lehnert

Wolfram Wette/Detlef Vogel (Hrsg.): Das letzte Tabu – NS-Militärjustiz und »Kriegsverrat«
Aufbau-Verlag 2007, 508 S., 24,95 EUR

Eigensinnig – Hans Magnus Enzensbergers literarische Biographie Kurt von Hammersteins

Die Literatur über das Ende der Weimarer Republik füllt ganze Bibliotheken. Seit Jahrzehnten konkurrieren historiographische Deutungen darum, welche Faktoren entscheidend waren, die erste deutsche Demokratie in den Abgrund zu führen. Ist diesem Stoff noch etwas abzugewinnen? Ja, wer Hans Magnus Enzensbergers Buch »Hammerstein oder der Eigensinn« liest, gewinnt einen Eindruck von jenen politischen Widersprüchen und Abgründen, die sich in einer Person und ihrem Milieu bündeln.

Enzensbergers Buch ist weder Roman noch Sachbuch. Vielmehr ist es als literarische Montage, als fiktionales Fragment ähnlich angelegt wie sein vor vierzig Jahren erschienenes Porträt über den Anarchisten Buenaventura Durruti.

Kurt von Hammerstein, im Weltkrieg im Generalstab Ludendorffs und Hindenburgs, stieg in der von der Reichswehr ungeliebten Republik zum Chef des Heeres auf. Enzensberger zeichnet ein sympathisches Weichbild seines Protagonisten als das eines passionierten Jägers und notorischen Faulpelzes, der von bemerkenswerter politischer und militärstrategischer Scharfsinnigkeit war. So ist es Hammerstein, der zu Beginn der zwanziger Jahre die enge militärische Kooperation zwischen der Roten Armee des jungen Sowjetrussland und der Reichswehr ungeachtet der politischen Großwetterlage vorantreibt und verstetigt. Dass er dabei Freundschaft mit so berühmten sowjetischen Kommandeuren wie Michael Tuchaschweski schließt, obwohl er als nationalkonservativer Militär naturgemäß nichts für den Kommunismus übrig hat, gehört zur Schattengeschichte des 20. Jahrhunderts.

Wirklich interessant zu lesen ist das Buch jedoch dort, wo Enzensberger nicht über den kauzigen Hammerstein schreibt, sondern dessen Umfeld ausleuchtet. Dort begegnen einem solche politischen Finsterlinge wie Kurt von Schleicher ebenso, wie die Tatsache, dass Hammersteins Töchter enge politische und persönliche Verbindungen zur KPD pflegten, was so manches Geheimdokument aus der Reichswehrführung binnen kurzem auf kommunistischen oder Moskauer Schreibtischen landen ließ. Enzensberger greift zum literarischen Mittel des Totengesprächs, um jenen spekulativen Raum auszuloten, in dem vermutet werden kann, inwieweit Hammerstein die Aktivitäten seiner Töchter duldete oder passiv unterstützte.

Nachfolgend werden deren Lebenswege im Dschungel der stalinistischen KPD und dem beginnenden Nazireich nachgezeichnet. Nicht dass man dieses oder jenes Detail nicht schon anderen, manchmal auch entlegenen Büchern entnehmen konnte. Es sind vielmehr das Mittel der Kolportage, des Fragments und die Vermengung von fiktionalen und realen Vorgängen, die das Buch spannend und erkenntnisreich machen.

Ärgerlich ist der als Glosse eingeführte Essay über Charakter und Verfasstheit der Weimarer Republik. Darin wiederholt Enzensberger die sattsam bekannte These, die Weimarer Demokratie sei von links und rechts außen gleichermaßen in die Zange genommen worden. Das ist formal ebenso richtig, wie im konkreten falsch. Denn sosehr es stimmt, dass die KPD ihren putschistischen Planspielen nachlief, statt die revolutionäre Perspektive mit linkem Pragmatismus zu verbinden, so sehr richtig ist auch, dass die extreme Rechte vom ersten Tag an alles daran setzte, die Republik der von ihr geschmähten »Novemberverbrecher« zu beseitigen. Dass schließlich auch die Republikaner der Sozialdemokratie nicht vor einem Pakt mit dem Teufel in Form der präfaschistischen Freikorps zurückschreckten, unterschlägt Enzensberger geflissentlich.

Im Schlusswort berichtet Enzensberger von seinem langen Weg zu diesem Buch und seiner Hauptperson. Schon kurz nach dem Krieg sei er durch Franz Jung und andere auf die Spur des schillernden Generals gelangt. Stil und Inhalt des Bandes loten die Widersprüche des Jahrhunderts und der politischen Extreme aus, die zeigen, dass die Fronten nicht immer so eindeutig verliefen, wie dies die Geschichtsschreibung glauben machen will. ■

Hans Magnus Enzensberger: Hammerstein oder der Eigensinn
Suhrkamp. 2008, 375 S., 22,90 EUR

HAMMERSTEIN ODER DER EIGENSINN

VON HANS MAGNUS ENZENSBERGER

SUHRKAMP

Abonniert
das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20 % Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

AIB 78
Die NPD/JN – Zwischen Chaos und Erfolg; Der »Maji-Maji-Krieg« von 1905–1907; Interview mit russischen Antifas

AIB 77
Militarismus – Von Traditionspflege bis Landserheftchen; V-Mann Skandal in NRW; 60 Jahre VVN

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
20. Jahrgang
Nummer 79 | 1.2008

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin